



Staats-Anzeiger

FÜR DAS LAND HESSEN

1964

Montag, den 3. Februar 1964

Nr. 5

Inhalt:	Seite:	Seite:
Der Hessische Ministerpräsident		
Erlaß über die Neubesetzung des Direktors des Landespersonalamtes	149	
Erteilung der vorläufigen konsularischen Zulassung an den Generalkonsul von Ecuador, Herrn Francisco Barona Anda	149	
G 131; hier: Anwendung des § 42 (6) G 131 auf Personen, die nach § 24 F. 1957 von der Verpflichtung zur Teilnahme an der Unterbringung befreit waren	150	
G 131; hier: Anwendung des Artikels II § 3 des Dritten Änderungsgesetzes vom 21. 8. 1961 bei Dienstherrwechsel nach dem 30. 9. 1961	150	
Der Hessische Minister des Innern		
Anerkennung des liberischen „Travel Documents“	150	
Vorlage von Geburtsurkunden und Geburtsscheinen	150	
Verlust eines Dienstaussweises	150	
Technische Baubestimmungen; hier: DIN 1052	151	
Technische Baubestimmungen; hier: DIN 1055 Bl. 1 und DIN 1055 Bl. 2	156	
Rechtsnatur des Einvernehmens der Gemeinde und der Zustimmung der höheren Verwaltungsbehörde nach dem Bundesbaugesetz	156	
Kosten der Einrichtung und Unterhaltung der Kreisflüchtlingswohnheime	157	
Der Hessische Minister der Finanzen		
Gemeinsamer Erlaß betr. Durchführung des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich über Rechtsschutz und Rechtshilfe in Abgabensachen vom 4. 10. 1955	157	
Rechtsverhältnisse der Praktikantinnen (Praktikanten) für den Beruf der Beschäftigungstherapeutin	158	
Bewertung der Unterkünfte, die Arbeitern und Angestellten im Landesdienst zur Verfügung gestellt werden — Tarifverträge vom 21. 2. 1963; hier: Nr. 6 SR 2 e und SR 2 f MTL sowie Nr. 13 SR 2 a, Nr. 9 SR 2 b und Nr. 13 SR 2 c BAT	158	
7. Änderung der Liste der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure im Lande Hessen	158	
Auszahlung der Dienst- und Versorgungsbezüge; hier: Zahlung des Unterhaltszuschusses für Beamte a. Widerruf i. Vorbereitungsdiens	159	
Der Hessische Kultusminister		
Gastschulbeiträge; Schulgelderstattung — Verwaltungsvorschriften zu §§ 28—30 und § 31 Abs. 2 SchVG	159	
Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr		
Einziehung von Teilstrecken der bisherigen Landesstraße 3184 zwischen Wenings und Gedern, Landkreis Büdingen	161	
Durchführung der Beförderungssteuer- und Umsatzsteuerbefreiung für Beförderungsleistungen nach Artikel 67 des NATO-Zusatzabkommens; hier: Personenverkehr auf der Straße	161	
Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen		
Eintragung von Tarifverträgen in das Tarifregister für das Land Hessen	162	
Staatl. Prüfung von Adsorbat-Impfstoffen gegen atypische Geflügelpest	166	
Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten		
Unterhaltung der Deiche und Dämme in Hessen	166	
Flurbereinigung Ulfa, Krs. Büdingen	166	
Personalnachrichten		
C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern	167	
D. im Bereich des Hessischen Ministers der Finanzen	167	
F. im Bereich des Hessischen Kultusministers	167	
G. im Bereich des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Verkehr	171	
H. im Bereich des Hessischen Ministers für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen	171	
Regierungspräsidenten		
DARMSTADT		
Veröffentlichung von anerkannten Kraftfahrzeugwerkstätten	172	
Buchbesprechungen		
	177	
Öffentlicher Anzeiger		
Genehmigungen zur Einrichtung und zum Betrieb von Verkehrslinien mit Kraftfahrzeugen	178	
von Offenbach (Main) nach Zellhausen	184	
von Offenbach (Main) nach Mainflingen-Zellhausen	184	
Übertragung einer Genehmigung zum Betrieb eines Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen von Lützellinden nach Wetzlar	184	
Satzung für den Schulverband „Mittelpunktschule Baunatal“ in Altenbauna	184	

121

Der Hessische Ministerpräsident

Erlaß über die Neubesetzung des Direktors des Landespersonalamtes

Mit Wirkung vom 31. Januar 1964 lege ich mein Amt als Direktor des Landespersonalamtes nieder.

Gleichzeitig berufe ich gem. § 111 HBG v. 23. 3. 62 (GVBl. S. 173) zum Direktor des Landespersonalamtes

den Staatssekretär und Chef der Staatskanzlei,
Herrn Professor Dr. Willi Brundert.

Wiesbaden, 14. 1. 1964

Der Hessische Ministerpräsident

Az.: 3d26/01
gez. Dr. Zinn

St.Anz. 5/1964 S. 149

122

Erteilung der vorläufigen konsularischen Zulassung an den Generalkonsul von Ecuador, Herrn Francisco Barona Anda

Die Bundesregierung hat dem zum Generalkonsul von Ecuador in Hamburg ernannten Herrn Francisco Barona Anda am 18. Dezember 1963 die vorläufige Zulassung erteilt.

Der Amtsbezirk des Generalkonsulats umfaßt das Bundesgebiet.

Das dem bisherigen Generalkonsul, Herrn Cristobal Montoro Reese, am 5. Oktober 1960 erteilte Exequatur ist erloschen.

Wiesbaden, 9. 1. 1964

Der Hessische Ministerpräsident
Staatskanzlei

II/3 — Az.: 2e 10/03

St.Anz. 5/1964 S. 149

123**G 131;**

hier: Anwendung des § 42 (6) G 131 auf Personen, die nach § 24/F. 1957 von der Verpflichtung zur Teilnahme an der Unterbringung befreit waren

Beamte zur Wiederverwendung, die gemäß § 24 G 131/F. 1957 von der Verpflichtung zur Teilnahme an der Unterbringung befreit worden sind, haben hierdurch ihren Rechtsstand zur Wiederverwendung nicht verloren.

Sie gelten aber selbst dann als mit Ablauf des 30. 9. 1961 in den Ruhestand übergetreten oder als entlassen, wenn sie an diesem Tage gemäß § 20 G 131/F. 1957 bei einem öffentlichen Dienstherrn verwendet waren. § 71 e G 131 kann für diesen Personenkreis nicht zur Anwendung kommen, weil im Abs. 1 dieser Vorschrift nicht nur der Rechtsstand zur Wiederverwendung, sondern auch die Teilnahme an der Unterbringung an diesem Tage gefordert wird. Ebenso scheidet für diese Personen der Artikel II § 3 des Dritten Änderungsgesetzes aus, da auch hier für die Anwendung die Teilnahme an der Unterbringung am 30. 9. 1961 Voraussetzung ist.

Werdenbefreite Beamte zur Wiederverwendung nach dem 30. 9. 1961 als Beamte auf Lebenszeit übernommen, so ist der § 42 Abs. 6 unter den hier genannten Voraussetzungen anzuwenden, da in dieser Bestimmung die Teilnahme an der Unterbringung am 30. 9. 1961 von Beamten zur Wiederverwendung nicht verlangt wird.

Für Beamte auf Widerruf und ihnen gleichzubehandelnde Berufsunteroffiziere sowie untere RAD-Führer, die nach § 24 G 131/F. 1957 befreit worden sind, kann diese Regelung nicht

zutreffen, da in § 42 Abs. 6 Satz 2 die Anwendbarkeit dieser Bestimmung auf frühere Beamte auf Widerruf von der Teilnahme dieser Personen an der Unterbringung am 30. 9. 1961 abhängig gemacht wird.

Wiesbaden, 17. 1. 1964

Der Direktor des Landespersonalamtes Hessen
II/3 — LS 1741

StAnz. 5/1964 S. 150

124**G 131;**

hier: Anwendung des Artikels II § 3 des Dritten Änderungsgesetzes vom 21. 8. 1961 (BGBl. 1961 S. 1557) bei Dienstherrnwechsel nach dem 30. 9. 1961.

Artikel II § 3 des Dritten Änderungsgesetzes zum G 131 setzt nicht voraus, daß die nachträgliche rechtsgleiche Wiederverwendung durch den Dienstherrn erfolgt, in dessen Dienst der Beamte z. Wv. am 30. 9. 1961 gestanden hat.

Die genannte Bestimmung und mit ihr § 71 e Abs. 3 des Gesetzes kann deshalb auch dann Anwendung finden, wenn ein Beamter z. Wv., der am 30. 9. 1961 im öffentlichen Dienst gestanden hat, aber mit Ablauf dieses Tages gem. § 35 Abs. 1. 2 in den Ruhestand trat bzw. als entlassen gilt, nach diesem Zeitpunkt den Dienstherrn wechselte und von dem neuen Dienstherrn bis zum 31. 12. 1965 rechtsgleich wiederverwendet wird.

Wiesbaden, 15. 1. 1964

Der Direktor des Landespersonalamtes Hessen
II/3 — LS 1741

StAnz. 5/1964 S. 150

125**Der Hessische Minister des Innern****Anerkennung des liberischen „Travel Documents“**

Die liberischen Behörden stellen afrikanischen Emigranten, denen in ihren Heimatstaaten aus politischen Gründen der Paß entzogen worden ist, auf Grund eines Gesetzes aus dem Jahre 1961 sogenannte „Travel Documents“ aus. Die Inhaber von „Travel Documents“ sind während der Gültigkeitsdauer jederzeit zur Wiedereinreise nach Liberia berechtigt.

Liberische „Travel Documents“ enthalten weder Angaben über die Staatsangehörigkeit des Inhabers noch über den Geltungsbereich. In einem Erlaß an die Grenzschutzdirektion in Koblenz vom 7. Januar 1964 — VI B 5 — 62 164 A — 1590 I/62 hat der Bundesminister des Innern gemäß § 52 Abs. 3 der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Ausführung des Gesetzes über das Paßwesen (AVV) für die liberischen „Travel Documents“ Ausnahmen von § 52 Abs. 1 Nrn. 2 und 6 AVV zugelassen.

Ich bitte, liberische „Travel Documents“ demgemäß als ausreichend für den Aufenthalt im Bundesgebiet (§ 2 des Paßgesetzes) anzuerkennen.

Wiesbaden, 21. 1. 1964

Der Hessische Minister des Innern
III b — 23c 02

StAnz. 5/1964 S. 150

hierdurch für Erwachsene unerwünschte Verärgerungen bei Kindern seelische Depressionen ergeben. Die Meldebehörden sollen zwar die notwendige Zurückhaltung üben, im Schulbetrieb, bei ärztlichen Behandlungen und bei anderen Gelegenheiten soll es aber bei der Vorlage von Geburtsscheinen zu peinlichen Vorfällen gekommen sein.

Auch die öffentlichen Sparkassen sollen manchmal die Geburtsscheine nicht als voll gültige Personenstandsurkunden anerkannt haben. Ich wäre deshalb dankbar, wenn von Ihnen alle Dienststellen auf die Bedeutung des Geburtsscheines hingewiesen werden würden.

Darüber hinaus sollte auf die Dienststellen eingewirkt werden, sich künftig mit der Vorlage eines Geburtsscheines, mit Ausnahme bei der Bestellung des Aufgebots für die Eheschließung, zu begnügen.“

Ich schließe mich dieser Anregung an und bitte, sich in allen Fällen mit einem Geburtsschein zu begnügen, in denen Angaben über die Eltern einer Person nicht benötigt werden.

Wiesbaden, 23. 1. 1964

Der Hessische Minister des Innern

IIe 2 — 25 h 04/05 — 1/64 — 1
StAnz. 5/1964 S. 150

126**Vorlage von Geburtsurkunden und Geburtsscheinen**

Der Bundesminister des Innern hat in einem Rundschreiben vom 2. Januar 1964 (GMBl. S. 19) u. a. folgendes ausgeführt:

„Aus Eingaben und Beschwerden ergibt sich, daß die Bedeutung des mit dem Personenstandsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. August 1957 (BGBl. I S. 1125) geschaffenen und mit voller Beweiskraft ausgestatteten Geburtsscheines bei manchen Behörden noch nicht hinreichend bekannt ist. Deshalb werden bei der Vorlage von Geburtsscheinen, die bekanntlich nur den Namen des Kindes ohne Elternangabe enthalten, nicht selten Fragen nach dem Abstammungsverhältnis gestellt. Bei unehelicher Geburt und bei Adoptionen haben sich

127**Verlust eines Dienstausweises**

Der Kfz.-Schlosser Rüdiger Schulze hat seinen von der Wirtschaftsverwaltung der Hessischen Polizeischule am 27. 4. 1961 ausgestellten Dienstausweis Nr. 147 verloren. Der Ausweis wird für ungültig erklärt.

Wiesbaden, 16. 1. 1964

Der Hessische Minister des Innern
Abteilung III

Öffentliche Sicherheit

III c 4 — 7 d 14

StAnz. 5/1964 S. 150

128

An die
Herren Regierungspräsidenten
Darmstadt, Kassel, Wiesbaden

An den
Magistrat der Stadt Frankfurt/Main
— Bauaufsichtsbehörde —
Frankfurt/Main

Technische Baubestimmungen

hier: Holzhäuser in Tafelbauart (Ergänzung zu DIN 1052
— Holzbauwerke, Berechnung und Ausführung —)

In letzter Zeit werden in zunehmendem Umfang Holzhäuser in Tafelbauart hergestellt; dabei werden, abweichend von DIN 1052 — Holzbauwerke, Berechnung und Ausführung —, auch Holzwerkstoffe für tragende oder aussteifende Bauteile verwendet.

Die Arbeitsgruppe „Einheitliche Technische Baubestimmungen“ im Fachnormenausschuß Bauwesen des Deutschen Normenausschusses hat daher bis zur Neuherausgabe der DIN 1052 ergänzende Bestimmungen für „Holzhäuser in Tafelbauart, Bemessung und Ausführung“, Fassung August 1963, aufgestellt, die hiermit als Technische Baubestimmung für die Bauaufsicht eingeführt werden und als Anlage zu diesem Erlaß abgedruckt sind. Hierzu ist folgendes zu beachten:

1. Bauvorlagen

Zusätzlich zu den üblichen Bauvorlagen sind für die Einzelgenehmigungen von Holzhäusern in Tafelbauart folgende Unterlagen erforderlich, soweit nicht eine Typengenehmigung erteilt ist:

- 1.1 Technische Beschreibung des angewandten Systems.
- 1.2 Soweit erforderlich, Beschreibung von Montagezuständen.
- 1.3 Zeichnerische Darstellung der Stoßverbindungen und Anschlüsse.
- 1.4 Soweit erforderlich, Nachweis der Eignung zum Leimen.
- 1.5 Nachweis über die Verhinderung unzulässiger Tauwasserbildung in den Tafeln.
- 1.6 Angabe der Holzschutz- und Brandschutzmaßnahmen und der verwendeten Holzschutz- und Feuerschutzmittel.
- 1.7 Nachweis der Gütesicherung.

2. Gütesicherung

Für die Herstellung von Holztafeln (Fertigteile) ist eine Gütesicherung erforderlich.

- 2.1 Im Rahmen der Gütesicherung sind zu überprüfen:
 - 2.1.1 Die Übereinstimmung der konstruktiven Ausführung mit den Bauunterlagen (Standicherheit, Wärmeschutz, u. U. Schallschutz),
 - 2.1.2 die Güte der verwendeten Baustoffe und Verbindungsmittel nach den einschlägigen Normen und Richtlinien,
 - 2.1.3 der Holzschutz.
- 2.2. Prüfungen nach Abschnitt 2.1 sind mindestens halbjährlich durch eine amtliche oder eine amtlich anerkannte Materialprüfungsanstalt¹⁾ vorzunehmen, sofern nicht eine laufende Überwachung im Rahmen einer anerkannten Güteschutzgemeinschaft durchgeführt wird.

¹⁾ Folgende Materialprüfungsanstalten stehen insbesondere zur Verfügung:

Bundesanstalt für Materialprüfung — BAM —
Berlin-Dahlem, Unter den Eichen 86/87
Institut für Baustoffkunde und Stahlbeton der Technischen Hochschule Braunschweig, Amtl. Materialprüfungsanstalt für das Bauwesen,
Braunschweig, Mühlepfordstraße 307
Staatl. Materialprüfungsamt Nordrhein-Westfalen,
Dortmund-Aplerbeck, Marsbruchstraße 186
Institut für Materialprüfung und Forschung des Bauwesens der Technischen Hochschule Hannover, Amtl. Materialprüfungsanstalt für das Bauwesen,
Hannover, Nienburger Straße 3
Versuchsanstalt für Stahl, Holz und Steine, Materialprüfungsanstalt der Technischen Hochschule Karlsruhe,
Karlsruhe, Kaiserstraße 12
Institut für Holzforschung und Holztechnik der Universität München
München 13, Winzerstraße 45
Bayerische Landesgewerbeanstalt,
Nürnberg, Gewerbe-Museums-Platz 2
Amtl. Forschungs- und Materialprüfungsanstalt für das Bauwesen — Otto-Graf-Institut — an der Technischen Hochschule Stuttgart,
Stuttgart-Vaihingen, Robert-Leicht-Straße 209
Staatl. Materialprüfungsanstalt an der Techn. Hochschule Darmstadt
Darmstadt

3. Firmen, die den Nachweis ihrer Eignung zum Leimen tragender Holzbauteile erbracht haben

- 3.1 Firmen, bei denen festgestellt ist, daß sie die Voraussetzungen des § 16 d 1 DIN 1052 für das Leimen von tragenden Holzbauteilen erfüllen, dürfen auch Holztafeln leimen.
- 3.2 Firmen, die ausschließlich Holztafeln leimen wollen, können den Nachweis ihrer Eignung entsprechend § 16 d 1 DIN 1052 feststellen lassen. Sie werden im Verzeichnis der Firmen, die den Nachweis ihrer Eignung zum Leimen tragender Holzbauteile erbracht haben, unter Abschnitt D geführt werden.

4. Verwendung anderer Baustoffe

An Stelle der in Abschnitt 4.4 der ergänzenden Bestimmungen genannten Holzwerkstoffe dürfen auch gepreßte ebene Asbestzementplatten nach DIN 274 — Asbestzementdachplatten und Asbestzementtafeln — von mindestens 6 mm Dicke verwendet werden, wenn die Beplankung der anderen Tafelseite dem Abschnitt 4.3 oder 4.4 der ergänzenden Bestimmungen entspricht. Bei Verwendung anderer Beplankungen ist ein Nachweis gemäß Abschnitt 2.3 der ergänzenden Bestimmungen erforderlich, es sei denn, die Holztafeln sind durch mindestens 3 zusätzliche waagerechte Rippen, die zug-, druck- und schubfest angeschlossen sind, in ausreichender Weise aussteift. Die Tafeln sind nach Vorbohrung mit verzinkten Schrauben oder Nägeln nach den Richtlinien der Hersteller am Holztragwerk zu befestigen. Für den Abstand der Schrauben und Nägel gilt Abschnitt 7.2.5 der ergänzenden Bestimmungen sinngemäß.

5. Lastannahmen (Verkehrslasten)

Holzhäuser in Tafelbauart werden im allgemeinen für einen Staudruck $q = 50 \text{ kp/cm}^2$ und eine Schneelast von höchstens 75 kp/m^2 bemessen. Es ist daher im Einzelfall zu überprüfen, ob nicht aus örtlich bedingten Verhältnissen entsprechend DIN 1055 — Lastannahmen für Bauten — Blatt 4 — Windlast — oder Blatt 5 — Schneelast — der Nachweis der Standicherheit für höhere Lasten zu erbringen ist.

6. Wärmeschutz

- 6.1 Für den Wärmeschutz gilt DIN 4108 — Wärmeschutz im Hochbau —. Insbesondere sind die Abschnitte zu berücksichtigen, die sich auf leichte Bauarten (geringe Wärmespeicherung) beziehen (z. B. Tafel 4 über die Höhe der Anforderungen und Abschnitt 6.2.3 über die Ausbildung der Fenster als Doppel- oder Verbundfenster oder mit Isolierglas und die Heizanlage als Heizung mit ständiger Wirkungsmöglichkeit). Der Einbau einer Zentralheizung ist empfehlenswert.
- 6.2 Die Wärmedämmstoffe (vgl. z. B. DIN 18164 — Schaumkunststoffe als Dämmstoffe für den Hochbau — und DIN 18165 — Faserdämmstoffe für den Hochbau —) müssen in ihrer Lage so festgelegt sein, daß sie dauernd wirksam sind.

7. Schallschutz

Für den Schallschutz von Holzhäusern mit mehreren Wohnungen (auch Einliegerwohnung) gilt DIN 4109 — Schallschutz im Hochbau — Blatt 1 bis 5. Der geforderte Schallschutz ist durch eine Eignungsprüfung nach DIN 4109 Blatt 2 Abschnitt 4.1.2.4 nachzuweisen, sofern die Ausführung nicht DIN 4109 Blatt 3 entspricht.

8. Feuchtigkeitsschutz

- 8.1 Bei Holzhäusern in Tafelbauart ist auf die Einhaltung der Bestimmungen in DIN 4117 — Abdichtungen von Hochbauten gegen Bodenfeuchtigkeit — besonders zu achten.
- 8.2 Die Fugen in der Außenfläche sind so auszubilden, daß Längenänderungen ohne Schaden aufgenommen werden können und Wasser, insbesondere bei Schlagregen, nicht durch die Fugen hindurchdringen kann.
- 8.3 In Küchen und Bädern ist dafür Sorge zu tragen, daß die relative Luftfeuchtigkeit möglichst niedrig gehalten werden kann, z. B. durch eine zusätzliche Lüftung ins Freie (z. B. Lüftungsschacht).
- 8.4 Bauteile aus Holz und Holzwerkstoffen sollen während des Transports und Einbaues gegen Regen und Schnee geschützt werden.

9. Holzschutz

- 9.1 Für den vorbeugenden baulichen und chemischen Holzschutz gegen Pilze (Fäulnis) und Insekten gilt DIN 68800 — Holzschutz im Hochbau —. Beim baulichen Holzschutz sind besonders die Abschnitte 2.2 — Schutz gegen Zutritt der Feuchtigkeit — und 2.3 — Bauliche Schutzmaßnahmen bei Holzbalkendecken und Holzfußböden —, insbesondere ihre Angaben über notwendige Sperrschichten und über die erforderliche Belüftung von Hohlräumen zu beachten.
Die Höhe des in Abschnitt 2.2.2 vorgeschriebenen massiven Sockels kann bis auf 30 cm vermindert werden, wenn alle Holzteile in diesem Bereich dauerhaft und wirksam gegen das Eindringen von Feuchtigkeit und Spritzwasser geschützt sind und chemische Schutzmaßnahmen nach Abschnitt 3.5.1.1.5. DIN 68800 durchgeführt werden.
- 9.2 Chemischer Holzschutz ist — neben den in DIN 68800 Abschnitt 3.5 und 3.6 aufgeführten Bauteilen — auch bei Stielen und Riegeln in nicht abgedichteten (nicht wasserabweisende Oberfläche) Wänden und Decken von Bädern und Küchen sowie in Aborten und im Bereich wasserführender Leitungen durchzuführen. Kommen Holz oder Holzwerkstoffe mit einer wasserdampf- und durchlässigen Schicht (Dampfsperre) in Berührung, so sind die Bauteile an ihrer Berührungsfläche gegen Fäulnis zu schützen.
- 9.3 Es dürfen nach den bauaufsichtlichen Vorschriften nur Holzschutzmittel verwendet werden, die ein Prüfzeichen haben.

10. Brandschutz

- 10.1 Für die Abstände zu anderen Gebäuden und den Brandschutz der Bauteile und Feuerungsanlagen sind die entsprechenden bauaufsichtlichen Vorschriften mit den dazu erlassenen Ausführungsvorschriften zu beachten.
- 10.2 Auf DIN 18015 Blatt 1 und Blatt 2 — Elektrische Anlagen im Wohnungsbau — wird verwiesen. Elektrische Leitungen dürfen nur in Installationsröhren oder als Mantelleitungen NYM (vgl. VDE 0100/11.58) verlegt werden. Es wird empfohlen, für den Anschluß von Elektroherd, Elektrowarmwasserspeicher und Waschmaschine von vornherein zumindest Leerrohre einzulegen.

Ich bitte, die nachgeordneten Bauaufsichtsbehörden entsprechend zu unterrichten. Die „Ergänzung der DIN 1052 — Holzhäuser in Tafelbauart“ wird in das z. Z. in Überarbeitung befindliche Verzeichnis der für die Bauaufsicht eingeführten Technischen Baubestimmungen übernommen.

Wiesbaden, 1. 11. 1963

Der Hessische Minister des Innern
Vb — 64 b 16/23 — 1-63

Anlage zum Erlaß vom 1. November 1963 — Vb — 64 b 16/23 — 1/63

Fassung August 1963

Holzhäuser in Tafelbauart

Bemessung und Ausführung

Ergänzung zu DIN 1052 — Holzbauwerke, Berechnung und Ausführung

1. Anwendungsbereich²⁾

Die Richtlinien gelten für ein- und zweigeschossige Gebäude, die aus in der Regel geschoßhohen tragenden Tafeln (bis etwa 3 m Höhe) unter überwiegender Verwendung von Holz- und Holzwerkstoffen hergestellt werden. Für die Bemessung der Konstruktion gilt DIN 1052 in der Fassung Oktober 1947 mit Einführungserlaß, soweit nachstehend nichts anderes bestimmt ist.

¹⁾ Hinweis auf weitere Normen

Für die Bemessung und Ausführung wird insbesondere auf folgende Normen hingewiesen:

DIN 1055 Bl. 1—5	— Lastannahmen für Bauten —
DIN 4102	— Widerstandsfähigkeit von Baustoffen und Bauteilen gegen Feuer und Wärme —
DIN 4108	— Wärmeschutz im Hochbau —
DIN 4109	— Schallschutz im Hochbau —
DIN 4110	— Neue Baustoffe, Bauteile und Bauarten — Prüfungen für die Zulassung (z. Z. Entwurf)
DIN 68800	— Holzschutz im Hochbau —
Din 1986 Bl. 1	— Grundstücksentwässerungsanlagen, technische Bestimmungen für den Bau —

DIN 1988	— Trinkwasserleitungen in Grundstücken, technische Bestimmungen für Bau und Betrieb —
DIN 104 Bl. 1 u. 2	— Holzbalkendecken —
DIN 4074 Bl. 1	— Bauholz für Holzbauteile, Gütebedingungen für Bauschnittholz (Nadelholz) —
DIN 4078	— Sperrholzplatten, Furnierplatten, Tischlerplatten; Abmessungen —
DIN 68705	— Sperrholz für allgemeine Zwecke, Begriff, Gütebedingungen —
DIN 68750	— Poröse und harte Holzfaserplatten, Gütebedingungen —
DIN 68751	— Kunststoffbeschichtete dekorative Holzfaserplatten — (z. Z. Entwurf)
DIN 68761 Bl. 1	— Holzspanplatten; Rohdichte 450 kg m ³ bis 750 kg m ³ —
DIN 68761 Bl. 2	— Holzspanplatten; Rohdichte bis 450 kg m ³ —
DIN 18164	— Schaumkunststoffe als Dämmstoffe für den Hochbau —
DIN 18165	— Faserdämmstoffe für den Hochbau —
DIN 68140	— Holzverbindungen, Keilzinkenverbindungen als Längsverbindung —
DIN 1151	— Drahtnägeln, rund, Flachkopf, Senkkopf —
DIN 96, 97, 570, 571	— Holzschrauben —
DIN 1433 ff.	— Bolzen —
DIN 436	— Vierkantscheiben für Holzverbindungen —
DIN 440	— Scheiben für Holzverbindungen —
DIN 52362	— Prüfung von Holzspanplatten; Bestimmung der Biegefestigkeit —
DIN 52183	— Prüfung von Holz; Bestimmung des Feuchtigkeitsgehaltes —
DIN 52175	— Holzschutz; Grundlagen, Begriffe —
DIN 4103	— Leichte Trennwände, Richtlinien für die Ausführung —
DIN 1101	— Holzwolle-Leichtbauplatten; Abmessungen, Eigenschaften, Prüfung —
DIN 1102	— Holzwolleleichtbauplatten nach DIN 1101 im Hochbau —
DIN 18163	— Wandbauplatten aus Gips —
DIN 274	— Asbestzementdachplatten und Asbestzementtafeln —

2. Hinweis auf Abweichungen

- 2.1 Von den einschlägigen Normen und diesen Richtlinien abweichende Bauarten, Bauteile und Baustoffe bedürfen nach den bauaufsichtlichen Vorschriften einer Prüfung der Eignung im Einzelfall, wenn die Eignung nicht bereits durch eine allgemeine bauaufsichtliche Zulassung nachgewiesen ist.

- 2.2 Kann die Standsicherheit von Bauteilen und von Verbindungen nach den einschlägigen Normen und diesen Richtlinien nicht eindeutig rechnerisch nachgewiesen werden, so kann der Standsicherheitsnachweis durch Versuche bei einer geeigneten amtlichen Prüfstelle geführt werden (vgl. auch DIN 4110 Beiblatt 3³⁾). Gegenüber den im Kurzzeitversuch ermittelten Bruchlasten oder Festigkeiten dürfen dabei die zulässigen Belastungen oder Spannungen mit folgenden Sicherheitszahlen festgelegt werden:

Bauteile aus Vollholz, aus Lagenhölzern oder aus Vollholz und Lagenhölzern	3,0
Bauteile aus Vollholz und anderen Holzwerkstoffen oder aus Holzwerkstoffen außer Lagenhölzern	5,0

Bei Verbundbauarten ist die Sicherheitszahl des für den Bruch maßgebenden Werkstoffes anzuwenden. Ist die Bruchursache nicht eindeutig erkennbar, so ist die höhere Sicherheitszahl maßgebend (vgl. DIN 4110 Beiblatt 3³⁾). Dies gilt auch für Verbindungen; bei Vollholz ist DIN 1052 maßgebend.

- 2.3 Für andere, als die im folgenden genannten Werkstoffe, sind die Eignung, der E-Modul und die zulässigen Spannungen durch Versuche in Anlehnung an die einschlägigen Normen festzustellen, dabei sind insbesondere der Einfluß der Feuchtigkeit und das Dauerstandsverhalten zu berücksichtigen.

3. Einzelheiten der Berechnung

- 3.1 Für die Aufnahme der in der Wandebene wirkenden horizontalen Kräfte dürfen nur Wandtafeln berücksichtigt werden, deren Schubfestigkeit nachgewiesen ist (vgl. auch Abschnitt 8.2). Sie müssen mit den anderen Tafeln so verbunden sein, daß die auftretenden Zug-, Druck- und Schubkräfte übertragen werden können (z. B. durchgehende Randbalken [Rähm] oder Schwellen, Nagel-, Bolzen-, Schrauben- oder Klammerverbindung).
- 3.2 Bei eingeschossigen Holzhäusern erübrigt sich ein Nachweis der Aufnahme der horizontalen Kräfte durch die Wände, wenn in den Außenwänden und in mindestens alle 6 m angeordneten Zwischenwänden auf je 12 m

³⁾ z. Z. Entwurf

- Wandlänge mehr als zwei mindestens 1,00 m breite Wandtafeln nach Abschnitt 3.1 davon bei Außenwänden je eine im Bereich der Gebäudeecken, angeordnet werden. Die Verbindung der aussteifenden Wandtafeln mit der Unterkonstruktion ist stets nachzuweisen.
- 3.3 Die Standsicherheit für lotrechte Belastung muß für Wandtafeln mit Tür- oder Fensteröffnungen in der ungünstigsten Ausführung nachgewiesen werden.
- 3.4 Eine gleichmäßige Lastverteilung auf die Wände darf nur angenommen werden, wenn lastverteilende Decken- oder Dachtafeln verwendet oder hierfür bemessene Randbalken angeordnet werden.
- 3.5 Decken oder Dachflächen dürfen als Aussteifung nur in Rechnung gestellt werden, wenn die Einzelfaellen untereinander zu einer Scheibe und mit den tragenden Wänden kraftschlüssig verbunden werden. Die Aufnahme der auf sie entfallenden Kräfte ist nachzuweisen. Bei Gebäuden mit einer Ausbildung entsprechend Abschnitt 3.2 kann der rechnerische Nachweis der räumlichen Steifigkeit entfallen, wenn die Decken als Tafeln entsprechend Abschnitt 8.2 hergestellt werden, die untereinander schubfest verbunden sind; dies gilt auch, wenn bei Balkendecken ein Bretterfußboden hergestellt wird, bei dem zumindest am Rande die Bretterstöße wechselseitig versetzt werden oder ähnlich wirken.
- 3.6 Schlitz- und Aussparungen in den Beplankungen sind beim Spannungsnachweis zu berücksichtigen, soweit sie mehr als 10 v. H. der Tafelbreite ausmachen und mehr als 20 cm hoch sind (vgl. auch Abschnitt 8.4).

4. Baustoffe

- 4.1 Ergänzend zu DIN 1052 Tafel 1 können folgende Elastizitätsmoduln angenommen werden:

Tabelle 1 a
Elastizitätsmoduln (kp/cm²)
Rechenwerte

Zelle	Werkstoff	E-Modul
	1	2
1	Furnierplatten nach DIN 68 705 in Faserrichtung senkrecht zur Faserrichtung der Deckfurniere	70 000 ⁴⁾ 30 000 ⁴⁾
2	Holzspanplatten FP/Y nach DIN 68 761 Bl. 1	20 000
3	Holzfaserverhartplatten nach DIN 68 750 / 68 751	20 000

- 4.2 Für Wand- und Deckentafeln dürfen nur gut lufttrockenes Holz und Holzwerkstoffe mit einem Feuchtigkeitsgehalt verarbeitet werden, der etwa dem im Einbaustand zu erwartenden mittleren Wert (Gleichgewichts-Holzfeuchtigkeit) entspricht; dieser Wert ist bei Leimverbindungen mit 12 ± 3 Gew.-%, bei anderen mit 15 ± 3 Gew.-% anzunehmen.
- 4.3 Für tragende und aussteifende Teile dürfen nur Werkstoffe mit mindestens folgenden Güteeigenschaften verwendet werden (vgl. jedoch Abschnitt 2.3):
- 4.3.1 Bauholz der Güteklasse II nach DIN 4074 — Bauholz für Holzbauteile —;
- 4.3.2 Furnierplatten der Güteklasse II (Verleimung AW 100) nach DIN 68705 — Sperrholz für allgemeine Zwecke mit einer Biegefestigkeit von mindestens 400 kp/cm² bei Krafrichtung gleich der Faserrichtung des Deckfurniers und von mindestens 150 kp/cm² bei Krafrichtung senkrecht hierzu;
- 4.3.3 Holzspanplatten FP/Y nach DIN 68761 Bl. 1 — Holzspanplatten (Rohdichte 450 kg/m³ bis 750 kg/m³) —; bei mehr als 25 mm Dicke mit einer Biegefestigkeit von mindestens 120 kp/cm²;
- 4.3.4 Holzfaserverhartplatten nach DIN 68750 — Poröse und harte Hartfaserplatten — und DIN 68751 — Kunststoffbeschichtete dekorative Holzfaserverhartplatten (z. Z. Entwurf) mit einer Biegefestigkeit von mindestens 400 kp/cm².
- 4.4⁵⁾ Für aussteifende Teile der Wandtafeln dürfen außerdem in der Tafelenebene verwendet werden:
- 4.4.1 Tischlerplatten (Stabplatten) der Güteklasse II nach DIN 68705 — Sperrholz für allgemeine Zwecke; Begriffe, Gütebedingungen — mit einer Biegefestigkeit von mindestens 200 kp/cm²;

⁴⁾ gilt für die Gesamtplattendicke

- 4.4.2 Holzspanplatten SP (furniert) und FP/X nach DIN 68761 Blatt 1;
- 4.4.3 Holzspanplatten (Abschnitt 1.2) nach DIN 68761 Bl. 2 — Holzspanplatten; Rohdichte bis 450 kg/m³ — Strangpreßplatten SP nach DIN 68761 Bl. 1, deren Plattenkörper mit Hohlräumen versehen ist, mit mindestens 1 mm dicken Furnieren oder mit mindestens 2,0 mm dicken Holzfaserverhartplatten nach DIN 68750 beschichtet.
- 4.5 Andere Platten dürfen weder als tragend noch als aussteifend in Rechnung gestellt werden (vgl. jedoch Abschnitt 2.3).

5. Zulässige Spannungen

Für Holzhäuser in Tafelbauart können ergänzend zu DIN 1052 Tafel 2 für Holzwerkstoffe die folgenden zulässigen Spannungen angenommen werden:

Tabelle 2 a
Zulässige Spannungen der Werkstoffe

		σ _{zul} und τ _{zul} in kp/cm ²			
1	2	3	4	5	
Zeile	Art der Beanspruchung	Furnierplatten*) DIN 68 705		Holzspanplatten FP/Y DIN 68 761 Bl. 1	Holzfaserverhartplatten DIN 68 750/ DIN 68 751
		in Faser- richtung	senkrecht zur Faserrichtung der Deckfurniere		
1	Biegung	130	50	30	80
2	Zug	80	40**)	20	40
3	Druck	80	40	20	40
4	Druck senkrecht zur Platte		30	20	30
5	Abscheren in Plattenebene		9	5	3
6	Abscheren senkrecht zur Plattenebene	18		5	15

^{*)} gilt für die Gesamtplattendicke

^{**)} die zulässige Zugspannung für Zug unter 45° zur Faser beträgt 20 kp/cm²; Zwischenwerte dürfen geradlinig eingeschaltet werden.

Für Furniere gilt DIN 1052 Tafel 2 Güteklasse II.

Für andere nicht metallische Werkstoffe sind die zulässigen Spannungen aus der mittleren Festigkeit mit fünf-facher Sicherheit festzulegen (vgl. auch Abschnitt 2.3).

6. Bemessungsregeln

- 6.1 Tragende, einteilige Querschnitte von Vollholzbauteilen müssen eine Mindestdicke von 4 cm und mindestens 40 cm² Querschnittsfläche haben, soweit nicht bei Bolzen und Dübelverbindungen eine große Dicke (vgl. DIN 1052) erforderlich ist. Für genagelte und für nicht flächenhaft geleimte tragende Holzbauteile gilt dies nicht; hier muß die Mindestdicke des Einzelquerschnitts jedoch 2,4 cm betragen (vgl. auch Abschnitt 7.2.4). Bei flächenhaft geleimten Querschnitten (z. B. Brett-schichtholz) ist die Dicke der Einzelschichten nach unten nicht begrenzt.
- 6.2 Bei Verwendung von Holz und Holzwerkstoffen für tragende und/oder aussteifende Beplankungen von Wand- oder Deckentafeln sowie für tragende und/oder der Beulsicherung dienende Rippen sind folgende Mindestdicken erforderlich (vgl. jedoch Abschnitt 2.3):

	Beplankung	Rippen
Vollholz	15 mm	24 mm
Furnierplatten	5 mm	10 mm
Holzspanplatten	8 mm	10 mm
Holzfaserverhartplatten	4 mm	10 mm
Tischlerplatten	13 mm	13 mm.

- 6.3 Als mitwirkend dürfen je Rippe bei Verbundkonstruktionen Beplankungen nur bis zu einer Breite $b' \leq 0,15 l + b_1$, aber höchstens mit $b' \leq 0,8 b + b_1$ bei Randrippen bis zu einer Breite $b'' \leq 0,4 b + b_1 + \bar{u}$, aber höchstens mit $b'' \leq 0,6 b$ in Rechnung gestellt werden (siehe Bild sowie Abschnitte 6.4 und 6.5). l bedeutet bei freiaufliegenden Deckentafeln die Stützweite, bei über mehrere Felder durchlaufende Tafeln den Abstand der Festpunkte (Momentennullpunkte). Bei auf Knicken beanspruchten Tafeln ist für l die maßgebende Knicklänge einzusetzen.

⁵⁾ wegen der Verwendung von Asbestzementtafeln nach DIN 274 siehe Einführungslerlaß

6.3 Als mitwirkend dürfen je Rippe bei Verbundkonstruktionen Beplankungen nur bis zu einer Breite $b' \leq 0,15 l + b_1$, aber höchstens mit $b' \leq 0,8 b + b_1$ bei Randrippen bis zu einer Breite von $b' \leq 0,4 b + b_1 + \bar{u}$, aber höchstens mit $b' \leq 0,6 b$ in Rechnung gestellt werden (siehe Bild sowie Abschnitte 6.4 und 6.5). l bedeutet bei freiauffliegenden Deckentafeln die Stützweite, bei über mehrere Felder durchlaufende Tafeln den Abstand der Festpunkte (Momentennullpunkte). Bei auf Knicken beanspruchten Tafeln ist für l die maßgebende Knicklänge einzusetzen.

6.4 Druckglieder (vgl. auch § 12 DIN 1052)

6.4.1 Die Knicklänge ist bei Tafeln im allgemeinen gleich dem Mittenabstand zwischen den horizontalen Aussteifungen anzunehmen.

6.4.2 Vorgefertigte geleimte Wandtafeln können wie zusammengesetzte Querschnitte behandelt werden.

Das in der Regel maßgebende Trägheitsmoment I_i (je Rippe) im Bezug auf die x-Achse (siehe Bild) ist zu berechnen:

$$I_i = I_1 + F_1 \cdot y_1^2 + \frac{I_2}{n_2} (I_2 + F_2 \cdot y_2^2) + \frac{I_3}{n_3} (I_3 + F_3 \cdot y_3^2) \quad (1)$$

Als Druckquerschnitt ist anzusetzen:

$$F_i = F_1 + \frac{I_2}{n_2} \cdot F_2 + \frac{I_3}{n_3} \cdot F_3 \quad (2)$$

Die Spannungen sind wie folgt zu berechnen, sofern die Last in der Schwerlinie des Gesamtquerschnitts eingetragen wird (vgl. auch Abschnitt 6.6):

$$\sigma_{\omega_1} = \frac{\omega_1 \cdot S}{F_i} \leq \text{zul } \sigma_d \parallel \text{Rippe} \quad (3a)$$

$$\sigma_{\omega_2} = \frac{\omega_2 \cdot S}{F_i \cdot n_2} \leq \text{zul } \sigma_d \text{ Beplankung 2} \quad (3b)$$

$$\sigma_{\omega_3} = \frac{\omega_3 \cdot S}{F_i \cdot n_3} \leq \text{zul } \sigma_d \text{ Beplankung 3} \quad (3c)$$

Hierin ist:

$I_{1, 2, 3}$ = Trägheitsmomente der Einzelteile für die zur x-Achse parallel laufenden Schwerachsen;

F_1 = Querschnitt der Rippe;

$F_{2, 3}$ = nach Abschnitt 6.3 mitwirkende Querschnittsflächen der durch Leimung mit den Rippen verbundenen Beplankungen, bezogen auf eine Rippe;

F_i = ideelle Querschnittsfläche;

y_1 = Abstand der Schwerachse der Rippen von der Schwerachse des ideellen Querschnitts;

$y_{2, 3}$ = Abstand der Schwerachse der Querschnittsflächen $F_{2, 3}$ von der Schwerachse des ideellen Querschnitts;

$n_2 = E_1 : E_2$ } Verhältnis der Elastizitätsmodul
 $n_3 = E_1 : E_3$ } der Rippen und der Beplankungen;

ω_i = Knickzahl nach Tafel 4 der DIN 1052, auch für Holzwerkstoffe.

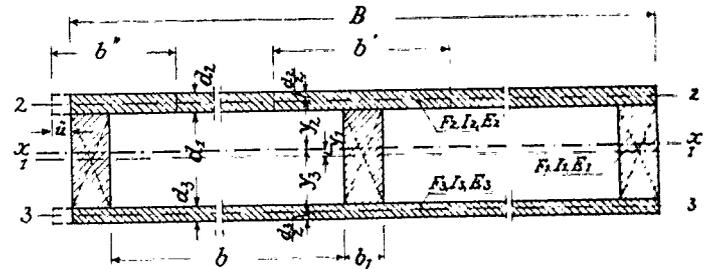
Die Leimfugen sind für diejenige Schubkraft zu bemessen, die sich aus einer über die ganze Stablänge konstant angenommenen Querkraft

$$Q_i = \frac{\omega_i \cdot \text{vorh } S}{60} \text{ (kp)}$$

ergibt;

hierin ist ω_i die zu λ_i gehörige Knickzahl und vorh S die Stabkraft in kp.

Treten bei der Lasteintragung Druckspannungen senkrecht zur Faserrichtung auf, so sind hierfür die zulässigen Spannungen nach Tafel 2, Zeile 6, DIN 1052 bzw. Tabelle 2a, Zeile 4 (vgl. Abschnitt 5) maßgebend.



6.4.3 Genagelte oder geschraubte Wandtafeln können als nachgiebig zusammengesetzte Querschnitte mit kontinuierlicher Verbindung näherungsweise berechnet werden.

Das wirksame Trägheitsmoment I_w bezogen auf die x-Achse ($F_w = F_i$) ergibt sich bei symmetrischer Ausbildung, wenn $F_2/n_2 = F_3/n_3 = F/n$ und $t_2^2/C_2 = t_3^2/C_3 = t^2/C$ gesetzt werden kann, zu:

$$I_w = I_1 + \frac{1}{n} \cdot (I_2 + I_3) + \frac{2}{n} \cdot \gamma \cdot F \cdot y^2 \quad (4a)$$

$$\text{mit } \gamma = \frac{1}{1+k};$$

$$k = \frac{\pi^2 \cdot E_1 \cdot F \cdot t^2}{s_{kx}^2 \cdot n \cdot C}$$

Bei stark unsymmetrischen Querschnitten kann näherungsweise angenommen werden.

$$I_w = I_1 + \frac{1}{n_2} \cdot I_2 + \frac{1}{n_3} \cdot I_3 + \frac{1}{n_2} \cdot \gamma_2 \cdot F_2 \cdot y_2^2 + \frac{1}{n_3} \cdot \gamma_3 \cdot F_3 \cdot y_3^2 \quad (4b)$$

$$\text{mit } \gamma_{2, 3} = \frac{1}{1+k_{2,3}}; k_{2,3} = \frac{\pi^2 \cdot E_1 \cdot F_{2,3} \cdot t_{2,3}^2}{s_{kx}^2 \cdot n_{2,3} \cdot C_{2,3}}$$

Hierin ist:

$t' = \frac{t}{v}$ = Abstand der in eine Reihe gerückten Verbindungs-

bindungsmitel des betrachteten Querschnitts, wobei t der Abstand der Verbindungsmittel in einer Rißlinie und v die Anzahl der Rißlinien in der Beplankung bedeuten;

s_{kx} = maßgebende Knicklänge;
 C = Verschiebungsmodul des Verbindungsmittels (für Nägel und Schrauben kann bei Verbindungen Vollholz/Vollholz und Vollholz/Furnierplatten $C = 600$ kp/cm, im übrigen $C = 200$ kp/cm eingesetzt werden).

Die Verbindungsmittel sind unter Berücksichtigung des vollen rechnerischen Trägheitsmoments I_x für diejenige Schubkraft T zu bemessen, die sich aus einer über die ganze Stablänge konstant angenommene Querkraft von

$$Q_i = \frac{\omega_i \cdot \text{vorh } S}{60}$$

in kp ergibt; hierin ist ω_i die zu λ_i gehörige Knickzahl und vorh S die auf den ganzen Querschnitt entfallende Druckkraft.

6.5 Auf Biegung beanspruchte Bauglieder Die Spannungen bei geleimten Wand- und Deckentafeln sind wie folgt zu berechnen: Biegerandspannung in den Rippen:

$$\sigma_1 = \pm \frac{M}{I_1} \cdot \left(\frac{d_1}{2} + y_1 \right) \leq \text{zul } \sigma \text{ Rippe (Biegung)} \quad (5a)$$

Schwerpunktspannung in der Beplankung:

$$\sigma_2 = \pm \frac{M}{I_1 \cdot n_2} \cdot y_2 \leq \text{zul } \sigma \text{ Beplankung 2 (Zug, Druck)} \quad (5b)$$

$$\sigma_3 = \pm \frac{M}{I_1 \cdot n_3} \cdot y_3 \leq \text{zul } \sigma \text{ Beplankung 3 (Zug, Druck)} \quad (5c)$$

Bei genagelten oder geschraubten Wand- und Deckentafeln berechnen sich die Spannungen zu:

Biegerandspannung in den Rippen:

$$\sigma_1 = \pm \frac{M}{I_w} \cdot \left(\frac{d_1}{2} + y_1 \right) \leq \text{zul } \sigma \text{ Rippe (Biegung)} \quad (6a)$$

Schwerpunktspannung in der Beplankung:

$$\sigma_2 = \pm \frac{M}{I_w \cdot n_2} \cdot \gamma \cdot y_2 \leq \text{zul } \sigma \text{ Beplankung 2 (Zug, Druck)} \quad (6b)$$

$$\sigma_3 = \pm \frac{M}{I_w \cdot n_3} \cdot \gamma \cdot y_3 \leq \text{zul } \sigma \text{ Beplankung 3 (Zug, Druck)} \quad (6c)$$

I_w ist — wie bei den Druckgliedern — nach Abschnitt 6.4.3 zu ermitteln, wobei in der Berechnung für k anstelle der Knicklänge s_{kx} die Stützweite l bei Durchlaufträgern der Abstand der Momentennullpunkte einzusetzen ist.

6.6 Auf Druck und Biegung beanspruchte Bauglieder

Für Wandtafeln, die gleichzeitig auf Druck und Biegung (z. B. auch ausmittige Lasteintragung) beansprucht werden, ergeben sich die Spannungen zu:

$$\sigma'_1 = \sigma_{\omega 1} \text{ (Formel 3a)} + \frac{\text{zul } \sigma \text{ Druck}}{\text{zul } \sigma \text{ Biegung}} \sigma_1 \text{ (Formel 5a bzw. 6a)} \leq \text{zul } \sigma \text{ Rippe (Druck)} \quad (7a)$$

$$\sigma'_2 = \sigma_{\omega 2} \text{ (Formel 3b)} + \sigma_2 \text{ (Formel 5b bzw. 6b)} \leq \text{zul } \sigma \text{ Beplankung 2 (Druck)} \quad (7b)$$

$$\sigma'_3 = \sigma_{\omega 3} \text{ (Formel 3c)} + \sigma_3 \text{ (Formel 5c bzw. 6c)} \leq \text{zul } \sigma \text{ Beplankung 3 (Druck)} \quad (7c)$$

6.7 Durchbiegung

Für die Berechnung der Durchbiegung von Wand- und Deckentafeln ist das Trägheitsmoment I_i bzw. I_w maßgebend.

Die rechnerischen Durchbiegungen dürfen unter der Gesamlast höchstens 1/300 der Stützweite betragen. Bei durchlaufenden Bauteilen ist die ungünstigste Laststellung maßgebend.

7. Verbindungsmittel (zur Kraftübertragung)

7.1 Bolzenverbindungen

Bei Verbindungen von Vollholz mit Furnierplatten und von Furnierplatten untereinander sind die Werte der zulässigen Last der Bolzenverbindung nach DIN 1052 Tafel 5 um 30 v. H. zu vermindern.

Für Holzfaserhartplatten und Holzspanplatten sind tragende Bolzenverbindungen nur zulässig, wenn ihre Tragfähigkeit durch Versuche nachgewiesen ist.

7.2 Nagelverbindungen

Die folgenden Bestimmungen gelten für Verbindungen mit Nägeln nach DIN 1151 — Drahtnägel —. Für andere Nägel sind die zulässigen Belastungen auf Grund von Versuchen festzulegen.

Die Nägel müssen bei Wand- und Deckentafeln verzinkt oder anderweitig gegen Rost geschützt sein.

7.2.1 Für die Tragfähigkeit von Nagelverbindungen gilt DIN 1052 § 16 Buchstabe c, soweit im folgenden nichts anderes bestimmt ist.

7.2.2 für Furnierplatten und Holzspanplatten gelten die Werte nach DIN 1052 Tafel 6 bzw. 7. Bei Verwendung von Holzfaserhartplatten sind die Werte nach DIN 1052 Tafel 6 bzw. 7 um 30 v. H. zu vermindern.

7.2.3 Bei vorgebohrten Nagellöchern (Bohrlochdurchmesser ca. $0,85 d_n$) dürfen bei Vollhölzern die Werte der Tafel 6 DIN 1052 um 25 v. H. erhöht werden. (d_n = Nageldurchmesser in cm).

7.2.4 Werden Bretter oder Holzwerkstoffplatten an Pfosten, Riegel und Rippen durch Nagelung an den Schmalseiten angeschlossen, so muß die Mindestdicke dieser Hölzer bei Nägeln mit $d_n \leq 3,1$ mm mindestens 2,4 cm betragen. Bei dickeren Nägeln muß ein Randabstand senkrecht zur Faserrichtung von $5 \cdot d_n$, bei Verwendung von Lehren von $4 \cdot d_n$ eingehalten werden. Bei vorgebohrten Nagellöchern können die Nagelabstände auch in der Faserrichtung auf $5 \cdot d_n$ ermäßigt werden.

Mehrschnittige Nagelverbindungen können mit der n-fachen zulässigen Belastung einschnittiger Verbindungen bemessen werden, wobei eine Scherfläche als noch voll

wirksam angesehen werden darf, wenn die Nagelspitze mindestens eine Einschlagtiefe $s_{erf} \geq 8 d_n$ aufweist. Bei Einschlagtiefen von s_{vorh} zwischen $4 d_n$ und $8 d_n$ ist die Belastung für die dem Nagelende nächstliegende Scherfläche im Verhältnis s_{vorh} abzumindern.

s_{erf}

7.2.5 Der Größtabstand von Nägeln soll in Faserrichtung $40 d_n$, senkrecht zur Faserrichtung $20 d_n$, sowie bei Holzfaserhartplatten und Holzspanplatten mit ≥ 15 mm Dicke $30 d_n$ nicht überschreiten. Für nur aussteifende Platten darf der Abstand im Bereich außerhalb der Plattenecken (vgl. Abschnitt 8.2, Satz 2) auf das Doppelte erhöht werden.

7.3 Holzschraubenverbindungen

7.3.1 Für Holzschrauben nach DIN 96, 97, 570 und 571 ist für Vollholz und Holzwerkstoffe die zulässige Belastung auf Abscheren (zum Schaft) einer Schraube bei einschnittiger Verbindung mit

$$\text{zul } P = 40 \cdot a_1 \cdot d_s, \text{ jedoch höchstens } 170 d_s^2 \text{ (kp) anzunehmen.}$$

a_1 = Holzdicke in cm,
 d_s = Schraubendurchmesser in cm.

7.3.2 Die Einschraubtiefe muß mindestens $s \geq 8 d_s$ betragen, andernfalls ist die zulässige Last im Verhältnis $s : 8 d_s$ abzumindern. Schrauben mit einem Durchmesser $d_s < 5$ Millimeter dürfen nicht zur Kraftübertragung herangezogen werden.

7.3.3 Die Abstände müssen vom Rand mindestens $2,5 d_s$, untereinander mindestens $5 d_s$ betragen.

7.3.4 Die Schrauben für Wand- und Deckentafeln müssen verzinkt oder anderweitig gegen Rost geschützt sein.

7.3.5 Für die Größtabstände der Schrauben gilt Abschnitt 7.2.5 sinngemäß.

7.4 Leimverbindungen

7.4.1 Für die Herstellung der Tafeln dürfen nur härtbare Kunstharzleime auf der Grundlage von Harnstoff-Formaldehyd oder Resorcin-Formaldehyd, bei Heißverleimung auch auf der Grundlage von Melamin-Formaldehyd oder Phenol-Formaldehyd verwendet werden.

7.4.2 Werden Bauteile vor dem Verleimen mit einem Holzschutzmittel behandelt, so muß die Verträglichkeit mit dem Leim durch eine Bestätigung der Forschungs- und Materialprüfungsanstalt der Technischen Hochschule Stuttgart nachgewiesen sein.

7.5 Nicht tragende Verbindungen

Wegen der Verbindung von Platten für nicht tragende und nicht aussteifende Gerippewände wird auf DIN 4103 und DIN 1102 hingewiesen.

8. Konstruktive Maßnahmen

8.1 Beplankungen von Wand- und Deckentafeln, die als mittragend gerechnet werden, sind durch Längsrippen in Abständen von

$$b \leq 1,8 d_{2,3} \sqrt{\frac{E_v}{v_k \cdot \sigma_d \text{ vorh}}}, \text{ jedoch höchstens}$$

$$b \leq 50 d_{2,3} \text{ auszusteifen.}$$

Der Wert $b \leq 50 d_{2,3}$ ist bei Tafeln mit nur aussteifender Beplankung allein maßgebend.

Hierin ist:

b = Abstand zwischen den Rippen in cm;

$d_{2,3}$ = Dicke der Beplankungen in cm;

E_v = E-Modul der Beplankungen in kp/cm^2

(bei Furnierplatten $E_v = 43\,000 \text{ kp/cm}^2$);

$\sigma_d \text{ vorh}$ = vorhandene Druckspannung $\leq \sigma_d \text{ zul}$ in kp/cm^2

(vgl. Abschnitt 5);

v_k = Beulsicherheit, $v_a = 2,0$ für Holz und für Furnierplatten; $v_b = 3,5$ für Holzspanplatten und Holzfaserplatten.

Werden für Tafeln außen und innen verschieden dicke Beplankungen oder Beplankungen mit verschiedenem E-Modul verwendet, so ist die geringste Dicke $d_{2,3}$ für die Ermittlung des Rippenabstandes maßgebend.

8.2 Bei Wandtafeln mit beiderseits aufgenagelten oder aufgeleimten Platten nach Abschnitt 4 mit höchstens einer

waagerechten Stoßfuge der Beplankungen, und Rippen nach Abschnitt 6.2 erübrigt sich der Nachweis ihrer Schubfestigkeit und Steifigkeit als Scheibe; dies gilt auch für diagonale Verbretterungen mit mindestens einer senkrechten Zwischenrippe, oder für diagonal ausgesteifte senkrechte oder waagerechte Verbretterungen, oder wenn die Bretter bei senkrechter Verbretterung mit Hartholzdübeln von mindestens 10 mm Durchmesser oder Doppelnägeln von 3,1 mm Durchmesser in höchstens 20 cm Abstand verbunden werden. In allen anderen Fällen, z. B. einseitige Beplankung, darf für die Aufnahme der Horizontalkräfte durch die Strebenwirkung (Zug), bei Beplankungen nach Abschnitt 4.3 jeweils ein Plattenstreifen (ohne Stoßfuge) von höchstens $30 \cdot \sqrt{d_{2,3}}$ Breite (cm) in Rechnung gestellt werden.

- 8.3 Stöße tragender Platten sind immer auf Riegeln oder Pfosten anzuordnen.
- 8.4 Schlitz- und Aussparungen dürfen nachträglich in tragenden oder aussteifenden Bauteilen nicht angebracht werden (vgl. auch Abschnitt 3.6).
- 8.5 Die Außenwände sind mit dem Fundament (insbesondere auch im Bereich der Gebäudeecken) durch tragfähige Verbindungsmittel (z. B. Bolzen, Klammern^{*)}, Stahllaschen), kraftschlüssig zu verbinden.
- 8.6 Auf eine sorgfältige Verankerung der Dächer gegen Abheben und seitliches Verschieben ist zu achten. Verbindungsmittel für Laschen (z. B. Nägel und Schrauben) sollen nur auf Abscheren, nicht auf Herausziehen beansprucht werden (vgl. auch DIN 1052, § 16 c 9).

^{*)} vgl. Wedler: Holzbauwerke, S. 30, Berlin 1962, Verlag Wilhelm Ernst & Sohn. *StAnz. 5/1964 S. 151*

129

An die
Herren Regierungspräsidenten
Darmstadt, Kassel, Wiesbaden

An den
Magistrat der Stadt Frankfurt am Main
— Bauaufsichtsbehörde —
Frankfurt am Main

Technische Baubestimmungen

hier: DIN 1055 Bl. 1 — Lastannahmen für Bauten; Lagerstoffe, Baustoffe und Bauteile — Ausgabe März 1963 — DIN 1055 Bl. 2 — Lastannahmen für Bauten; Bodenwerte, Berechnungsgewicht, Winkel der inneren Reibung, Kohäsion — Ausgabe Juni 1963

Die Arbeitsgruppe Einheitliche Technische Baubestimmungen (ETB) im FN-Bauwesen des deutschen Normenausschusses hat die Normblätter

DIN 1055 Bl. 1 — Lastannahmen für Bauten; Lagerstoffe, Bodenarten und Schüttgüter — Ausgabe Juni 1940 und DIN 1055 Bl. 2 — Lastannahmen für Bauten; Eigengewichte von Bauteilen — Ausgabe August 1943,

die mit den Runderlassen des ehemaligen Reichsarbeitsministers vom 5. 6. 1940 (RABl. 1940 S. I 316 und ZdB 1940, S. 456) und vom 18. 8. 1943 (RABl. 1943 S. I 499 und ZdB S. 315) als Richtlinien für die Baugenehmigungsbehörden eingeführt waren, überarbeitet und zu dem Normblatt DIN 1055 Bl. 1 — Lastannahmen für Bauten; Lagerstoffe, Baustoffe und Bauteile — Ausgabe März 1963 zusammengefaßt.

Die Arbeitsgruppe (ETB) hat außerdem das Normblatt DIN 1055 Bl. 2 Lastannahmen für Bauten; Bodenwerte, Berechnungsgewicht, Winkel der inneren Reibung, Kohäsion — Ausgabe Juni 1963, erstmals aufgestellt.

Unter Bezug auf § 29 Abs. 2 der Hessischen Bauordnung werden die beiden Normblätter hiermit als Technische Baubestimmungen für die Bauaufsicht eingeführt.

Bei der Anwendung der Normblätter ist folgendes zu beachten:

1. **DIN 1055 Blatt 1** — Lastannahmen für Bauten; Lagerstoffe, Baustoffe und Bauteile — Ausgabe März 1963
- 1.1 Soweit Zweifel hinsichtlich eines späteren Wechsels der Belastung bestehen, z. B. bei Räumen für Lager- und Schüttgüter, oder wenn bei der Ausführung von Bauteilen die Verwendung von Baustoffen mit unterschiedlichem Berechnungsgewicht möglich ist, ist im Einzelfall zu prüfen,

ob nicht höhere als vom Antragsteller angegebene Berechnungsgewichte maßgebend sein müssen. In diesen Fällen ist die höchstzulässige Belastung im Bauschein festzulegen.

- 1.2 Ebenso ist, soweit die Berechnungsgewichte für den Nachweis der Standsicherheit im entlastenden Sinne wirken, z. B. beim Nachweis der Sicherheit gegen Abheben von Dächern oder zum Nachweis der Kippsicherheit, im Einzelfall zu prüfen, ob die in DIN 1055 Blatt 1 für die Belastung angegebenen Berechnungsgewichte (die z. B. auch die Baufeuchtigkeit berücksichtigen), nicht abgemindert werden müssen (vgl. DIN 1055 Blatt 1 Abschn. 1.1). So kann z. B. das tatsächliche Gewicht ausgetrockneter Holzdächer bis auf etwa $\frac{2}{3}$ des rechnerischen Gewichts nach DIN 1055 Blatt 1 absinken.
- 1.3 Für die Berechnung von Silobauten wird auf DIN 1055 Blatt 6 „Druckverhältnisse in Silozellen“ (zur Zeit noch Entwurf) verwiesen.

2. **DIN 1055 Blatt 2** — Lastannahmen für Bauten; Bodenwerte, Berechnungsgewicht, Winkel der inneren Reibung, Kohäsion — Ausgabe Juni 1963

2.1 Soweit aus der Erfahrung bekannt ist, daß für genau begrenzte örtliche Bereiche die Bodenwerte der Tabellen 1 und 2 wesentlich von den tatsächlich gegebenen Bodenwerten abweichen, können die Bauaufsichtsbehörden im Zusammenwirken mit einem anerkannten Institut für Baugrundfragen für diesen Bereich die Annahme anderer Bodenwerte festlegen.

2.2 In Ergänzung zu DIN 1055 Blatt 2 Abschnitt 4.1 wird bestimmt, daß der Erddruck auf Kellerwände bei Gebäuden mit Wanddicken nach DIN 4108 nicht nachgewiesen zu werden braucht, wenn die in DIN 1053 vorgeschriebenen aussteifenden Wände auch im Keller vorhanden sind und die in DIN 4106 Abschnitt 3.9 angegebene von der Wanddicke abhängige Höhe des Geländes über Kellerfußböden nicht wesentlich überschritten wird.

Ist eine Bemessung von Kellerwänden erforderlich, so darf im allgemeinen mit dem aktiven Erddruck gerechnet werden.

2.3 Bei schmalen, dem Erddruck ausgesetzten Baukörpern, z. B. Pfeilern, die in Böschungen stehen, ist im allgemeinen für die Ermittlung des Erddruckes die dreifache Pfeilerbreite anzunehmen, soweit nicht ein genauer Nachweis geführt wird. Der Erdwiderstand des vor dem Baukörper liegenden Bodens darf dabei im allgemeinen nicht berücksichtigt werden (vgl. auch DIN 1054 Abschnitt 4.1.3).

2.4 Soweit mit Bodenwerten gerechnet wird, die durch Versuche oder durch besondere Untersuchungen ermittelt wurden, stehen den Bauaufsichtsbehörden die anerkannten Institute für Baugrundfragen (vgl. Erlaß vom 1. 2. 1962 *StAnz. S. 248*) zur Begutachtung zur Verfügung, soweit die Bauaufsichtsbehörden nicht selbst in der Lage sind, diese Lastannahmen zu beurteilen.

Ich bitte, die nachgeordneten Bauaufsichtsbehörden entsprechend zu unterrichten.

Abdrucke der Normblätter DIN 1055 Bl. 1 und Bl. 2 können beim Beuth-Vertrieb GmbH, Berlin 15, Uhländstr. 175, und Köln 1, Friesenplatz 16 (Hansahauss), bezogen werden.

Die v.g. Normblätter werden in das z. Z. in Überarbeitung befindliche Verzeichnis der Technischen Baubestimmungen für die Bauaufsicht übernommen.

Wiesbaden, 30. 11. 1963

Der Hessische Minister des Innern
Vb — 64 b 16 03 — 3/63

StAnz. 5/1964 S. 156

130

An die
Herren Regierungspräsidenten
Darmstadt, Kassel, Wiesbaden

An den
Magistrat der Stadt Frankfurt am Main
6 Frankfurt am Main

Rechtsnatur des Einvernehmens der Gemeinde und der Zustimmung der höheren Verwaltungsbehörde nach dem Bundesbaugesetz

Bezug: Mein Erlaß vom 19. 4. 1962 — Vd — 64 a — 02 — 3/62 — (*StAnz. 26/1962 S. 859*)

In Ziffer 3.3.1 meines Erlasses vom 19. 4. 1962 habe ich gebeten, Einvernehmen und Zustimmung nach den §§ 14 Abs.

2, 19 Abs. 4, 31 und 36 des Bundesbaugesetzes vorerst als verwaltungsinterne, nicht selbständig anfechtbare Handlungen anzusehen.

Nunmehr liegt ein Urteil des Hessischen Verwaltungsgerichtshofes vom 2. August 1963 — OS IV 70/60 — vor, nach dem die Entscheidung der Gemeinde über die Wiederherstellung oder Verweigerung des Einvernehmens ein selbständig anfechtbarer Verwaltungsakt ist. Die Entscheidung wird wie folgt begründet.

„Es ist in Lehre und Rechtsprechung umstritten, in welchen Fällen die in einer Rechtsnorm für erforderlich erklärte Mitwirkung einer Behörde bei einem von einer anderen Behörde zu erlassenden Verwaltungsakt selbst einen Verwaltungsakt darstellt. Der Senat vertritt hierzu die Auffassung, daß die Erteilung oder Verweigerung einer Zustimmung dann als Verwaltungsakt qualifiziert werden muß, wenn die zur Entscheidung berufene Behörde an die Erteilung oder Verweigerung der Zustimmung gebunden ist (vgl. dazu BVerwG I C 169/53 vom 29. 6. 1954 in NJW 1954/1662, I C 52/54 vom 10. 5. 1955 in NJW 1955/1530 und I C 195/56 vom 10. 7. 1958 in DöV 1959/61, OVG Hamburg, Bf II 105/57 vom 28. 8. 1958 in MDR 1959/522, OVG Rheinland-Pfalz, I A 58/59 vom 3. 11. 1960 in DöV 1961/117, OVG Münster, VII A 656/61 vom 27. 3. 1962 in DVBl. 1962/492, BFH I 100/60 S vom 1. 8. 1961 in NJW 1962/1316 und Hess. VGH OS II 160/58 vom 28. 9. 1960 in ESVGH Bd. 10, S. 129). Eine solche Bindung ist im vorliegenden Falle zu bejahen. Denn die Bauaufsichtsbehörde darf eine Ausnahmegenehmigung nicht erteilen, wenn die Gemeinde ihre Zustimmung verweigert. Wegen dieser Bindung der Bauaufsichtsbehörde an die Entscheidung der Beklagten ist deren Entscheidung als ein Verwaltungsakt anzusehen, der von den Klägern selbständig angefochten werden kann.“

Mit dieser Entscheidung ist die Rechtslage jedoch nicht als geklärt anzusehen. Das Bundesverwaltungsgericht hat in einem Urteil vom 28. 5. 1963 (NJW 1963 S. 2088), das sich allerdings nicht mit dem Einvernehmen der Gemeinde, sondern mit der Zustimmung der Straßenbaubehörde nach § 9 des Bundesfernstraßengesetzes befaßt, einen gegenteiligen Standpunkt eingenommen. Zur Frage, ob einer mitwirkenden Verwaltungshandlung der Charakter eines selbständigen Verwaltungsaktes deshalb zuzusprechen ist, weil er die nach außen hin tätige Behörde in ihrer Entscheidung bindet, nimmt das Bundesverwaltungsgericht wie folgt Stellung:

„Der Verwaltungsaktcharakter der Zustimmung kann auch nicht daraus hergeleitet werden, daß die Entscheidung der obersten Landesstraßenbaubehörde für die Baugenehmigungsbehörde bindend ist. . . . Der in diesem Zusammenhang erhobene Hinweis, der Versagung der Zustimmung und der Zustimmung selbst müsse deshalb selbständige Bedeutung im Verhältnis zum Bürger beigemessen werden, weil die Bindung der Baugenehmigungs-

behörde an die Beurteilung der Zustimmungsbehörde mit rechtsstaatlichen Grundsätzen nicht vereinbar sei, entbehrt der Berechtigung. Der Gesetzgeber kann den Gegenstand und die Form der Mitwirkung mehrerer Behörden für das Verwaltungsverfahren nach seinem Ermessen festlegen. Die Auffassung, es könne der Baugenehmigungsbehörde nicht zugemutet werden, die von der obersten Landesstraßenbaubehörde vertretene Ansicht gegen ihren Willen zu verteidigen, enthält keinen rechtlich relevanten Gesichtspunkt.“

Die Rechtsnatur der Erklärung der Gemeinde über ihr Einvernehmen ist somit nach wie vor umstritten. Ich bitte, daher weiterhin nach Nr. 3.3.1 meines Erlasses vom 19. 4. 1962 zu verfahren.

Es bleibt den unteren Bauaufsichtsbehörden jedoch anheimgestellt, die Rechtsmittelbelehrung (vgl. Anlage zu meinem Erlaß vom 5. 4. 1962 — StAnz. 15/1962 S. 502) mit einem Zusatz etwa folgenden Wortlautes zu versehen:

„In der Rechtsprechung wird teilweise die Verweigerung des Einvernehmens der Gemeinde als selbständiger und damit auch als selbständig anfechtbarer Verwaltungsakt aufgefaßt. Es bleibt daher unbenommen, auch gegen die Verweigerung des Einvernehmens Widerspruch einzulegen. Dieser Widerspruch ist an die Gemeinde zu richten; für Form, Frist und Inhalt gelten die obigen Hinweise.“

Wiesbaden, 10. 1. 1964

Der Hessische Minister des Innern
Vd — 64 a 02 — 3/64

StAnz. 5/1964 S. 156

131

Kosten der Einrichtung und Unterhaltung der Kreisflüchtlingswohnheime

Bezug: 1. Finanzausgleichsgesetz i. d. F. vom 16. Dezember 1963 (GVBl. I S. 183) — 2. Richtlinien vom 7. September 1959 (StAnz. S. 1069)

Zur Ausführung des § 25 Abs. 3 und 4 des Gesetzes zur Regelung des Finanzausgleichs i. d. F. vom 16. Dezember 1963 (GVBl. S. 183) ordne ich an:

Die mit Erlaß vom 27. Juni 1960 — X/1a 3 — 15h/43/60 KL — (StAnz. S. 829) für das Rechnungsjahr 1960 veröffentlichten Richtlinien sind auch für das Rechnungsjahr 1964 anzuwenden.

Wiesbaden, 20. 1. 1964

Der Hessische Minister des Innern
als Staatsbeauftragter für das
Flüchtlingswesen

X/1a 3 15h/43/64 KL

StAnz. 5/1964 S. 157

132

Der Hessische Minister der Finanzen

Gemeinsamer Erlaß

des Hessischen Ministers der Finanzen und des Hessischen Ministers des Innern

An die
Oberfinanzdirektion Frankfurt am Main

An die
Herren Regierungspräsidenten
Darmstadt, Kassel, Wiesbaden

An den
Magistrat der Stadt Frankfurt am Main

Durchführung des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich über Rechtsschutz und Rechtshilfe in Abgabensachen vom 4. Oktober 1955

Bezug: Gemeinsamer Erlaß des Hessischen Ministers der Finanzen (S 1340 — 1 — II/11) und des Hessischen Ministers des Innern (IV f 7 g — Allgem.) vom 6. August 1959 (StAnz. 34/1959 S. 896 — BStBl 1959 II S. 137)

Ich bitte, Abschnitt 15 Absatz 1 und 2 der Verwaltungsanordnung der Bundesregierung vom 21. März 1958 (Bundes-

anzeiger Nr. 59 vom 26. März 1958 — BStBl 1958 I S. 76) auf die der ausschließlichen Gesetzgebungsbefugnis des Landes unterliegenden Steuern in der Fassung entsprechend anzuwenden, die sich aus Nr. 1 der Verwaltungsanordnung der Bundesregierung zur Änderung der Verwaltungsanordnung zur Durchführung des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich über Rechtsschutz und Rechtshilfe in Abgabensachen vom 18. November 1963 (Bundesanzeiger Nr. 217 vom 22. November 1963 — BStBl 1963 I S. 795) ergibt.

Dieser Erlaß wird im Bundessteuerblatt, Teil II, veröffentlicht.

Wiesbaden, 8. 1. 1964

Der Hessische Minister der Finanzen
S. 1340 — 1 — II/1

Der Hessische Minister des Innern
IV f 7 g — Allgem.

StAnz. 5/1964 S. 157

133

Rechtsverhältnisse der Praktikantinnen (Praktikanten) für den Beruf der Beschäftigungstherapeutin

Bezug: Meine Erlasse vom 14. März 1961 — P 2100 A — 360 — I 4 a — (StAnz. S. 362) und vom 30. Mai 1963 — P 2100 A — 411 — I 4 a — (StAnz. S. 696)

Die Bundesrepublik Deutschland, die Tarifgemeinschaft deutscher Länder und die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände haben am 18. Juli 1963 mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr und der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft einen Tarifvertrag über die Änderung des Tarifvertrages über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen (Praktikanten) für den Beruf der medizinisch-technischen Assistentin, des Krankengymnasten, des Masseurs, des Masseurs und medizinischen Bademeisters vom 15. Juli 1960 vereinbart. Der Änderungstarifvertrag bezieht die Praktikantinnen (Praktikanten) für den Beruf der Beschäftigungstherapeutin in die Regelungen des Tarifvertrages vom 15. Juli 1960 ein stellt sie im Hinblick auf den entsprechenden Ausbildungsgang entgeltmäßig den Praktikantinnen (Praktikanten) für die Berufe der medizinisch-technischen Assistentin und des Krankengymnasten gleich.

Ich gebe den mit Wirkung vom 1. Juli 1963 in Kraft getretenen Änderungstarifvertrag nachstehend mit der Bitte um Kenntnisnahme und Beachtung bekannt. Für den Vollzug des Änderungstarifvertrages ist mein Bezugsverlaß vom 14. März 1961 entsprechend anzuwenden. Die vorläufigen Vorschriften über die staatliche Anerkennung von Beschäftigungstherapeuten vom 28. November 1963 sind vom Hessischen Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen im Staatsanzeiger Seite 1393 bekanntgegeben.

Wiesbaden, 9. 1. 1964

Der Hessische Minister der Finanzen
P 2100 A — 411 — I 41

StAnz. 5/1964 S. 158

*

Tarifvertrag vom 18. Juli 1963 über die Änderung des Tarifvertrages über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen (Praktikanten) für den Beruf der medizinisch-technischen Assistentin, des Krankengymnasten, des Masseurs, des Masseurs und medizinischen Bademeisters vom 15. Juli 1960.

Zwischen der Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch den Bundesminister des Innern, der Tarifgemeinschaft deutscher Länder, vertreten durch den Vorsitz der Vorstandes, der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände, vertreten durch den Vorstand, einerseits, und der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr — Hauptvorstand —, Stuttgart, der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft — Hauptvorstand —, Hamburg, andererseits, wird folgendes vereinbart:

§ 1

Der Tarifvertrag über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen (Praktikanten) für den Beruf der medizinisch-technischen Assistentin, des Krankengymnasten, des Masseurs, des Masseurs und medizinischen Bademeisters vom 15. Juli 1960 in der Fassung des Tarifvertrages vom 17. Mai 1963 wird wie folgt geändert:

1. Dem Rubrum des Tarifvertrages wird folgender Buchstabe c) angefügt:
 - „c) für den Beruf der Beschäftigungstherapeutin während der praktischen Tätigkeit, die nach den geltenden Ausbildungsordnungen der staatlichen Anerkennung als Beschäftigungstherapeutin voranzugehen hat.“
2. § 2 wird wie folgt geändert:
 - a) Bei Buchst. a (für die Zeit vom 1. April 1963 bis 31. März 1964) wird hinter der Zeile
„der med.-technischen Assistentin 401 387 373“
eingefügt die Zeile
„der Beschäftigungstherapeutin 401 387 373“.
 - b) Bei Buchst. b (für die Zeit vom 1. April 1964 an) wird hinter der Zeile
„der med.-techn. Assistentin 409 395 380“
eingefügt die Zeile
„der Beschäftigungstherapeutin 409 395 380“.

§ 2

Dieser Tarifvertrag tritt mit Wirkung vom 1. Juli 1963 in Kraft.

Wiesbaden, den 18. Juli 1963

Für die Bundesrepublik Deutschland
Der Bundesminister des Innern

In Vertretung

Dr. Schäfer

Für die Tarifgemeinschaft deutscher Länder

Der Vorsitz der Vorstandes

Glahn

Für die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände

Der Vorstand

Dr. Klett Repenning

Für die Gewerkschaft Öffentliche Dienste

Transport und Verkehr

— Hauptvorstand —

Kummernuss Kluncker

Für die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft

— Hauptvorstand —

Heinz Grotheguth G. Bruns

134

Bewertung der Unterkünfte, die Arbeitern und Angestellten im Landesdienst zur Verfügung gestellt werden — Tarifverträge vom 21. Februar 1963;

hier: Nr. 6 SR 2e und SR 2 f MTL sowie Nr. 13 SR 2a, Nr. 9 SR 2b und Nr. 13 SR 2c BAT

Bezug: Mein Erlaß vom 1. April 1963 — P 2120 A — 15 — I 4 a / P 2203 A — 16 — I 41 — (StAnz. S. 475)

Durch die Verordnung über die Bewertung der Sachbezüge für die Sozialversicherung vom 11. Dezember 1963 (GVBl. S. 198) sind die Sachbezugswerte für das Jahr 1964 erhöht worden. Mit Rücksicht darauf sind für die Zeit vom 1. Januar 1964 an folgende Beträge als Sachbezugswerte auf den Lohn bzw. die Vergütung anzurechnen:

1. Arbeiter

Je Zimmer	in Gemeinden mit	
	5000 und mehr Einwohnern	weniger als 5000 Einwohnern
belegt mit 1 Person	25,80 DM	23,40 DM
belegt mit 2 Personen	21,50 DM	19,50 DM
belegt mit 3 Personen	17,20 DM	15,60 DM

2. Angestellte

Je Zimmer	in Gemeinden mit	
	5000 und mehr Einwohnern	weniger als 5000 Einwohnern
der Gruppe I		
belegt mit 1 Person	25,80 DM	23,40 DM
belegt mit 2 Personen	21,50 DM	19,50 DM
belegt mit 3 Personen	17,20 DM	15,60 DM
der Gruppe II		
belegt mit 1 Person	34,80 DM	32,40 DM
belegt mit 2 Personen	29,— DM	27,— DM
belegt mit 3 Personen	23,20 DM	21,60 DM
der Gruppe III		
belegt mit 1 Person	43,80 DM	41,40 DM
belegt mit 2 Personen	36,50 DM	34,50 DM
belegt mit 3 Personen	29,20 DM	27,60 DM

Wiesbaden, 16. 1. 1964

Der Hessische Minister der Finanzen
P 2120 A — 15 — I 41

P 2203 A — 16 — I 41

StAnz. 5/1964 S. 158

135

7. Änderung der Liste der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure im Lande Hessen

hier: Zulassung (Veröffentlichung gem. § 8 der Berufsordnung der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure vom 20. 1. 1938 — RGBl. I S. 40)

Bezug: Liste der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure (StAnz. 1963 S. 278; letzte Änderung StAnz. 1964 S. 9)

Lfd. Nr. der Zulassung	Name, Vorname	geboren am: in:	a) zugelassen mit Erlaß vom: b) vereidigt am:	a) Wohnort, Straße b) Niederlassungsort, Straße
63	Braun, Walter	28. 3. 1899 Neumarkt, Krs. Jüterbog	a) 18. 12. 1963 b) 3. 1. 1964	a) Wiesbaden, Forststr. 8 b) Frankfurt (Main), Savignystraße 75
64	Dipl.-Ing. Mai, Karl	19. 9. 1932 Hannover	a) 18. 12. 1963 b) 2. 1. 1964	a) Kassel, Weißenburgstr. 8 b) daselbst

Wiesbaden, 16. 1. 1964

Der Hessische Minister der Finanzen
K 2700 B — 114, 118 — VI/1
StAnz. 5/1964 S. 158

Auszahlungsanordnungen sind auch künftig bei jeder Änderung des Unterhaltszuschusses oder der Zuschläge erforderlich. Ich werde den Zeitpunkt, von dem an die Unterhaltszuschüsse im maschinellen Verfahren berechnet und überwacht werden und eine Vereinfachung des Anordnungsverfahrens möglich ist, rechtzeitig bekanntgeben.

Wiesbaden, 24. 1. 1964

Der Hessische Minister der Finanzen
H 2002 A S. 2 — III/91
H 2049 B — I/3a

StAnz. 5/1964 S. 159

136

Auszahlung der Dienst- und Versorgungsbezüge;

hier: Zahlung des Unterhaltszuschusses für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdiens

Bezug: Unterhaltungszuschußverordnung vom 31. 12. 1963 (GVBl. 1964 I S. 3)

Um den erhöhten Unterhaltszuschuß auf Grund der Unterhaltungszuschußverordnung vom 31. 12. 1963 auszahlen zu können, benötigt die Besoldungskasse für jeden Beamten im Vorbereitungsdiens eine Auszahlungsanordnung. Ich bitte die Festsetzungsbehörden, diese Auszahlungsanordnungen mit tunlichster Beschleunigung auf Vordruck ZBB 5 (neu) zu erteilen.

137

Der Hessische Kultusminister

Gastschulbeiträge; Schulgelderstattung

Verwaltungsvorschriften zu §§ 28—30 und § 31 Abs. 2 SchVG

Bezug: Erlaß vom 15. 6. 1962 — StAnz. S. 896 — Erlaß vom 10. 10. 1962 — StAnz. S. 1447 — Erlaß vom 29. 11. 1963 — StAnz. S. 1457 —

A. GASTSCHULBEITRÄGE

Gemäß § 30 des Schulverwaltungsgesetzes (SchVG) vom 28. 6. 1961 (GVBl. S. 87) ordne ich im Einvernehmen mit dem Minister des Innern an:

I. Gastschulbeiträge für das Rechnungsjahr 1963

Die im Abschnitt A I der Verwaltungsvorschriften vom 15. 6. 1962 festgesetzten vorläufigen Jahressätze des Gastschulbeitrages gelten auch für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1963.

II. Gastschulbeiträge ab Rechnungsjahr 1964

1. Mit Wirkung vom 1. Januar 1964 wird der Abschnitt A I der Verwaltungsvorschriften vom 15. 6. 1962 durch folgende Neufassung ersetzt:

„I. Höhe

Ab 1. Januar 1964 beträgt der Jahressatz des Gastschulbeitrages je Schüler von	
Volksschulen	25,— DM
Sonderschulen und Sonderschulklassen	50,— DM
Förderstufenklassen	90,— DM
Realschulen	90,— DM
Gymnasien	150,— DM
Berufsschulen einschließlich ihrer Aufbauzüge mit Teilzeitunterricht	50,— DM
Aufbauzüge mit Vollzeitunterricht an Berufsschulen	180,— DM
Berufsfachschulen	180,— DM
Wirtschaftsoberschulen und Wirtschaftsgymnasien	180,— DM
Gewerblichen Fachschulen	180,— DM
Frauenfachschulen	180,— DM
Werkkunstschulen	360,— DM
Seminaren für Jugendleiterinnen	360,— DM
Institut für Modeschaffern	360,— DM

Soweit diese Gliederung von der üblichen Abgrenzung der Schulformen abweicht, gilt das nur in Bezug auf die Gast-

schulbeiträge. Falls ein Schulträger Schulen verschiedener Typen einer der aufgeführten Schulformen unterhält, sind deren Schüler bei der Ermittlung der Zahl der Auswärtigen nach § 29 SchVG jeweils zusammenzuzählen.“

2. Der Abschnitt A II der Verwaltungsvorschriften vom 15. 6. 1962 wird durch folgende Nr. 7 ergänzt:

„7. öffentlich-rechtliche Vereinbarungen

Werden für auswärtige Schüler (vgl. Nr. 1) auf Grund öffentlich-rechtlicher Vereinbarung Beiträge gezahlt, die eine angemessene Beteiligung an den sächlichen Beschulungskosten umfassen, so kann der Schulträger neben dieser vereinbarten Sachkostenbeteiligung nicht noch Gastschulbeiträge nach den vorstehenden Bestimmungen erheben.“

B. SCHULGELDERSTATTUNG DURCH DAS LAND

Mit Wirkung vom 1. Januar 1964 vergütet das Land in den Fällen des § 31 Abs. 2 SchVG den kommunalen Schulträgern den Schulgeldausschlag gleichfalls in Höhe der in Abschnitt A II Nr. 1 dieses Erlasses neu festgesetzten Sätze. Die Regierungspräsidenten erstatten somit erstmals zum nächsten Anforderungstermin (d. i. der 15. 1. 1964 für den Anspruchszeitraum vom 1. 1. bis 31. 12. 1964 nach dem Schülerstichtag vom 15. 5. bzw. 15. 11. 1963) die vorstehenden höheren Beträge.

Das gilt entsprechend hinsichtlich der Gastschulbeiträge für auswärtige Berufsschüler aus anderen Bundesländern, die das Land nach § 28 Abs. 2 SchVG ab 1. 1. 1964 zu erstatten hat.

Im übrigen bleiben die Verwaltungsvorschriften vom 15. 6. 1962 sowie die Erlasse vom 10. 10. 1962 und 29. 11. 1963 unberührt.

Zur Verwaltungserleichterung werden die Verwaltungsvorschriften in der zur Zeit geltenden Fassung im folgenden neu bekanntgemacht.

Wiesbaden, 6. 12. 1963

Der Hessische Kultusminister
S 6 — 393/0 — 25

StAnz. 5/1964 S. 159

Gastschulbeiträge; Schulgelderstattung

Verwaltungsvorschriften zu §§ 28 bis 30 und § 31 Abs. 2 des Schulverwaltungsgesetzes in der Fassung vom 6. 12. 1963
 Zur Ausführung der §§ 28 bis 30 und 31 Abs. 2 des Schulverwaltungsgesetzes (SchVG) vom 28. 6. 1961 (GVBl. S. 87) erlasse ich im Einvernehmen mit dem Minister des Innern folgende Verwaltungsvorschriften:

A. GASTSCHULBEITRÄGE

I. Höhe

Ab 1. Januar 1964 beträgt der Jahressatz des Gastschulbeitrages je Schüler von

Volksschulen	25,— DM
Sonderschulen und Sonderschulklassen	50,— DM
Förderstufenklassen	90,— DM
Realschulen	90,— DM
Gymnasien	150,— DM
Berufsschulen einschließlich ihrer Aufbauzüge mit Teilzeitunterricht	50,— DM
Aufbauzüge mit Vollzeitunterricht an Berufsschulen	180,— DM
Berufsfachschulen	180,— DM
Wirtschaftsoberschulen und Wirtschaftsgymnasien	180,— DM
Gewerblichen Fachschulen	180,— DM
Frauenfachschulen	180,— DM
Werkkunstschulen	360,— DM
Seminaren für Jugendleiterinnen	360,— DM
Institut für Modeschaffen	360,— DM

Soweit diese Gliederung von der üblichen Abgrenzung der Schulformen abweicht, gilt das nur in Bezug auf die Gastschulbeiträge. Falls ein Schulträger Schulen verschiedener Typen einer der aufgeführten Schulformen unterhält, sind deren Schüler bei der Ermittlung der Zahl der Auswärtigen nach § 29 SchVG jeweils zusammenzuzählen.

II. Begriffsbestimmungen

1. Auswärtige Schüler sind Schüler, die ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt außerhalb des Gebietes des Schulträgers der von ihnen besuchten Schule haben und denen Unterrichtsgeldfreiheit zusteht. Dabei kommt es nicht darauf an, ob sie ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in Hessen oder in einem anderen Bundesland haben, mit dem Gegenseitigkeit der Unterrichtsgeldfreiheit verbürgt ist.

Bei Berufsschülern, die in einem Lehr-, Anlern-, Dienst- oder Praktikantenverhältnis stehen, tritt an die Stelle des Wohnsitzes oder des gewöhnlichen Aufenthalts der Ort der Ausbildungs- oder Arbeitsstätte.

2. Der Wohnsitz bestimmt sich nach den Vorschriften des bürgerlichen Rechts (§§ 7 ff. BGB). Minderjährige können nur in Ausnahmefällen einen eigenen Wohnsitz begründen; das ist bei der Unterbringung in Schülerheimen, möblierten Zimmern oder bei Verwandten für die Dauer der Schul- oder Berufsausbildung in der Regel nicht der Fall.

Bei Schülern, die ausnahmsweise weder den Wohnsitz der Erziehungsberechtigten teilen noch einen eigenen Wohnsitz haben, ist hilfsweise der Ort des gewöhnlichen Aufenthaltes maßgebend. Einen gewöhnlichen Aufenthalt hat, wer an einem Ort auf Zeit Wohnung nimmt, ohne dort einen Wohnsitz zu begründen (z. B. vorübergehende Unterbringung bei Verwandten oder in einem Pflege- oder Schülerheim).

3. Das Gebiet des Schulträgers wird bestimmt durch die Vorschriften des § 13 der Hessischen Landkreisordnung, des § 15 der Hessischen Gemeindeordnung, der Schulverbandsatzung oder der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung (§ 13 des Zweckverbandsgesetzes).

4. Beitragsberechtigt sind mit Ausnahme des Landes und des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen alle Schulträger, bei denen die Zahl der die Schulen einer Schulform besuchenden auswärtigen Schüler 10 v. H. der Gesamtschülerzahl dieser Schulform übersteigt. Die Schulformen im Sinne dieser Anordnungen ergeben sich aus Abschnitt I. Die Schüler selbständiger und mit Volksschulen verbundener Realschulen sind Schüler einer Schulform (Realschule).

5. Stichtag für die Ermittlung der Zahl der auswärtigen Schüler ist bei den allgemeinbildenden Schulen der 15. Mai, bei den berufsbildenden Schulen der 15. November des abgelaufenen Schuljahres, d. h. des Schuljahres, das dem am 1. April des Fälligkeitsjahres beginnenden Schuljahr vorausging.

6. Leistungspflichtig sind auf Anforderung der beitragsberechtigten Schulträger die hessischen kreisfreien Städte und Landkreise, in deren Gebiet die auswärtigen Schüler

- a) ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben oder
- b) in einem Lehr-, Anlern-, Dienst- oder Praktikantenverhältnis stehen.

Für Berufsschüler aus einem anderen Bundesland, die in Hessen nicht berufsschulpflichtig sind, aber mit Zustimmung des Regierungspräsidenten (§ 28 Abs. 2 SchVG in Verbindung mit Nr. 9 Abs. 2 der Verwaltungsvorschriften vom 27. 8. 1962 zum Schulpflichtgesetz — Staatsanzeiger S. 1236 —) eine Berufsschule in Hessen besuchen, erstattet das Land den Gastschulbeitrag. Er ist von den beitragsberechtigten Schulträgern zum 15. Januar jedes Jahres nach dem Stichtag vom 15. November des Vorjahres bei dem Regierungspräsidenten anzufordern. Dieser prüft die Anforderungen und erteilt Auszahlungsanordnung zu Lasten der einschlägigen Haushaltsstelle.

7. öffentlich-rechtliche Vereinbarungen

Werden für auswärtige Schüler (vgl. Nr. 1) auf Grund öffentlich-rechtlicher Vereinbarung Beiträge gezahlt, die eine angemessene Beteiligung an den sächlichen Beschulungskosten umfassen, so kann der Schulträger neben dieser vereinbarten Sachkostenbeteiligung nicht noch Gastschulbeiträge nach den vorstehenden Bestimmungen erheben.

B. SCHULGELDERSTATTUNG DURCH DAS LAND

Nach § 31 Abs. 2 SchVG erstattet das Land Schulträgern von Realschulen, Gymnasien, Berufsfachschulen, Fachschulen und Höheren Fachschulen für Schüler aus einem anderen Bundesland, mit dem Gegenseitigkeit der Unterrichtsgeldfreiheit verbürgt ist, Schulgeld in Höhe der Gastschulbeiträge, sofern die Zahl der auswärtigen Schüler 10 v. H. der Gesamtschülerzahl einer Schulform übersteigt.

Die Höhe des jährlichen Erstattungsbetrages je Schüler entspricht dem in Abschnitt A I für die entsprechende Schulform festgesetzten Gastschulbeitrag. Im übrigen gilt Abschnitt A II Nr. 2, 5 und 7 dieser Anordnung entsprechend.

Die erstattungsberechtigten Schulträger fordern das Schulgeld für diese Schüler alljährlich beim Regierungspräsidenten nach folgendem Terminplan an:

	Anforderungs-termin	für den Anspruchszeitraum	maßgeblicher Schülerstichtag bei	allgemeinbild. Schulen	berufsbildender Schulen
15. 1. 1964	1. 1.—31. 12. 1964	15. 5. 1963	15. 11. 1963		
15. 1. 1965	1. 1.—31. 12. 1965	15. 5. 1964	15. 11. 1964		
15. 1. 1966	1. 1.—31. 12. 1966	15. 5. 1965	15. 11. 1965		
usw.					

Die Regierungspräsidenten prüfen die Anforderungen und veranlassen die Erstattung zu Lasten der einschlägigen Haushaltsmittel.

138

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr

Einziehung von Teilstrecken der bisherigen Landesstraße 3184 zwischen Wenings und Gedern, Landkreis Büdingen, Regierungsbezirk Darmstadt

Mit der Verlegung von Teilstrecken im Zuge der Landesstraße 3184 zwischen Wenings und Gedern im Landkreis Büdingen, Regierungsbezirk Darmstadt, sind die bisherigen Teilstrecken der Landesstraße 3184 von km 17,372 alt (= km 17,392 neu) bis km 17,572 alt (= km 17,822 neu) = 200 m, von Kilometer 17,580 alt (= km 17,830 neu) bis km 17,711 alt (= Kilometer 17,977 neu) = 131 m, von km 17,719 alt (= km 17,985 neu) bis km 17,919 alt (= km 18,211 neu) = 200 m, für den Verkehr entbehrlich geworden.

Sie verlieren daher mit Ablauf des 31. Dezember 1963 die Eigenschaft einer Landesstraße und werden eingezogen (§ 6 des Hessischen Straßengesetzes [HStrG] vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437).

Rechtsbehelfsbelehrung: Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht in Darmstadt, Neckarstraße 3a, erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann auch zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden. Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (das ist das Land Hessen, vertreten durch den Minister für Wirtschaft und Verkehr) und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 8. 1. 1964

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr
V d 5 — 63 a — 30

StAnz. 5/1964 S. 161

139

Durchführung der Beförderungssteuer- und Umsatzsteuerbefreiung für Beförderungsleistungen nach Artikel 67 des NATO-Zusatzabkommens

hier: Personenverkehr auf der Straße.

Das Zusatzabkommen vom 3. August 1959 zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen (BGBl. 1961 II S. 1218) ist am 1. Juli 1963 in Kraft getreten (BGBl. II S. 745). Nach Artikel 67 des Zusatzabkommens sind unter den dort genannten Voraussetzungen

- a) Beförderungsleistungen für eine Truppe oder ein ziviles Gefolge durch die Deutsche Bundesbahn oder Unternehmen des gewerblichen Verkehrs von der Beförderungssteuer befreit,
- b) Lieferungen und sonstige Leistungen an eine Truppe oder ein ziviles Gefolge von der Umsatzsteuer befreit.

Der Bundesminister der Finanzen hat für seinen Geschäftsbereich mit Erlaß vom 25. September 1963 — IV A/4 — S 6723 — 7/63 — an die Oberfinanzdirektionen die für die Durchführung der Beförderungssteuerbefreiung erforderlichen Weisungen erteilt. Der Erlaß ist im Bundessteuerblatt Teil I vom 25. Oktober 1963, Seite 715, veröffentlicht.

Für den Bereich der Umsatzsteuer hat die Bundesregierung die Verordnung zur Durchführung der umsatzsteuerlichen Vorschriften des Zusatzabkommens vom 3. August 1959 zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages vom 19. Juni 1951 über die Rechtsstellung ihrer Truppen — NATO-Truppenstatut — (UmsatzsteuerVO-NATO-ZA) vom 30. September 1963 (BGBl. I S. 769) erlassen. Die Verordnung ist am 6. Oktober 1963 in Kraft getreten.

Für die Durchführung der Beförderungssteuer und Umsatzsteuerbefreiung nach Artikel 67 des NATO-Zusatzabkommens für den Personenverkehr auf der Straße gelten nachstehende Hinweise:

1. Das Zusatzabkommen vom 3. 8. 1959 zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländische Truppen

(Bundesgesetzbl. 1961 II S. 1218) ist am 1. 7. 1963 in Kraft getreten (Bundesgesetzbl. II S. 745).

2. Die Steuerbefreiungen gelten für die in der Bundesrepublik unterhaltenen Stationierungstruppen folgender „Entsendestaaten“:

Belgien,
Frankreich,
Kanada,
Niederlande,
Großbritannien und Nordirland,
Vereinigte Staaten von Amerika.

3. Es bedeuten

- a) „Truppe“ das zu den Streitkräften gehörende Personal, wenn es sich im Zusammenhang mit seinen Dienstobliegenheiten im Bundesgebiet befindet;
- b) „Ziviles Gefolge“ das die Truppe begleitende Zivilpersonal, das bei den Streitkräften beschäftigt ist, soweit es sich nicht um Staatenlose handelt oder um Staatsangehörige eines Staates, der nicht Partei des Nordatlantikvertrages ist, oder um deutsche Staatsangehörige oder um Personen, die im Bundesgebiet ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben;
- c) „Angehöriger“ den Ehegatten eines Mitglieds einer Truppe oder eines zivilen Gefolges, sowie ein dem Mitglied gegenüber unterhaltsberechtigtes Kind.

4. Gemäß Artikel 67 des Zusatzabkommens sind unter den dort genannten Voraussetzungen

- a) Beförderungsleistungen für eine Truppe oder ein ziviles Gefolge durch die Deutsche Bundesbahn oder durch Unternehmen des gewerblichen Verkehrs von der Beförderungssteuer befreit,
Lieferungen und sonstige Leistungen an eine Truppe oder an ein ziviles Gefolge von der Umsatzsteuer befreit.

5. Steuerfreiheit tritt nicht ein, wenn ein beauftragter Unternehmer einem Dritten (Subunternehmer) die Ausführung einer Beförderungsleistung überträgt.

6. Steuerbefreiung kommt ferner nicht in Betracht für alle Fälle, in denen das Beförderungsentgelt von den Mitgliedern der Truppe, des zivilen Gefolges und von deren Angehörigen selbst zu entrichten ist.

7. Es kann zunächst davon ausgegangen werden, daß die Stationierungstreitkräfte die Steuerbefreiung — soweit es sich um den Personenverkehr auf der Straße handelt — nur für den Gelegenheitsverkehr mit Kraftomnibussen in Anspruch nehmen werden. Hierfür werden besondere Beförderungsverträge zwischen den Dienststellen der Stationierungstreitkräfte und den Beförderungsunternehmen abgeschlossen.

8. Zur Unterzeichnung der Aufträge — bei denen es sich z. T. um Militärgutscheine handelt — sind befugt

- a) **bei den belgischen Stationierungstreitkräften** alle Dienstgrade von Behörden der Streitkräfte. Die Unterschrift muß jedoch durch das Corpsiegel beurkundet sein,
- b) **bei den französischen Stationierungstreitkräften** die „Intendants Militaires“ oder ihre Vertreter,
- c) **bei den britischen Stationierungstreitkräften** Offiziere, Offiziersstellvertreter (warrant officers), Zivilbedienstete im Offiziersrang und bestimmte einzelne Unteroffiziere,
- d) **bei den US-Stationierungstreitkräften** die Transportoffiziere (transportation officers) oder ihre Vertreter.

Wegen der Unterzeichnungsbefugnis bei den kanadischen und niederländischen Stationierungstreitkräften bleibt eine besondere Mitteilung vorbehalten.

9. Die Beförderungssteuer ist auf der Rechnung über den Beförderungspreis mit 10, 714 v. H. erkennbar von dem Rechnungsbetrag abzusetzen.

In den Voranmeldungen und Steuererklärungen sind die Beförderungsentgelte gesondert auszuweisen.

10. Im übrigen wird Bezug genommen auf den Erlaß des Bundesministers der Finanzen vom 25. 9. 1963 (IV A/4 — S 6723 — 7/63) an die Oberfinanzdirektionen betr. Beförderungssteuer — veröffentlicht im Bundessteuerblatt Teil I vom 25. Oktober 1963, S. 715.

11. Wegen der Umsatzsteuer wird verwiesen auf die Verordnung zur Durchführung der umsatzsteuerlichen Vorschriften des Zusatzabkommens vom 3. August 1959 zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages vom 19. Juni 1951 über die Rechtsstellung ihrer Truppen — NATO-Truppenstatut (UmsatzsteuerVO-NATO-ZA) vom 30. September 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 769).

Wiesbaden, 22. 11. 1963

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr
Abteilung V — Verkehr
V c Az.: 66 1 — 28

StAnz. 5/1964 S. 161

140

Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen

Eintragung von Tarifverträgen in das Tarifregister für das Land Hessen

Im Monat Dezember 1963 wurden die nachstehend aufgeführten Tarifverträge in das Tarifregister für das Land Hessen eingetragen:

1. **Nr. 304a/47** — Lohntarifvertrag vom 13. 9. 1963 für die gewerblichen Arbeitnehmer und Lehrlinge nebst Protokollnotiz vom gleichen Tage.
2. **Nr. 304a/48** — Gehaltstarifvertrag vom 13. 9. 1963 für die Angestellten und Lehrlinge.
3. **Nr. 304a/49** — Tarifvertrag vom 13. 9. 1963 über eine Verkürzung der Arbeitszeit (Ruhetage) für die Arbeiter und Angestellten.
Zu 1.—3. betr. Arbeitnehmer im Barytbergbau in den Ländern Niedersachsen, Hessen und Bayern.
Zu 1.—3. Tarifvertragsparteien:
Vereinigte Werke Dr. Rudolf Alberti & Co., Bad Lauterberg, Arbeitgeberverband des Hessischen Bergbaus e. V. sowie Fachausschuß Schwespatbergbau des Bayerischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins e. V. und Industriegewerkschaft Bergbau und Energie, Bochum.
4. **Nr. 305/101** — Anschlußtarifvertrag für die Arbeiter der Gruben Malapertus und Ortenberg der Buderus'schen Eisenwerke in Wetzlar vom 12. 11. 1963 zur Übernahme des Manteltarifvertrages für die Arbeiter im Eisenerzbergbau in der Bundesrepublik vom 29. 11. 1962/29. 4. 1963.
Tarifvertragsparteien:
Buderus'sche Eisenwerke, Wetzlar, und Industriegewerkschaft Bergbau und Energie.
5. **Nr. 406/12** — Schieds- und Schlichtungsordnung mit Geschäftsordnung vom 30. 8. 1963 für die gewerblichen Arbeitnehmer und Lehrlinge der Kalksandsteinindustrie in der Bundesrepublik einschließlich West-Berlin.
Tarifvertragsparteien:
Bundesverband Kalksandsteinindustrie e. V., Hannover, Entenfangweg 11, und Industriegewerkschaft Bau — Steine — Erden, Hauptvorstand, Frankfurt M., Goetheplatz 5, sowie Industriegewerkschaft Chemie — Papier — Keramik, Hauptvorstand, Hannover, Königsworther Platz 6.
6. **Nr. 1102 1/46** — Tarifvertrag vom 22. 1. 1963 über die Neuregelung der Gehälter, des Urlaubs und der Entgelte für die Angestellten, Meister und Lehrlinge der Firmen Marley Werke GmbH und Hannover Flooring GmbH in der Bundesrepublik.
Tarifvertragsparteien:
Marley Werke GmbH sowie Hannover Flooring GmbH, beide in Luthé bei Wunstorf, und Industriegewerkschaft Chemie — Papier — Keramik, Bezirksleitung Niedersachsen, Hannover, Wilhelmstraße 1.
7. **Nr. 1103e/18** — Tarifvertrag (Löhne, Gehälter und Lehrlingsentgelte) vom 23. 10. 1963 für die Betriebsangehörigen der Außenstellen der ARAL Akt.-Ges. in der Bundesrepublik.
Tarifvertragsparteien:
ARAL Akt.-Ges., Bochum, Wittener Str. 45, und Industriegewerkschaft Bergbau und Energie, Bochum, Alte Hattinger Straße 19.
8. **Nr. 1103 1/35** — Tarifvertrag vom 1. 10. 1963 über die Neuregelung der Gehälter und Verkürzung der Arbeitszeit für die kaufmännischen und technischen Angestellten so-

wie Meister der Wachsindustrie in Fulda und Umgebung.

Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband für Fulda und Umgebung e. V. und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Hessen, Frankfurt/M.

9. **Nr. 1300/79** — Tarifvertrag vom 27. 11. 1963 für die gewerblichen Arbeitnehmer in Betrieben der Papierindustrie in der Bundesrepublik und West-Berlin, die mit Arbeiten im Sinne der Durchfahrverordnung im vollkontinuierlichen Vierschichtsystem beschäftigt werden nebst Protokollnotiz vom gleichen Tage (Mantel- und Lohnbestimmungen).
Tarifvertragsparteien:
Vereinigung der Arbeitgeberverbände der Deutschen Papierindustrie e. V., Bonn, und Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik, Hauptvorstand, Hannover.
10. **Nr. 1901/98** — Lohntarifvertrag vom 25. 7. 1963.
11. **Nr. 1901/99** — Gehaltstarifvertrag vom 25. 7. 1963 für die kaufmännischen und technischen Angestellten sowie Meister.
Zu 10. u. 11. betr. Arbeitnehmer der Hafentmühle Frankfurt/Main und der Frankfurter Mühlenwerke, Frankfurt am Main.
12. **Nr. 1901/100** — Lohntarifvertrag vom 2. 8. 1963.
13. **Nr. 1901/101** — Gehaltstarifvertrag vom 2. 8. 1963 für die kaufmännischen und technischen Angestellten sowie Meister.
Zu 12. u. 13. betr. Arbeitnehmer der Handelsmühlen im Landes Hessen.
14. **Nr. 1912c/69** — Lohntarifvertrag vom 8. 8. 1963.
15. **Nr. 1912c/70** — Tarifvertrag vom 8. 8. 1963 über Entgelte für die gewerblichen Lehrlinge.
16. **Nr. 1912c/71** — Gehaltstarifvertrag vom 8. 8. 1963 für die kaufmännischen und technischen Angestellten.
17. **Nr. 1912c/72** — Tarifvertrag vom 8. 8. 1963 über Entgelte für die kaufmännischen und technischen Lehrlinge.
Zu 14.—17. betr. Arbeitnehmer der Handelsmälzereien im Landes Hessen.
Zu 10.—17. abgeschlossen mit der Gewerkschaft Nahrung — Genuß — Gaststätten, Landesleitung Hessen Rheinland-Pfalz/Saar, Frankfurt/Main.
18. **Nr. 1905d/75** — Gehaltstarifvertrag vom 20. 9. 1963 für die kaufmännischen und technischen Angestellten der Fleischwarenindustrie im Landes Hessen.
19. **Nr. 1913 i/45** — Gehaltstarifvertrag vom 30. 10. 1963 für die kaufmännischen und technischen Angestellten und Meister der Mineralbrunnen- und Erfrischungsgetränke-Industrie sowie der Mineralwasser-, Erfrischungsgetränke- und Bierhandlungen im Landes Hessen.
Zu 18. u. 19. abgeschlossen mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Hessen, Frankfurt/M.
Zu 10.—19. Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband Nahrung und Genuß Hessen e. V., Frankfurt/Main, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
20. **Nr. 1906/37** — Tarifvertrag vom 14. 3. 1963 über die Neuregelung der Löhne, Gehälter und Lehrlingsentgelte für die Arbeitnehmer der Firma H. W. Appel Feinkost AG in Hannover und deren Auslieferungslager in Frankfurt am Main.

- Tarifvertragsparteien:
Sozialpolitische Arbeitsgemeinschaft der Ernährungsindustrie in Niedersachsen/Bremen e. V., Hannover, Georgstraße 44, und Gewerkschaft Nahrung — Genuß — Gaststätten, Landesleitung Niedersachsen/Bremen, Hannover, Wilhelmstraße 1.
21. **Nr. 1907b/110** — Gehaltstarifvertrag vom 25. 9. 1963 für die kaufmännischen und technischen Angestellten sowie Lehrlinge der Milch- und Schmelzkäseindustrie in den Ländern Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Hessen.
Tarifvertragsparteien:
Milchindustrie-Verband e. V., Bonn, sowie Verband der Schmelzkäse-Industrie e. V., Bonn, und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand, Hamburg 36, Holstenwall 3—5.
22. **Nr. 1912/148** — Gehaltstarifvertrag vom 25. 10. 1963 für die kaufmännischen und technischen Angestellten sowie Meister der Brauereien und Mälzereien in Fulda und Umgebung.
Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband für Fulda und Umgebung e. V., Fulda, und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Hessen, Frankfurt/Main.
23. **Nr. 1914b/48** — Tarifvertrag vom 14. 12. 1962 für die Arbeiter und Heimarbeiter betr. Geschäftsordnung der Einstufungsstelle, Verfahren vor dem Schiedsgericht.
24. **Nr. 1914b/49** — Tarifvertrag vom 14. 12. 1962 zur Änderung des Manteltarifvertrages für die Arbeiter und Heimarbeiter vom 9. 12. 1961.
25. **Nr. 1914b/50** — Tarifvertrag vom 14. 12. 1962 über die Erhöhung der Gehälter und Änderung des Manteltarifvertrages für die Werkmeister vom 12. 1. 1962.
Zu 23.—25. betr. Arbeitnehmer in der Zigarrenherstellung in der Bundesrepublik.
Zu 23.—25. Tarifvertragsparteien:
Bundesverband der Zigarrenhersteller e. V., Heidelberg, und Gewerkschaft Nahrung — Genuß — Gaststätten, Hauptverwaltung, Hamburg.
26. **Nr. 2100/409** — Akkordtarifvertrag vom 14. 11. 1963 für das Estrichlegergewerbe im Lande Hessen.
Tarifvertragsparteien:
Verband baugewerblicher Unternehmer Hessen e. V., Frankfurt/M., Wolfsgangstraße 16, und Industriegewerkschaft Bau — Steine — Erden, Bezirk Hessen, Frankfurt am Main, Wilhelm-Leuschner-Straße 69/77.
27. **Nr. 2102a/12** — Tarifvertrag (Mantelbestimmungen, Gehälter und Entgelte) vom 12. 6. 1963 für die Angestellten und Lehrlinge im privaten Vermessungswesen in der Bundesrepublik und West-Berlin.
Tarifvertragsparteien:
Bund der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure e. V., Köln, Kolumbastraße 10, und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Hauptvorstand, Hamburg, Holstenwall Nr. 3—5, sowie Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart, Rote Straße Nr. 2.
28. **Nr. 2102e/22** — Tarifvertrag vom 5. 11. 1963 zur Änderung des Tarifvertrages zur Förderung der Aufrechterhaltung der Beschäftigungsverhältnisse während der Winterperiode (Lohnausgleich-Tarifvertrag) vom 1. 10. 1962.
29. **Nr. 2102e/23** — Tarifvertrag vom 5. 11. 1963 zur Änderung des Tarifvertrages über das Verfahren für den Lohnausgleich (Verfahrenstarifvertrag) vom 1. 10. 1962.
30. **Nr. 2102e/24** — Protokollarische Erklärung betr. Verhandlungen über Arbeitszeitverkürzung vom 5. 11. 1963.
31. **Nr. 2102e/25** — Tarifvertrag vom 5. 11. 1963 über eine Lohnausgleichstabelle für die Winterperiode 1963/64.
Zu 28.—31. betr. gewerbliche Arbeitnehmer des Dachdeckerhandwerks in der Bundesrepublik.
Zu 28.—31. Tarifvertragsparteien:
Zentralverband des Dachdeckerhandwerks e. V., Hannover-Kleeefeld, Kleestraße 1, und Industriegewerkschaft Bau — Steine — Erden, Hauptvorstand, Frankfurt/M., Goetheplatz 5.
32. **Nr. 2203/89** — Tarifvertrag vom 22. 7. 1963 über die Neuregelung der Löhne, Gehälter und Lehrlingsentgelte für die bei den Mitgliedsunternehmen der Gruppe Hessen der Arbeitgebervereinigung energiewirtschaftlicher Unternehmen e. V. beschäftigten Arbeitnehmer, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksverwaltung Hessen, Frankfurt/M., sowie der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Hessen, Frankfurt/M.
33. **Nr. 2203/90** — Tarifvertrag vom 4. 11. 1963 zur Änderung der Zusatzvereinbarung Nahverkehr vom 19. 5. 1959 zum Rahmentarifvertrag für die Versorgungs- und Verkehrsunternehmen der Gruppe Hessen, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksleitung Hessen, Ffm.
Zu 32. u. 33. Tarifvertragsparteien:
Arbeitgebervereinigung energiewirtschaftlicher Unternehmen e. V., Hamburg, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
34. **Nr. 2400/146** — Lohntarifvertrag vom 18. 9. 1963.
35. **Nr. 2400/147** — Gehaltstarifvertrag vom 18. 9. 1963 für die kaufmännischen und technischen Angestellten sowie Lehrlinge.
Zu 34. u. 35. betr. Arbeitnehmer des genossenschaftlichen Groß- und Außenhandels im Lande Hessen.
Zu 34. u. 35. Tarifvertragsparteien:
Landesverband des genossenschaftlichen Groß- und Außenhandels in Hessen e. V., Frankfurt/M., Gutleutstr. Nr. 80, und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Hessen, Frankfurt/M., Bockenheimer Landstraße Nr. 72/74.
36. **Nr. 2400/148** — Gehaltstarifvertrag vom 7. 3. 1963 für die in der Hauptverwaltung, den Werken und Verkaufsbüros der Firma H. F. & Ph. F. Reemtsma in der Bundesrepublik beschäftigten kaufmännischen und technischen Angestellten nebst Protokollnotiz vom gleichen Tage.
Tarifvertragsparteien:
H. F. & Ph. F. Reemtsma, Hamburg, und Gewerkschaft Nahrung — Genuß — Gaststätten, Hauptverwaltung, Hamburg.
37. **Nr. 2501b/171** — Tarifvertrag vom 7. 3. 1963 zur Änderung des Manteltarifvertrages für die Arbeitnehmer der Konsumgenossenschaften in der Bundesrepublik vom 8. 12. 1960 (Arbeitszeit, Urlaub).
Tarifvertragsparteien:
Zentrale Tarifgemeinschaft deutscher Konsumgenossenschaften, Hamburg, und Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Hauptvorstand, Düsseldorf, sowie Gewerkschaft Nahrung — Genuß — Gaststätten, Hauptverwaltung, Hamburg.
38. **Nr. 2501b/172** — Änderungsvereinbarung vom 15. 3. 1963 haltsabkommen für die technischen Angestellten und zur Änderung der Ziff. 23 der Anlage zum GEG-Gemeister vom 9. 2. 1962.
39. **Nr. 2501b/173** — Änderungsvereinbarung gültig ab 1. 4. 1963 zur Änderung der Ziff. 28 der Anlage zum GEG-Lohnabkommen vom 9. 2. 1962.
Zu 38. u. 39. Tarifvertragsparteien:
Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumgenossenschaften mbH (GEG), Hamburg 1, Besenbinderhof 43/52, und Gewerkschaft Nahrung — Genuß — Gaststätten.
40. **Nr. 2603g/36** — Tarifvertrag vom 24. 4. 1963 für die bei den privaten Reisebürobetrieben in der Bundesrepublik einschließlich West-Berlin beschäftigten Pagen des Turnusverkehrs (Mantelbestimmungen, Vergütungen).
Tarifvertragsparteien:
Deutscher Reisebüro-Verband e. V., Frankfurt/M., Wöhlerstr. 3—5, und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart, Rote Straße 2.
41. **Nr. 2702a/157** — Tarifvertrag vom 30. 10. 1963 zur Änderung des Tarifvertrages für die Arbeitnehmer der Deutschen Beamten-Versicherung und der Allgemeinen Versicherungs-AG vom 7. 7. 1960 (Manteländerung, Gehälter, Lehrlingsentgelte, Zulagen).
Tarifvertragsparteien:
Deutsche Beamten-Versicherung — Öffentlichrechtliche Lebens- und Renten-Versicherungsanstalt — sowie Allgemeine Versicherungs-AG der DBV und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Bundesvorstand, sowie Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Hauptvorstand, Düsseldorf.

42. Nr. 2702c-4/149 — Tarifvertrag vom 2. 7. 1963 über die Neuregelung der Löhne.
43. Nr. 2702c-4/150 — Ergänzungstarifvertrag Nr. 2 vom 12. 7. 1963 zum Manteltarifvertrag für die Arbeiter (BG-Arb1) (Umstellung des Urlaubsjahres).
Zu 42. u. 43. abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart, sowie dem Verband der Beamten und Angestellten der gesetzlichen Unfallversicherung e. V., Bonn.
44. Nr. 2702c-4/151 — Vergütungstarifvertrag Nr. 2 für die Angestellten vom 2. 7. 1963.
45. Nr. 2702c-4/152 — Ergänzungstarifvertrag Nr. 6 vom 16. 10. 1963 zur Änderung und Ergänzung des Manteltarifvertrages für die Angestellten (BG-AT) (Einführung der Vergütungsgruppe Ia).
46. Nr. 2702c-4/153 — Ergänzungstarifvertrag Nr. 7 vom 27. 7. 1963 zur Änderung und Ergänzung des BG-AT (Umstellung des Urlaubsjahres).
47. Nr. 2702c-4/154 — Ergänzungstarifvertrag Nr. 8 vom 27. 7. 1963 zur Änderung und Ergänzung des BG-AT.
48. Nr. 2702c-4/155 — Tarifvertrag Nr. 87 vom 8. 7. 1963 zur Änderung des Tarifvertrages Nr. 48 über die zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung der Arbeiter und Angestellten vom 20. 10. 1958.
49. Nr. 2702c-4/156 — Tarifvertrag Nr. 88 vom 27. 7. 1963 für die Angestellten über den Wegfall von Vergütungsspitzenbeträgen in besonderen Fällen.
50. Nr. 2702c-4/157 — Tarifvertrag Nr. 89 vom 27. 7. 1963 über die Neuregelung der Lehrlingsentgelte.
51. Nr. 2702c-4/158 — Ergänzungstarifvertrag Nr. 1 vom 27. 7. 1963 zur Änderung des Manteltarifvertrages für die Lehrlinge vom 16. 7. 1962 (Umstellung des Urlaubsjahres).
Zu 44.—51. abgeschlossen mit dem Verband der Beamten und Angestellten der gesetzlichen Unfallversicherung e. V. Bonn, der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart, sowie der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Hauptvorstand, Hamburg.
Zu 42.—51. betr. Arbeitnehmer der gewerblichen Berufsgenossenschaften einschließlich der See-Berufsgenossenschaft in der Bundesrepublik.
Zu 42.—51. Tarifvertragsparteien:
Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften e. V., Bonn, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
52. Nr. 2702c-4/159 — Tarifvertrag vom 11. 7. 1963 über die Rechtsverhältnisse der bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften, landwirtschaftlichen Familienausgleichskassen und landwirtschaftlichen Alterskassen beschäftigten Angestelltenlehrlinge und -Anlernlinge.
Tarifvertragsparteien:
Bundesverband der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften e. V., Kassel, sowie Gesamtverband der landwirtschaftlichen Alterskassen, Kassel, und Verband der Angestellten der gesetzl. Unfallversicherung e. V., Bonn, sowie Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart.
53. Nr. 2702c-4/160 — Vergütungstarifvertrag Nr. 2 für die Angestellten vom 16. 7. 1963.
54. Nr. 2702c-4/161 — Ergänzungstarifvertrag Nr. 2 vom 4. 8. 1963 zur Änderung und Ergänzung des Manteltarifvertrages für die Angestellten (FAK-AT) (Umstellung des Urlaubsjahres).
55. Nr. 2702c-4/162 — Ergänzungstarifvertrag Nr. 3 vom 19. 8. 1963 zur Änderung und Ergänzung des FAK-AT.
56. Nr. 2702c-4/163 — Tarifvertrag Nr. 14 vom 4. 8. 1963 zur Änderung des Tarifvertrages Nr. 2 über die zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung der Arbeitnehmer vom 20. 10. 1958.
57. Nr. 2702c-4/164 — Tarifvertrag Nr. 15 vom 4. 8. 1963 für die Angestellten über den Wegfall von Vergütungsspitzenbeträgen in besonderen Fällen.
Zu 53.—57. betr. Arbeitnehmer des Gesamtverbandes der Familienausgleichskassen und der gewerblichen Familienausgleichskassen.
Zu 53.—57. Tarifvertragsparteien:
Gesamtverband der Familienausgleichskassen und Verband der Beamten und Angestellten der gesetzlichen Unfallversicherung e. V., Bonn, Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart, sowie Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Hauptvorstand, Hamburg.
58. Nr. 2702c-6/157 — Lohnstarifvertrag Nr. 9 vom 1. 6. 1963.
59. Nr. 2702c-6/158 — Tarifvertrag vom 5. 7. 1963 zur Übernahme des Manteltarifvertrages für die Arbeiter der Länder (MTL) vom 14. 1. 1959.
60. Nr. 2702c-6/159 — Tarifvertrag vom 10. 7. 1963 zur Änderung des MTL (Umstellung des Urlaubsjahres).
Zu 58.—60. abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart.
61. Nr. 2702c-6/160 — Tarifvertrag vom 1. 8. 1963 zur Änderung und Ergänzung des Manteltarifvertrages für die Angestellten (BAT) mit Anlage 1b — Vergütungsordnung für das Krankenpflegepersonal.
62. Nr. 2702c-6/161 — Ergänzungstarifvertrag vom 1. 8. 1963 zum Vergütungstarifvertrag Nr. 3 für die Angestellten.
Zu 61. u. 62. abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart, sowie der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Hauptvorstand, Hamburg.
Zu 58.—62. betr. Arbeitnehmer der Landesversicherungsanstalten und ihrer Betriebe in der Bundesrepublik (mit Ausnahmen).
Zu 58.—62. Tarifvertragsparteien:
Verband Deutscher Rentenversicherungsträger, Frankfurt am Main, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
63. Nr. 2702c-6/162 — Tarifvertrag vom 17. 10. 1963 zur Ergänzung des Tarifvertrages betr. Bereitschaftsdienste der von Nr. 6 Abschn. B SK 2a BA1 erfaßten Angestellten in den Heilstätten der Landesversicherungsanstalt Hessen vom 18. 1. 1962.
64. Nr. 2702c-6/163 — Tarifvertrag vom 12. 11. 1963 über die Gewährung einer Weihnachtsgewährung an alle Arbeitnehmer der Landesversicherungsanstalt Hessen.
Zu 63. u. 64. Tarifvertragsparteien:
Landesversicherungsanstalt Hessen und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksverwaltung Hessen.
65. Nr. 2702c-6a/398 — Tarifvertrag Nr. 105 vom 7. 10. 1963, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart, sowie der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Hauptvorstand, Hamburg.
66. Nr. 2702c-6a/399 — Tarifvertrag Nr. 105 vom 7. 10. 1963, abgeschlossen mit dem Bund der Sozialversicherungs-Beamten und -Angestellten, Bonn, Poppeisdorfer Allee Nr. 56a.
67. Nr. 2702c-6a/400 — Tarifvertrag Nr. 105 vom 7. 10. 1963, abgeschlossen mit dem Verband der weiblichen Angestellten e. V., Hauptverwaltung, Hannover, Arnswaldstraße 7.
68. Nr. 2702c-6a/401 — Tarifvertrag Nr. 105 vom 7. 10. 1963, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst im Christlichen Gewerkschaftsbund Deutschlands.
69. Nr. 2702c-6a/402 — Tarifvertrag Nr. 105 vom 7. 10. 1963, abgeschlossen mit dem DHV — Deutscher Handels- und Industrieangestellten-Verband, Hamburg.
Zu 65.—69. betr. Lehrlingsvergütungstarifvertrag Nr. 2 für die Verwaltungsangestelltenlehrlinge der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte.
Zu 65.—69. Tarifvertragsparteien:
Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
70. Nr. 2702c-7/99 — Ergänzungstarifvertrag Nr. 2 zum EKT vom 12. 7. 1963 (Manteländerung § 19a).
71. Nr. 2702c-7/100 — Ergänzungstarifvertrag Nr. 3 zum EKT vom 15. 5. 1963 (Manteländerung § 29).
72. Nr. 2702c-7/101 — Ergänzungstarifvertrag Nr. 4 zum EKT vom 12. 7. 1963 (Gehälter und Lehrlingsentgelte).
Zu 70.—72. betr. Angestellte und Lehrlinge der Barmer Ersatzkasse in der Bundesrepublik.
Zu 70.—72. Tarifvertragsparteien:
Barmer Ersatzkasse, Wuppertal-Barmen, Untere Lichtenplatzer Straße 100, und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart, Rote Straße 2.

73. Nr. 2702c-12/1 — Ergänzungstarifvertrag Nr. 1 zum EKT vom 15. 8. 1962 für die Angestellten und Lehrlinge der Buchdrucker-Krankenkasse in der Bundesrepublik (Manteländerung, Gehälter und Lehrlingsentgelte).
Tarifvertragsparteien:
Buchdrucker-Krankenkasse, Hannover, und Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Hauptvorstand, Düsseldorf-Nord, Tersteegenstraße 30.
74. Nr. 2702c-15/137 — Ergänzungstarifvertrag Nr. 2 zum EKT vom 7. 5. 1963 (Manteländerung § 19a).
75. Nr. 2702c-15/138 — Ergänzungstarifvertrag Nr. 3 zum EKT vom 7. 5. 1963 (Manteländerung § 29).
76. Nr. 2702c-15/139 — Ergänzungstarifvertrag Nr. 4 zum EKT vom 2. 7. 1963 (Gehälter und Lehrlingsentgelte).
Zu 74.—76. betr. Angestellte und Lehrlinge der Hamburg-Münchener Ersatzkasse in der Bundesrepublik.
Zu 74.—76. Tarifvertragsparteien:
Hamburg-Münchener Ersatzkasse, Hauptverwaltung, Hamburg 6, Schäferkampsallee 16, und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart, Rote Straße 2.
77. Nr. 2806a/213 — Tarifvertrag Nr. 183 vom 22. 10. 1963 zur Änderung des Manteltarifvertrages (Ortszuschlag, Kinderzuschlag), abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart, Rote Straße 2.
78. Nr. 2806a/214 — Tarifvertrag Nr. 184 vom 22. 10. 1963 zur Änderung des Manteltarifvertrages (Ortszuschlag, Kinderzuschlag), abgeschlossen mit der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands, Hauptvorstand, Frankfurt/M., Beethovenstraße 12—16.
Zu 77 u. 78. betr. Arbeitnehmer der nichtbundeseigenen Eisenbahnen in der Bundesrepublik.
Zu 77 u. 78. Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband der nichtbundeseigenen Eisenbahnen in der Bundesrepublik Deutschland, Köln, Volkswartenstraße 54a, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
79. Nr. 3000A/173 — Änderungsvereinbarung Nr. 67 TV AL vom 22. 5. 1963 über die Neufassung der Sonderbestimmungen E — Anhang E — für die in metallverarbeitenden Großbetrieben beschäftigten Arbeitnehmer (Mantelbestimmungen, Löhne und Gehälter), abgeschlossen mit der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland sowie der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand.
80. Nr. 3000A/174 — Änderungsvereinbarung Nr. 73a TV AL vom 19. 7. 1963 über die Erhöhung der monatlichen Pauschalsätze für das Feuerwehr-, Polizei- und Wachpersonal (Lohn- und Gehaltstabellen des Anhangs P).
81. Nr. 3000A/175 — Änderungsvereinbarung Nr. 74a TV AL vom 20. 7. 1963 über die Erhöhung der monatlichen Pauschalsätze für das Feuerwehr- und Polizeipersonal in metallverarbeitenden Großbetrieben (Anhang E Teil II).
Zu 80 u. 81. abgeschlossen mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Hauptvorstand.
Zu 79—81. betr. Änderung des Tarifvertrages für die bei den Stationierungsstreikkräften beschäftigten Arbeitnehmer vom 28. 1. 1955 (TV AL).
Zu 79.—81. Tarifvertragsparteien:
Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch den Bundesminister der Finanzen, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
82. Nr. 3001/943 — Tarifvertrag Nr. 169 vom 1. 11. 1963 zur Änderung des Lohn tariffs für die Arbeiter gemeindlicher Verwaltungen und Betriebe im Lande Hessen (HTL) vom 1. 4. 1961 (Dienstalterszulagen).
Tarifvertragsparteien:
Hessischer Arbeitgeberverband der Gemeinden und Kommunalverbände e. V. und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksleitung Hessen.
83. Nr. 3001/944 — Anschlußtarifvertrag vom 17. 9. 1963 zur Übernahme des Tarifvertrages über die Neuregelung der Entgelte für die Angestelltenlehrlinge und Anlernlinge vom 17. 5. 1963 (Lehrlingsvergütungstarifvertrag Nr. 2), abgeschlossen mit der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Hauptvorstand, Düsseldorf.
84. Nr. 3001/945 — Tarifvertrag vom 4. 7. 1963 zur Ergänzung des § 4 des Bundeslohntarifvertrages Nr. 11 vom 17. 5. 1963.
85. Nr. 3001/946 — Fünfter Ergänzungstarifvertrag vom 25. 10. 1963 zur Änderung und Ergänzung des BMT-G vom 31. 1. 1962.
86. Nr. 3001/947 — Zweiter Tarifvertrag vom 25. 10. 1963 zur Ergänzung des § 5 des Bundeslohntarifvertrages Nr. 11 vom 17. 5. 1963.
Zu 84.—86. abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand.
87. Nr. 3003a/164 — Anschlußtarifvertrag vom 17. 9. 1963 zur Übernahme des Tarifvertrages vom 17. 5. 1963 zur Änderung des Tarifvertrages über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Medizinalassistenten vom 2. 12. 1960 (Erhöhung der Vergütungen).
88. Nr. 3002a/165 — Anschlußtarifvertrag vom 17. 9. 1963 zur Übernahme des Tarifvertrages über die Bewertung der Verpflegung für Angestellte in Anstalten und Heimen, die unter die Sonderregelung 2a und 2b zum BAT fallen, vom 19. 6. 1963.
Zu 87. u. 88. abgeschlossen mit dem Verband der angestellten Ärzte Deutschlands — Marburger Bund —, Köln.
Zu 83.—88. betr. Arbeitnehmer gemeindlicher Verwaltungen und Betriebe in der Bundesrepublik.
Zu 83.—88. Tarifvertragsparteien:
Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände e. V., Köln-Marienburg, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
89. Nr. 3001/950 — Siebenter Tarifvertrag vom 2. 8. 1963 zur Änderung der Sonderregelung 2b zum Manteltarifvertrag für die Arbeiter der Länder (MTL).
Tarifvertragsparteien:
Tarifgemeinschaft deutscher Länder und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand.
90. Nr. 3001a/599 — Vierter Tarifvertrag vom 11. 11. 1963 zur Änderung und Ergänzung des Manteltarifvertrages für die Angestellten (BAT) (Umstellung des Urlaubsjahres).
91. Nr. 3001a/600 — Fünfter Tarifvertrag vom 11. 11. 1963 zur Änderung und Ergänzung des BAT.
92. Nr. 3001a/601 — Vergütungstarifvertrag Nr. 3 vom 11. 11. 1963.
Zu 90.—92. betr. Angestellte der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr.
Zu 90.—92. Tarifvertragsparteien:
Bundesanstalt für den Güterfernverkehr, vertreten durch den Bundesminister des Innern, und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart, sowie Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Hauptvorstand, Hamburg.
93. Nr. 3001/948 — 3001a/602 — Anschlußtarifvertrag vom 14. 11. 1963 zur Übernahme des 4. Tarifvertrages vom 14. 3. 1963, 5. Tarifvertrages vom 25. 3. 1963 und des 6. Tarifvertrages vom 19. 6. 1963 zur Änderung des BAT sowie des 1. Tarifvertrages vom 14. 3. 1963 zur Änderung des Tarifvertrages über die Rechtsverhältnisse der Lehrlinge und Anlernlinge, abgeschlossen mit der Gewerkschaft der Polizei.
94. Nr. 3002a/166 — Tarifvertrag vom 18. 7. 1963 zur Änderung des Tarifvertrages über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen (Praktikanten) für den Beruf der med.-techn. Assistentin, des Krankengymnasten usw. vom 15. 7. 1960 i. d. F. vom 17. 5. 1963 (Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen für den Beruf der Beschäftigungstherapeutin), abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart, sowie der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Hauptvorstand, Hamburg.
Zu 93. u. 94. betr. Angestellte, Lehrlinge und Praktikantinnen des Bundes, der Länder und der Gemeinden.
Zu 93. u. 94. Tarifvertragsparteien:
Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch den Bundesminister des Innern, Tarifgemeinschaft deutscher Länder sowie Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
95. Nr. 3001/949 — 3001a/603 — Anschlußtarifvertrag vom 14. 11. 1963 zur Übernahme des Tarifvertrages für die Angestellten des Bundes und der Länder sowie der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr über den Wegfall von Vergütungsspitzenbeträgen in besonderen Fällen.

Tarifvertragsparteien:

Bundesrepublik Deutschland, Bundesanstalt für den Güterfernverkehr — beide vertreten durch den Bundesminister des Innern — sowie Tarifgemeinschaft deutscher Länder und Gewerkschaft der Polizei.

96. Nr. 3003/42 — Bundes-Manteltarifvertrag vom 4. 7. 1963.

97. Nr. 3003/43 — Gehalts- und Lohnvertrag Nr. 1 vom 4. 7. 1963.

Zu 96. u. 97. betr. alle Arbeitnehmer der Arbeiterwohlfahrt und deren Gliederungen in der Bundesrepublik einschließlich West-Berlin.

Zu 96. u. 97. Tarifvertragsparteien:

Arbeiterwohlfahrt, Hauntauerschuh e. V., Bonn. und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart.

98. Nr. 3004/180 — Tarifvertrag — gültig ab 1. 3. 1963/1. 1. 1964 — zur Änderung des Rahmentarifvertrages für die Arbeiter und Angestellten des Hessischen Rundfunks vom 11. 7. 1955 i. d. F. vom 1. 7. 1958 (Kinderzuschläge und Geburtsbeihilfen).

Tarifvertragsparteien:

Hessischer Rundfunk Frankfurt/M. und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft — Landesverband Hessen — Deutsche Orchestervereinigung in der DAG, Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr — Bezirksleitung Hessen — Hessischer Journalistenverband e. V. sowie Rundfunk-Union in der Gewerkschaft Kunst im DGB.

Bindende Festsetzungen für die Heimarbeit:

99. Nr. H-1200/165 — Bindende Festsetzung vom 9. 10. 1963 zur Aufhebung der bindenden Festsetzung von Bestimmungen über den Urlaub für die in der mechanischen Haus- und Lohnweberei in Heimarbeit Beschäftigten vom 6. 11. 1958, veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 214 vom 15. 11. 1963, beschlossen von dem Heimarbeitsausschuß auf Überlandesebene für die mech. Haus- und Lohnweberei.

100. Nr. H-2603i/6 — Bindende Festsetzung von Entgelten und sonstigen Vertragsbedingungen für Adressenschreiben, Abschreibearbeiten und ähnliche Arbeiten in Heimarbeit vom 18. 10. 1963, veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 220 vom 27. 11. 1963, beschlossen von dem Heimarbeitsausschuß für Adressenschreiben, Abschreibearbeiten und ähnliche Arbeiten.

Durch die Eintragung der Tarifverträge in das Tarifregister und deren Bekanntmachung im Staatsanzeiger für das Land

Hessen wird nicht über die Rechtsgültigkeit der eingetragenen Tarifverträge entschieden.

Tarifexemplare sind nur bei den Vertragsparteien erhältlich.

Wiesbaden, 9. 1. 1964

Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen

I b — 2607

StAnz. 5/1964 S. 162

141

Staatl. Prüfung von Adsorbat-Impfstoffen gegen die atypische Geflügelpest

Die mit meinem Erlaß vom 17. April 1959 (StAnz. S. 553) bekanntgegebenen Vorschriften für die staatliche Prüfung von Impfstoffen gegen die atypische Geflügelpest werden wie folgt geändert:

1. Die Überschrift erhält nachstehende Fassung:
„Vorschriften für die staatliche Prüfung von Adsorbat-Impfstoffen gegen die atypische Geflügelpest“.

2. § 6 erhält nachstehende Fassung:

„§ 6

Zur Erhaltung der Keimfreiheit muß dem Impfstoff ein bakteriostatisch wirksames Mittel zugesetzt werden. Das Inaktivierungsmittel und sämtliche Zusätze sowie deren Konzentrationen sind auf dem Begleitschein zu deklarieren.

Alle Zusätze müssen vor der Übergabe der Impfstoffmengen an den staatlichen Kontrollbeauftragten erfolgt sein.“

3. § 19 (3) erhält nachstehende Fassung:

„(3) Der staatliche Kontrollbeauftragte ist ferner dafür verantwortlich, daß die für den Verkehr bestimmten Abfüllungen einer sorgfältigen Sterilitätsprüfung nach dem in § 14 vorgeschriebenen Verfahren unterzogen werden. Von den aus dem gleichen Gefäß herrührenden Abfüllungen sind mindestens eine zu Beginn, eine in der Mitte und eine bei Beendigung jeder Entnahme ausgewählte Stichprobe zu prüfen. Wird der Inhalt eines Gefäßes nicht vollständig abgefüllt, so ist die dreimalige Sterilitätsprüfung bei jeder weiteren Entnahme zu wiederholen.“

Dieser Erlaß tritt mit seiner Veröffentlichung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Wiesbaden, 10. 1. 1964

Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen

VII d — 19 b 12 — 103 — Nr. 166

StAnz. 5/1964 S. 166

142

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten

Unterhaltung der Deiche und Dämme in Hessen

Bezug: Mein Erlaß vom 28. 12. 1962 — 62.3.12-5158/62 (StAnz. 1963 S. 157)

Die Unterhaltungspflicht für den Fulda-Damm (Straße) in der Stadt Kassel ist auf die Stadt Kassel übergegangen. Ich bitte, die Liste der Deiche und Dämme unter lfd. Nr. 6.01 zu berichtigen.

Wiesbaden, 7. 1. 1964

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten

Vb — 62.3.12 — 811/63

StAnz. 5/1964 S. 166

143

Flurbereinigung Ulfa, Kreis Büdingen

Flurbereinigungsbeschluß

Auf Grund des § 4 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) vom 14. 7. 1953 (BGBl. 1953 S. 591 ff) wird folgender Beschluß erlassen:

1. Die Flurbereinigung der Grundstücke der Gemarkung Ulfa, Kreis Büdingen, wird hiermit angeordnet.

2. Als Flurbereinigungsgebiet wird die gesamte Gemarkung — ausschließlich der Ortslage mit 29 ha — mit einem Flächeninhalt von 1473 ha festgesetzt. Hierin ist eine Waldfläche von 507 ha enthalten. Die genaue Aufstellung der auszuschließenden Ortslage ist aus der Anlage, die einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet, zu ersehen. Die Grenzen des Flur-

bereinigungsgebietes sind auf der Gebietskarte, die einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet, durch einen grünen bzw. orange Farbstreifen kenntlich gemacht.

3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer am Flurbereinigungsverfahren führt den Namen: „Teilnehmergemeinschaft der Flurbereinigung Ulfa“ mit dem Sitz in Ulfa. Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechtes.

4. Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigen, innerhalb von drei Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Kulturamt in Lauterbach, Adolf-Spieß-Str. 34, anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Kulturamt die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen. Der Inhaber eines o. n. Rechtes muß die Wirkung ebenso gegen sich gelten lassen, wie der Beteiligte, demgegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

5. Nach § 34 bzw. nach § 85/5 FlurbG ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Ausführungsanordnung in folgenden Fällen die Zustimmung des Kulturamtes erforderlich: a) wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Flurbereinigungsgebiet geändert werden soll; das gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsmäßigen Wirtschaftsbetrieb gehören; b) wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedigungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen; c) wenn Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfen-

stücke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange nicht beeinträchtigt werden; d) wenn Holzeinschläge vorgenommen werden sollen, die den Rahmen einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung übersteigen. Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Kulturrat kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG wieder herstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist. Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Kulturrat Ersatzpflanzungen anordnen. Werden entgegen dem Absatz d) Holzeinschläge vorgenommen, so kann das Kulturrat anordnen, daß derjenige, der das Holz fällt, die abgeholzte oder verlichtete Fläche nach den Weisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Bestand zu bringen hat.

6. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird im Staatsanzeiger für das Land Hessen veröffentlicht und in den Gemeinden Ulfa, Stornfels, Rainrod, Eichelsdorf, Ober-

Schmitten, Borsdorf, Rabertshausen, Langd und Laubach öffentlich bekanntgemacht. Gleichzeitig wird der Beschluß mit Begründung und der Gebietskarte zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei den Bürgermeisterämtern der vorgenannten Gemeinden zwei Wochen lang ausgelegt.

Rechtsmittelbelehrung: Gegen den Beschluß kann binnen zwei Wochen nach öffentlicher Bekanntmachung Widerspruch beim Landeskulturrat in Wiesbaden, Parkstr. 44, als obere Flurbereinigungsbehörde, erhoben werden. Die Einlegung des Widerspruches ist innerhalb der vorgenannten Frist auch bei dem Kulturrat Lauterbach (Hessen), Adolf-Spieß-Straße 34, zulässig. Der Lauf der Frist beginnt am ersten Tage der öffentlichen Bekanntmachung. Der Widerspruch ist schriftlich einzulegen oder zur Niederschrift bei den obengenannten Dienststellen zu erklären.

Wiesbaden, 9. 1. 1964

Landeskulturrat
DF 401 — Ulfa — 674/64

St.Anz. 5/1964 S. 166

144

Personalnachrichten

Es sind

C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern

e) Regierungspräsident in Kassel

ernannt

zum Regierungsoberinspektor Regierungsinpektor Dietrich Bolte (16. 12. 1963);

zur Regierungsinpektorin (BaL) apl. Regierungsinpektorin Ilse Schneider (16. 12. 1963);

zum Regierungshauptsekretär Regierungsobersekretär Richard Hagemann, LA Ziegenhain (17. 12. 1963);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit
Regierungssekretär Wilhelm Wulffen, LA Ziegenhain (16. 12. 1963);

in den Ruhestand versetzt

Polizeiobermeister Max Koch (1. 1. 1964).

Kassel, 14. 1. 1964

Der Regierungspräsident
P 2 Az.: 7 o 16/03 B

bei der staatlichen Polizei

ernannt

zu Polizeimeistern die Polizeihauptwachmeister (BaL) Manfred Bode, Landrat — PK — Frankenberg (23. 12. 1963); Robert Geck, Landrat — PK — Fulda (23. 12. 1963); Richard Homburg, Landrat — PK — Marburg (23. 12. 1963);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit
die Polizeihauptwachmeister (BaP) Helmuth Hampl, Landrat — PK — Fulda (5. 12. 1963); Karl Horst, PVB Bad Hersfeld (27. 12. 1963);

in den Ruhestand versetzt

der Polizeimeister (BaL) Herbert Löber, Landrat — PK — Marburg (1. 1. 1964).

Kassel, 14. 1. 1964

Der Regierungspräsident
P 2 Az.: 7 o 16/03 B

d) Regierungspräsident Wiesbaden

ernannt

zu Kriminalmeistern die Polizeihauptwachmeister i. KD (BaL) Günter Friedmann, Günter Schramm (23. 12. 1963); Heinz Walenczyk (22. 12. 1963).

Wiesbaden, 15. 1. 1964

Der Regierungspräsident
I 3 — (1) — 7 o
St.Anz. 5/1964 S. 167

D. im Bereich des Hessischen Ministers der Finanzen

e) Hessisches Finanzgericht in Kassel

ernannt

zum Richter kraft Auftrags Regierungsrat Willi Lange (22. 11. 1963);

zum Regierungshauptsekretär Regierungsobersekretär Ferdinand Apel (1. 1. 1964).

Kassel, 14. 1. 1964

Der Präsident des Hessischen Finanzgerichts
P 1400

St.Anz. 5/1964 S. 167

F. im Bereich des Hessischen Kultusministers

b) Regierungspräsident Darmstadt

ernannt

wurde unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe zur/zum Lehrer(in)

die apl. Lehrer/innen Kurt Henes, Heimbach (6. 8. 1963); Christa Walldorf, Mörfelden (21. 6. 1963); Dieter Ballmann, Niedererlenbach (12. 7. 1963); Herta List, Radmühl (14. 8. 1963); Justinus Feser, Mühlheim (1. 7. 1963); Hans Adam, Dudenhofen (4. 7. 1963); Detlef Korte, Deckenbach (16. 8. 1963); Ingrid Müller, Hirzenhain (22. 8. 1963); Hannelore Bosold, Hainstadt (25. 6. 1963); Theodor Schneider, Offenbach (21. 8. 1963); Fritz Heppner, Hausen (27. 6. 1963); Helga Ritter, Gießen (15. 8. 1963); Margarete Nützel, Offenbach (20. 8. 1963); Walter Martin, Groß-Gerau (29. 3. 1963); Karl Basenau, Stornfels (21. 8. 1963); Jürgen Meyer, Wallerstädten (22. 8. 1963); Norbert Margraf, Ober-Mörlen (28. 8. 1963); Elly Kruse, Kelsterbach (24. 8. 1963); Heinz Drewniak, Butzbach (13. 8. 1963); Gerda Kost, Bad Vilbel (30. 8. 1963); Wolfram Heydecker, Pfungstadt (28. 8. 1963); Hildegunde Zilcher, Butzbach (30. 8. 1963); Horst Malewski, Groß-Umstadt (4. 9. 1963); Ursula Prokesch, Nieder-Eschbach (6. 9. 1963); Johanna Marg. Wiedemann, Rüsselsheim (19. 8. 1963); Gisela Alt, Albach, Kreis Gießen (6. 9. 1963); Gertrud Bode, Groß-Gerau (21. 8. 1963); Ursula Kowalke, Seeheim (6. 9. 1963); Gudrun Groß, Treis/Lda. (5. 9. 1963); Oskar Blech, Eichelhain (21. 8. 1963); Kurt Thasler, Lämmerspiel (16. 9. 1963); Herbert Lothar Dietrich, Mörfelden (21. 8. 1963); Heinz Erich Becker, Löhrbach (28. 8. 1963); Walter Morbitzer, Grebenhain (4. 9. 1963); Herbert Ruppel, Schwalheim (6. 9. 1963); Elfriede Pohl, Stockheim (5. 9. 1963); Erika Habermann, Nieder-Eschbach (6. 9. 1963); Dr. Erwin Völsing, Willofs (11. 9. 1963); Martin Heinzl, Rüsselsheim (21. 8. 1963); Annerose Stahr, Bad Vilbel (18. 9. 1963); Gerhard Witt, Darmstadt (16. 9. 1963); Rosemarie Häuser, Dorn-Assenheim (18. 9. 1963); Marga von Gersum, Ober-Eschbach (19. 9. 1963); Karlo Goos, Bürstadt (16. 9. 1963); Rosemarie Dollak, Biblis (10. 9. 1963); Josef Laser, Gornxheim (14. 9. 1963); Charlotte Puhlmann, Darsberg (18. 9. 1963); Hans Diehl, Mörfelden (21. 8. 1963); Gisela Betz, Ginsheim (2. 9. 1963); Gisela Schäfer, Groß-Bieberau (16. 9. 1963); Maria Metz, Bürstadt (28. 8. 1963); Hildegunde Heim, Birkenau (16. 9. 1963); Anna-Luise Klein, Viernheim (17. 9. 1963); Charlotte Dracker, Sprendlingen (5. 9. 1963); Günter Schwing, Schwickartshausen (11. 9. 1963); Ursula Busch, Bürstadt (20. 9. 1963); Heinrich Brousek-Fischer, Büdingen (12. 9. 1963); Ursula Stryk, Wallerstädten (17. 9. 1963); Josef Hable, Unter-Abtsteinach (26. 9. 1963); Ilse Groß, Groß

Zimmern (6. 9. 1962); Maria Noack, Viernheim (19. 11. 1963); Adolf Staiger, Lehrbach (11. 10. 1963); Karl Richter, Bensheim-Schönberg (2. 10. 1963); Christa Reith, Eifa (16. 10. 1963); Elisabeth Schütz, Ellenbach (15. 10. 1963); Erich Stötzl, Ober-Schmitteln (16. 10. 1963); Lehrerin i. A. Ingeborg Babinsky, Nauheim (14. 10. 1963); apl. Lehrer/innen Ernst Geisel, Reichlos (22. 10. 1963); Rita Schwerdt, Erbach bei Leopenheim (30. 9. 1963); Walter Fudeus, Bensheim (16. 10. 1963); Gerda Scholz, Gadernheim (18. 9. 1963); Peter Löpelmann, Offenbach (24. 10. 1963); Werner Tauchert, Dreieichenhain (30. 10. 1963); Carin Grambsch, Gronau (29. 10. 1963); Hans-Georg Reimarus, Hörgenau (30. 10. 1963); Hans Döpping, Salz (21. 10. 1963); Lehrerin i. A. Adelheid Schultz, Darmstadt (22. 10. 1963); apl. Lehrer/innen Kunz Pinther, Homberg (26. 10. 1963); Liselotte Skotnicki, Raunheim (30. 10. 1963); Hans-Velten Heusen, Bindsachsen (28. 10. 1963); Wolfgang Marschner, Walldorf (29. 10. 1963); Reinhold Lang, Wahlen (24. 10. 1963); Hans-Joachim Röder, Darmstadt-Eberstadt (23. 10. 1963); Herbert Krautwurst, Offenbach (13. 11. 1963); Elisabeth Zahn, Offenbach (11. 11. 1963); Sigrid v. Kiesling, Neu-Isenburg (22. 11. 1963); Klara Busch, Dieburg (11. 9. 1962); Ilse Hohmann, Ruppertsburg (9. 10. 1963); Ingrid Gensch, Offenbach (15. 11. 1963); Siegwald Rocholl, Büdingen (19. 11. 1963); Alfred Döhler, Atzenhain (14. 11. 1963); Günter Mistereck, Goddelau (19. 11. 1963); Isolde Kasjan, Pfungstadt (23. 11. 1963); Gisela Heinstadt, Rockenberg (25. 11. 1963); Eberhard Ludwig, Rabertshausen (19. 11. 63);

ernannt

zum/zur apl. Lehrer/in im befrist. Beamtenverhältnis unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Widerruf

die apl. Lehrer/innen Erika König, Lauter (10. 8. 1963); Christel Andree, Ober-Eschbach (7. 8. 1963); Erik Letsch, Ulrichstein (19. 8. 1963); Karin Moos, Rüdtingshausen (14. 8. 1963); Horst Desuinger, Egelsbach (8. 7. 1963); Ilse Ludwig, Neu-Isenburg (16. 8. 1963); Christel Kirchner, Ginsheim (8. 8. 1963); Gerhard Muth, Maar, Kreis Lauterbach (20. 8. 1963); Ingrid Chwalkowski, Bauschheim (6. 8. 1963); Brigitte Dammrich, Leusel, Kreis Alsfeld (13. 8. 1963); Ernestine Fritsch, Herbstein (21. 8. 1963); Helmut Lackner, Grebenau (17. 8. 1963); Karlheinz Lichau, Zeilbach (15. 8. 1963); Rosel Schulz, Romrod (26. 7. 1963); Hermann Rückert, Groß-Eichen (9. 8. 1963); Gisela Bleyer, Lauterbach (21. 8. 1963); Christa Lindner, Lollar (30. 7. 1963); Ekkehard Köhler, Friedberg (22. 8. 1963); Giesela Schnellbacher, Darmstadt (21. 8. 1963); Traute Conrad, Grünberg (8. 8. 1963); Ursula Sprankel, Grünberg (8. 8. 1963); Herbert Zwerenz, Ober-Seibertenrod (21. 8. 1963); Hubert Hartel, Grünberg (10. 8. 1963); Elisabeth Hormel, Gießen (21. 8. 1963); Luitgardis Fleischmann, Gedern (22. 8. 1963); Adelgunde Gompf, Offenbach (20. 8. 1963); Ortwin Heinrich, Büdingen (21. 8. 1963); Ursula Dolland, Groß-Gerau (21. 8. 1963); Hella Ebert, Darmstadt (21. 8. 1963); Hildegund Herrmann, Offenbach (21. 8. 1963); Roselinde Haibach, Offenbach (21. 8. 1963); Günter Heinrich, Vonhausen (21. 8. 1963); Hartmut Hecht, Offenbach (21. 8. 1963); Winfried Fecher, Offenbach (21. 8. 1963); Sixta Thomas, Offenbach (21. 8. 1963); Rotraud Posselt, Offenbach (21. 8. 1963); Gerhard Leineweber, Offenbach (21. 8. 1963); Friedrich Krichbaum, Mittel-Gründau (21. 8. 1963); Hans Kirchbaum, Bingenheim (21. 8. 1963); Gisela Klemmann-Schaum, Offenbach (21. 8. 1963); Margot Kausche, Offenbach (21. 8. 1963); Ursula Keck, Offenbach (21. 8. 1963); Edeltraud Ludwig, Büdingen (21. 8. 1963); Inge Lange, Offenbach (21. 8. 1963); Lieselotte Lohmann, Offenbach (21. 8. 1963); Reinhold Luft, Büdingen (21. 8. 1963); Peter Schmidt, Darmstadt (24. 8. 1963); Doris Laitsch, Nieder-Mörlen (27. 8. 1963); Gisela Röhr, Neu-Isenburg (4. 5. 1963); Otto Gerlach, Stockheim (21. 8. 1963); Ute Georgi, Gießen-Wieseck (21. 8. 1963); Günter Lautenschläger, Offenbach (24. 8. 1963); Karl-Heinz Klein, Offenbach (22. 8. 1963); Sieghild Kootz, Offenbach (22. 8. 1963); Lieselotte Feller, Altenstadt (20. 8. 1963); Adelgunde Gompf, Offenbach (20. 8. 1963); Heinrich Hofmann, Wallerstädten (22. 8. 1963); Lothar Franz, Offenbach (22. 8. 1963); Veronika Elborg, Offenbach (2. 8. 1963); Barbara Gerth, Offenbach (23. 8. 1963); Ingeborg Hammelmann, Offenbach (24. 8. 1963); Charlotte Göllner, Bad Vilbel (20. 8. 1963); Dietrich Berndt, Busenborn (21. 8. 1963); Helga Bonifer, Offenbach (21. 8. 1963); Kurt Kowalke, Ober-Ramstadt (28. 8. 1963); Fritz Christanz, Offenbach

(21. 8. 1963); Ute Brinkmann, Offenbach (21. 8. 1963); Gisela Brousek-Fischer, Bergheim (21. 8. 1963); Gudrun Benkel, Offenbach (21. 8. 1963); Lia Pustlauk, Offenbach (21. 8. 1963); Helmut Walldorf, Mörfelden (21. 8. 1963); Marianne Dietrich, Biesheim (21. 8. 1963); Gisela Albrecht, Bad Vilbel (20. 8. 1963); Hans Werr, Mörfelden (21. 8. 1963); Charlotte Grüner, Bad Vilbel (20. 8. 1963); Helmut Klink, Klein-Gerau (21. 8. 1963); Herbert Heil, Trebur (21. 8. 1963); Gerhard Vetter, Büttelborn (28. 8. 1963); Dieter Heil, Allendorf (8. 8. 1963); Karl Heß, Utphe (10. 8. 1963); Ingrid Hartrich, Staufenberg (10. 8. 1963); Elke Nischwitz, Dornheim (21. 8. 1963); Klaus Böhm, Ginsheim (21. 8. 1963); Josef Lach, Nieder-Roden (29. 8. 1963); Edith Sommer, Hähnlein (29. 8. 1963); Inge Ernst, Villingen (10. 8. 1963); Helga Brandl, Allendorf (14. 8. 1963); Rolf Blaurock, Worfelden (21. 8. 1963); Karlheinz Müller, Wölfersheim (30. 8. 1963); Sigrun Seidl, Watzenborn-Steinberg (10. 8. 1963); Dietmar Teuscher, Rüsselsheim (24. 8. 1963); Erwin Ludwig, Berstadt (23. 8. 1963); Elfriede Ritschel, Walldorf (26. 8. 1963); Helmut Nowotny, Sprendlingen (21. 8. 1963); Siegfried Lieball, Mosbach (29. 8. 1963); Horst Anton Heinz, Astheim (21. 8. 1963); Horst Fischer, Pfungstadt (28. 8. 1963); Ute Helène, Erfelden (21. 8. 1963); Christel Petermann, Nieder-Roden (29. 8. 1963); Hans Emmerich, Darmstadt-Arheilgen (23. 8. 1963); Gudrun Günther, Holzheim (10. 8. 1963); Manfred Michel, Mörfelden (28. 8. 1963); Hermann Neuser, Garbenteich (10. 8. 1963); Sigrid Gudrun Mayer, Rüsselsheim (27. 8. 1963); Hans-Joachim Melcher, Rüsselsheim (27. 8. 1963); Günter Kreuziger, Groß-Zimmern (5. 9. 1963); Gunhild Rodenhäuser, Nieder-Ramstadt (29. 8. 1963); Wilhelm Jung, Laubach (5. 9. 1963); Jürgen Cloos, Mörfelden (22. 8. 1963); Irmgard Höchsmann, Langen (6. 9. 1963); Walter Massier, Heimertshausen (6. 9. 1963); Helga Bernhardt, Sprendlingen (26. 8. 1963); Sieghilde Bentner, Mainzlar (10. 8. 1963); Bernd Albert, Mainzlar (6. 8. 1963); Rauthgunde Siemens, Pfungstadt (6. 9. 1963); Friedrich-Ernst Dietz, Kelsterbach (23. 8. 1963); Heinrich Ph. Lautenbach, Bürstadt (30. 8. 1963); Ingrid Lange, Rüsselsheim-Königstädten (29. 8. 1963); Karl Rapp, Nieder-Klingen (29. 8. 1963); Eckerhard Colmar, Langstadt (30. 8. 1963); Else Margarete Metzger, Wolfskehlen (1. 8. 1963); Ewald Bendlin, Schöllnbach (12. 9. 1963); Walter Schepp, Gernsheim (30. 8. 1963); Ursula Berger, Bischofsheim (9. 9. 1963); Rosemarie Kern, Hähnlein (12. 9. 1963); Marie-Luise Albiner, Offenbach (11. 9. 1963); Gertrud Blachnik, Dieburg (10. 10. 1963); Lothar Blanert, Laubach (10. 9. 1963); Helmut Bergmann, Groß-Gerau (12. 9. 1963); Elvira Neckel, Worfelden (16. 9. 1963); Jürgen Huthmann, Darmstadt (24. 8. 1963); Frauke Horn, Lindheim (19. 9. 1963); Klaus Hamel, Schotten (16. 9. 1963); Wolfgang Fritz, Hattenrod (6. 9. 1963); Sigrid Barth, Klein-Welzheim (19. 9. 1963); Hilde Groh, Offenbach (20. 9. 1963); Hans Michael Wilutzki, Schaafheim (17. 9. 1963); Anneliese Gunschmann, Darmstadt (20. 9. 1963); Aurora Weingarte, Heppenheim (14. 9. 1963); Olga Kastl, Ueberau (10. 9. 1963); Gottfried Sandmann, Berstadt (5. 9. 1963); Margarete Hartmann, Steinheim (27. 9. 1963); Sigrid Gilbert, Langen (7. 9. 1963); Gerhard Krause, Viernheim (20. 9. 1963); Lehrerin im Angestelltenverhältnis Käthe Menzel, Ulfa (25. 9. 1963); apl. Lehrerin Käte Matejec, Offenbach (20. 3. 1963); Lehrerin im Angestelltenverhältnis Irene Zippel, Trösel (14. 9. 1963); apl. Lehrer/innen Barbara Leutert, Nieder-Ohmen (9. 9. 1963); Lieselotte Suda, Bischofsheim (21. 8. 1963); Gertrud Breitenbach, Georgenhausen-Zeilhard (7. 9. 1963); Günter Heckmann, Hirschhorn (14. 9. 1963); Liesel Thurn, Trebur (17. 9. 1963); Norbert Dorn, Dorheim (26. 8. 1963); Edith-Renate Dettmar, Gießen (5. 9. 1963); Anneliese Gerard, Lorsch (20. 9. 1963); Lotte Werner, Neckarsteinach (18. 9. 1963); Gertrud Walter, Groß-Rohrheim (16. 9. 1963); Renate Rapp, Habitzheim (8. 10. 1963); Margareta Seibert, Groß-Zimmern (8. 10. 1963); Karin Jungermann, Nieder-Ofleiden (7. 10. 1963); Waltrud Grewenig, Bensheim (19. 9. 1963); Brigitte Heinebrodt, Offenbach (15. 10. 1963); Dietrich Lanzrath, Rüsselsheim-Haßloch (8. 10. 1963); Johanna Loos, Harheim (11. 10. 1963); Hans-Jürgen Prinz, Viernheim (14. 10. 1963); Irmelin Walter, Wixhausen (14. 10. 1963); Walter Hausmann, Bensheim (9. 10. 1963); Günter Heil, Diebach a. H. (16. 10. 1963); Egbert Hinzer, Bauschheim (11. 10. 1963); Johann Geyer, Hetzbach (16. 10. 1963); Wilhelm Jung, Gießen (17. 10. 1963); Ruth Keller, Friedberg (17. 10. 1963); Hiltrud Füller, Klein-Krotzenburg (19. 10. 1963); Wolfgang Hascher, Bad Vilbel (18. 10. 1963); Lena Bubenheimer, Angersbach (18. 10. 1963); Elisabeth Anders, Hainstadt (16. 10. 1963); Imelda Baller, Viernheim (14. 8

1963); Doris Martens, Weiterstadt (22. 10. 1963); Gisela Stöckeler, Gammelsbach (24. 10. 1963); Elisabeth Pitronik, Walldorf (16. 10. 1963); Frigga Kipping, Hofheim/Ried (15. 10. 1963); Roswitha Köhler, Elpenrod (29. 10. 1963); Hans-Otto Kegel, Nieder-Weisel (24. 10. 1963); Erich Pfeiffer, Ober-Mumbach (15. 10. 1963); Hans-Joachim Feller, Seeheim (28. 10. 1963); Werner Schönwolf, Darmstadt (23. 10. 1963); Klaus Keller, Ober-Rosbach (21. 10. 1963); Ruth Wolf, Gießen (25. 10. 1963); Dorothea Koch, Groß-Umstadt (14. 10. 1963); Elfriede Kirschner, Mühlheim (29. 10. 1963); Erika Brix, Mörlenbach (21. 10. 1963); Monika Bauer, Seligenstadt (19. 10. 1963); Hildegard Vetter, Ober-Ramstadt (26. 10. 1963); Harald Tegel, Messel (26. 10. 1963); Sigrid Sollmann, Bensheim (21. 10. 1963); Friederike Graner, Bensheim (25. 10. 1963); Günter Hrabé, Dannenrod (30. 10. 1963); Ekkehard Heyder, Neu-Isenburg (24. 9. 1963); Erwin Gömmer, Büdesheim (24. 10. 1963); Karin Hansel, Darmstadt (28. 10. 1963); Ruth Leibnitz, Friedberg (24. 10. 1963); Ursula Knorr, Wölfersheim (4. 11. 1963); Ilse Blasinger, Michelstadt (4. 11. 1963); Irmtraud Wirk, Mörfelden (28. 10. 1963); Karl Bund Bauschheim (30. 10. 1963); Gisela Margar. Siebert, Gernsheim (30. 10. 1963); Anneliese Schriefer, Goddelau (30. 10. 1963); Helmut Georg Schütz, Rüsselsheim (25. 10. 63); Ernst-Christ. Hofmeister, Nieder-Erlenbach (23. 10. 1963); Ingeborg Zöller, Gustavsburg (28. 10. 1963); Herta Furch, Ehringshausen (3. 11. 1963); Eberhard Göring, Höchst/Odw. (4. 11. 1963); Volker Hain, Gernsheim (2. 11. 1963); Isolde Hornung, Rüsselsheim (29. 10. 1963); Heinz Daum, Seligenstadt (4. 11. 1963); Dietmar Bublitz, Romrod (30. 10. 1963); Brigitte Baumhäkel, Lampertheim (19. 10. 1963); Heinz Wolff, Dieburg (5. 11. 1963); Jürgen Krafft, Mühlheim (30. 10. 1963); Brigitte Jäger, Höchst a. d. N. (8. 11. 1963); Hermann Vlach, Erzhausen (30. 10. 1963); Bernd Stöckeler, Beerfelden (6. 11. 1963); Bernd Lohmann, Alsfeld (8. 11. 1963); Erika Kolb, Alsfeld (8. 11. 1963); Eberhard Göring, Höchst/Odw. (4. 11. 1963); Ursula Karg, Lützel-Wiebelbach (8. 11. 1963); Gerhard Domscheit, Leeheim (4. 11. 1963); Sjeglinda Rammonat, Rüsselsheim-Königstädten (2. 11. 1963); Hanna Walgarth, Groß-Gerau (30. 10. 1963); Rudolf Stelz, Lich (23. 8. 1963); Gudrun Gölz, Rüsselsheim (1. 11. 1963); Elke Fischer, Gustavsburg (30. 10. 1963); Bernhard Janusch, Schotten (5. 11. 1963); Horst Lücker, Dornheim (30. 10. 1963); Marie Luise Dietz, Biebesheim (30. 10. 1963); Wilhelm Amann, Klein-Krotzenburg (21. 10. 1963); Margit Trötscher, Griesheim (6. 11. 1963); Renate Lieser, Dreieichenhain (12. 11. 1963); Dieter Fleckenstein, Seckmauern (8. 11. 1963); Lucia Bugert, Lampertheim (31. 10. 1963); Josef Schilling, Seligenstadt (4. 11. 1963); Heide Nabakowski, Babenhausen (12. 11. 1963); Helga Ott, Hungen (16. 8. 1963); Rolf Baumhäkel, Lampertheim (30. 10. 1963); Helmut Sauer, Pfungstadt (26. 10. 1963); Helga Kurth, Spachbrücken (11. 11. 1963); Alfred Heinzmann, Reinheim (22. 10. 1963); Hannelore Ruckmann, Rüsselsheim (4. 11. 1963); Anneliese Elsner, Offenbach (7. 11. 1963); Erdmute Heinrich, Groß-Bieberau (4. 11. 1963); Katharine Kappatsch, Bürstadt (5. 11. 1963); Christa Heiler, Eppershausen (12. 11. 1963); Dietlinde Mohler, Klein-Welzheim (12. 11. 1963); Eberhard Koschela, Goddelau (7. 11. 1963); Karl Martin Hedrich, Obergleen (9. 11. 1963); Hans Eberhard Kömpf, Nieder-Ofleiden (11. 11. 1963); Gertraud Indra, Alten-Buseck (10. 8. 1963); Edith Hoffmann, Wixhausen (19. 11. 1963); Ingrid Hanstein, Friedberg (14. 11. 1963); Sigrid Heim, Leeheim (7. 11. 1963); Hans Günther Kilberth, Kleestadt (15. 11. 1963); Traute Budil, Bürstadt (6. 11. 1963); Marianne Münster, Friedberg (11. 11. 1963); Ulla Becker, Bobstadt (4. 11. 1963); Renate Röseler, Arnshain (1. 11. 1963); Konrad Sußner, Bobenhausen II. (4. 11. 1963); Joachim Hoffmann, Breungeshain (26. 10. 1963); Otto Heger, Ober-Roden (18. 11. 1963); Erwin Slomling, Vielbrunn (24. 10. 1963); Hans-Jörg Stahr, Viernheim (13. 11. 1963); Gerhard Steinl, Beienheim (22. 11. 1963); Horst-Ernst Trost, Gustavsburg (14. 11. 1963); Siegfried Mey, Schlitz (6. 11. 1963); Margot Daub, Altheim (15. 11. 1963); Gisela Dominiak, Steinbach (15. 11. 1963); Renate Dohm, Offenbach (15. 11. 1963); Renate Radzom, Darmstadt (24. 11. 1963); Gisela Henel, Bad Vilbel (22. 11. 1963); Christel Lohmann, Heidelberg (17. 11. 1963); Dieter Emmerich, Mümling-Grumbach (18. 11. 1963); Helga Busch, Ober-Hainbrunn (15. 11. 1963); Siegfried Behnisch, Darmstadt (27. 11. 1963); Ursula Bangert, Elmshausen (5. 11. 1963); Christine Bühlow, Lorsch (13. 11. 1963); Wolfgang Wendel, Volkartshain (22. 11. 1963); Walter Brix, Gelnhaar (21. 11. 1963); Joachim Emmerich, Nieder-Roden (30. 8. 1963); Ingeborg Colmar, Klein-

Umstadt (30. 8. 1963); Herbert Jakob, Heubach (10. 9. 1963); Peter Jost, Wersau (10. 9. 1963); Ursula Friederike Gerstner, Kelsterbach (24. 8. 1963); Horst Knop, Klein-Krotzenburg (6. 9. 1963); Dorothee Elisabeth Zehner, Darmstadt-Eberstadt (22. 8. 1963); Willi Launspach, Eittingshausen (5. 9. 1963); Eva Marie Kroemer, Offenbach (9. 9. 1963); Klaus Klein, Heegheim (6. 9. 1963); Sigrid Bunge, Bönstadt (21. 8. 1963); Josef Blaschke, Trebur (21. 8. 1963); Gerlinde Ottesen, Mörfelden (30. 8. 1963); Reinhard Martin Oswald, Gustavsburg (5. 9. 1963); Günter Wolter, Schaaheim (10. 9. 1963); Heinrich Friedrich Lang, Ober-Naues (10. 9. 1963); Ursula Mühlhoff, Eczell (24. 8. 1963); Rotraud Czernohorsky, Mörfelden (5. 9. 1963); Marianne Gröger, Leeheim (5. 9. 1963); Ingrid Heinz, Groß-Zimmern (2. 9. 1963); Rudi Beutel, Sprendlingen (6. 9. 1963); Roswitha Bönisch, Alsfeld (21. 8. 1963); Ilse Müller, Trais-Horloff (5. 9. 1963); Ursula Dächert, Groß-Bieberau (10. 9. 1963); Hannelore Dettmar, Offenbach (21. 8. 1963); Gertraud Oehl, Offenbach (5. 9. 1963); Edeltraud Schütz, Mörlenbach (30. 8. 1963); Horst Ludwig Müller, Goddelau (12. 9. 1963); Karl Otto Krebs, Düdelsheim (11. 9. 1963); Gerlinde Rabenstein, Rüsselsheim (14. 9. 1963); Uwe Präßler, Walldorf (30. 8. 1963);

ernannt

zum Lehrer unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Kündigung

apl. Lehrer Werner Tauchert, Dreieichenhain (1. 3. 1962);

ernannt

wurden zum/zur Sonderschullehrer/in (—)

die Lehrer/innen Wilhelm Köhler, Gernsheim (22. 8. 1963); Albin Trunk, Gernsheim (22. 8. 1963); Erwin Ludwig, Birschofshausen (22. 8. 1963); Hildegard Schäfer, Gießen (4. 9. 1963); Maria Hein, Darmstadt (24. 8. 1963); apl. Lehrerin (BaP) Ursula Röser, Gießen (9. 9. 1963); die apl. Sonderschullehrerinnen (BaW) Erika Pfeifer, Großen-Linden (17. 9. 1963); Elisabeth Nebeling, Darmstadt (20. 9. 1963); Gisela Marczinowski, Darmstadt (29. 8. 1963); Lehrer Paul Fengler, Sprendlingen (18. 9. 1963); Lehrerin (BaL) Ingeborg Werner, Langen (27. 9. 1963); Lehrer (BaL) Fritz Gierth, Gießen (9. 9. 1963); Realschullehrer (BaL) Ulrich Huth, Darmstadt (18. 10. 1963); Lehrer (BaL) Volker Dorner, Dietzenbach (25. 11. 1963);

versetzt

zum Hess. Kultusminister, Wiesbaden

Schulrat Dr. Eugen Sohns, Darmstadt (1. 10. 1963);

ernannt

zum Volks- und Realschuldirektor (—)

Realschullehrer Rolf Hillesheimer, Darmstadt (12. 9. 1963);

ernannt

zum Konrektor

die Lehrer Josef Pfeiffer, Langen (8. 7. 1963); Friedrich Rau, Lampertheim (26. 9. 1963); Werner Schaub, Schlitz (13. 9. 1963); Otto Helmold, Offenbach (14. 11. 1963);

ernannt

zum Rektor

Lehrer Walter Johann Dörr, Zwingenberg (28. 8. 1963); die Konrektoren Karl Schröder, Heusenstamm (30. 8. 1963); Otto Strauch, Gießen (31. 8. 1963); Lehrer Günter Wolf, Schaaheim (13. 9. 1963); die Hauptlehrer Friedrich Müller, Altenstadt (3. 9. 1963); Friedrich Heiß, Groß-Bieberau (30. 9. 1963);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit

die Lehrer/innen Herbert Hartung, Weiten-Gesäß (28. 8. 1963); Konrad Klemm, Dieburg (26. 8. 1963); Inge Pohlreich, Heuchelheim (10. 8. 1963); Christian Hübner, Nieder-Roden (11. 9. 1963); Ursula Donnhauser, Dieburg (26. 7. 1963); Herbert Meyer, Offenbach (30. 4. 1963); Richard Bräunlich, Lollar (3. 5. 1963); Lehrerin i. A. Katharina Heilmann, Offenbach (3. 5. 1963); die Lehrerinnen Elisabeth Habbe, Viernheim (14. 9. 1963); Ilse Groß, Groß-Zimmern (6. 9. 1963); Klara Busch, Dieburg (12. 11. 1963); Marianne Callenberg, Rüsselsheim (28. 10. 1963); Lehrer Erich-Christoph Seifert, Nieder-Kinzig (17. 10. 1963);

ernannt

zum/zur Schulpsychologen/in und Lehrer/in

Lehrerin Ingeborg Löbzien, Bensheim (12. 9. 1963); Lehrer Rudolf Schwab, Gießen (16. 10. 1963);

ernannt

zur Schulrätin (BaL)
Rektorin Anneliese Tille, Dieburg (21. 11. 1963);

ernannt

zum Realschullehrer
die Lehrer Ulrich Hinterberger, Weiterstadt (15. 8. 1963); Manfred Gärtner, Offenbach (16. 8. 1963); Lehrer (BaP) Dr. Adolf Hemberger, Friedberg (5. 9. 1963); Lehrer (BaL) Heinz Vogelsang, Groß-Gerau (12. 9. 1963); Lehrer (BaP) Heinz Gebbert, Laubach (17. 9. 1963); Lehrer (BaL) Horst Becker, Dieburg (28. 9. 1963); Heinz Wegel, Erbach (15. 10. 1963); Lehrer (BaP) Franz Tschiedel, Gernsheim (23. 10. 1963);

ernannt

zum Hauptlehrer
die Lehrer Horst Reichel, Reichelsheim (23. 8. 1963); Gerhard Kalkhof, Ilbeshausen (13. 11. 1963); Sonderschullehrer Karl Joachim Stappenbeck, Neu-Isenburg (13. 9. 1963);

ernannt

zur außerplanmäßigen Realschullehrerin unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Widerruf
apl. Realschullehrerin Jutta Hoffmann, Gießen (16. 11. 63);

in den Ruhestand versetzt

Lehrerin Anna Glaser, Groß-Gerau (Juli 1963); Hauptlehrer Adam Mandel, Lämmerspiel; Lehrer Alfred Heßler, Zeppelinheim; Lehrerin Emilie Fadler, Lützel-Wiebelsbach; Lehrerin Emilie Hotz, Neu-Isenburg; Realschullehrer Dr. Max Schweinitz, Offenbach (Main); Lehrerin Theresia Baumann, Darmstadt; Lehrer Johann Helbig, Gießen; Lehrer Erich Mell, Oberkinzig; Volks- und Realschulrektor Dr. Heinrich Fernkorn, Offenbach; Lehrerin Helene Schneider, Heppenheim (sämtlich September 1963); Lehrer Kurt Hiermann, Gießen und Lehrerin Elfriede Lambrecht, Neu-Isenburg (Oktober 1963); Rektor Heinrich Pfeifer, Büttelborn (Februar 1964); Lehrer Richard Daum, Groß-Gerau (Mai 1963); Oberregierungsschulrat Wilhelm Jude, Darmstadt (Januar 1964);

entlassen

apl. Lehrerin (BaW) Renate Mayer (August 1963); apl. Lehrerin Renate Hohmann, Oberau (August 1963); apl. Lehrerin (BaW) Wilma Federlin, Dieburg (April 63); Lehrerin (BaP) Inge Marenbach, Bad Vilbel (September 63); Lehrerin (BaP) Bertha Kleinstück, Grünberg (September 1963); Lehrerin (BaL) Maria Anna Schwachhöfer, Heusenstamm (August 1963); apl. Lehrerin (BaW) Sigrid Frizlen, Sprendlingen (September 1963); Lehrerin (BaL) Elconore Aurich, Neu-Isenburg (August 1963); Lehrerin (BaL) Margret Wamser, Leihgestern (September 63); Lehrerin (BaP) Adelheid Appenheimer, Büdesheim (September 1963); apl. Lehrerin (BaW) Maria Anna Schmidt, Da.-Arheilgen (September 1963); apl. Lehrerin (BaW) Ursula Sirrenberg, Neu-Isenburg (September 1963); apl. Realschullehrerin (BaW) Christiane Schnitger, Langen (August 1963); apl. Realschullehrerin (BaW) Jutta Peterkau, Butzbach (September 1963); Lehrerin (BaP) Gisela Becker, Ober-Absteinach (September 1963); Lehrerin (BaP) Wilhelmine Galter, Kai-chen (September 1963); apl. Lehrerin (BaW) Rita Hörl, Bürstadt (September 1963); apl. Lehrerin (BaW) Ursula Schmittner, Butzbach (September 1963); Lehrerin (BaP) Mechtild Börner, Langen (September 1963); VA Karl Herold, Dieburg (November 1963); Lehrerin (BaP) Gisela Uhrig, Bensheim (Oktober 1963); Lehrerin (BaP) Waltraud Heil, Friedberg (Oktober 1963); Realschullehrer (BaL) Dr. Heinrich Klein, Gustavsburg (mit Wirkung vom 22. 9. 1963);

HÖHERE SCHULEN

ernannt zum/zur Studienassessor/in unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe

die Ass./innen im Lehramt Rudolf Fontagnier, Viernheim (14. 8. 63), Karl Bergmann, Bensheim (20. 7. 63), Hans Hölzemann, Alsfeld (14. 8. 63), Otto Hedrich, Gießen (2. 8. 63), Dr. Paul Görlich, Gießen (26. 8. 63), Franz Kraft, Dieburg (7. 9. 63), Fredi Seip, Darmstadt (13. 8. 63), Helge Hombach, Gießen (21. 8. 63), Ilse Missling, Gießen (21. 8. 63), Ilsa Lore Praetzel, Langen (23. 8. 63), Erika Degen, Gießen (24. 9. 1963), Hedwig Thiele, Offenbach (6. 9. 63), Gerlinde Ray-

mann, Seeheim (5. 9. 63), Renate Schneider, Darmstadt (30. 9. 63), Tilmann Dederer, Darmstadt (22. 8. 63), Fritz Deppert, Darmstadt (19. 9. 63), Otto Müller, Friedberg (19. 9. 1963), Harald Spalt, Seeheim (5. 9. 63), Günther Münster, Bad Nauheim (25. 9. 63), Josef Seipel, Dieburg (6. 9. 63), Hartmut Schneider, Laubach (4. 9. 63), Kurt Bischoff, Friedberg (23. 9. 63), Rolf Herth, Langen (24. 9. 63), Harald Weiser, Ober-Hambach (5. 9. 63), Wilhelm Weiß, Bensheim (14. 12. 63), Hartmut Harreß, Offenbach am Main (16. 12. 1963), Egon Schwartz, Groß-Umstadt (21. 9. 1963), Günther Streit, Bensheim (31. 12. 1963);

ernannt zum/zur Studienrätin unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit
die Stud.-Ass./innen Elisabeth Ritzert, Rüsselsheim (8. 8. 1963), Emil Schlee, Offenbach M. (6. 9. 63), Norbert Gleißner, Viernheim (8. 11. 1963), Dr. Kurt Fackinger, Offenbach am Main (30. 11. 1963), Hildegard Goetz, Groß-Gerau (8. 11. 1963);

ernannt zum/zur Oberstudienrätin
die Studienrätin Heinrich Benz, Darmstadt (14. 5. 63); Heinrich Leist, Seligenstadt (10. 10. 63); Hans-Karl Uhrig, Offenbach (11. 10. 63); Ernst Habermann, Offenbach M. (11. 10. 63); Auguste Roth, Offenbach M. (7. 10. 63); Dr. Karl Stork, Offenbach M. (18. 11. 63);

ernannt zum Oberstudiendirektor Oberstudienrat Dr. Erich Klingelhöfer, Darmstadt (16. 9. 63);

in den Ruhestand versetzt

Fachlehrerin Emilie Hoffmann, Gießen (Mai 1963); Studienrat Aloys Krummscheid, Gießen (September 1962); Oberstudiendirektor Dr. Alfred Hammer, Heppenheim (September 1963);

entlassen

Stud.-Assessorin Isolde Wenzel, Offenbach M., (September 1963);

Berufs-, Berufsfach-, Fach- und Ing.-Schulen

ernannt zum Oberbaurat i. t. S.

die Bauräte i. t. S. Alfred Frisch, Darmstadt (17. 7. 1963); Ludwig Reiß, Friedberg (20. 7. 1963); Wilhelm Hollaender, Gießen (26. 8. 1963);

ernannt zum Baurat i. t. S. unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe

die Dozenten i. A. Dr. Hans Cimala, Friedberg (31. 7. 1963); Bernhard Krüger, Gießen (24. 7. 1963); Dr. Werner Buch, Darmstadt (22. 8. 1963); Dr. Günter Weber, Darmstadt (23. 7. 1963); Dr. Kurt Vohdin, Darmstadt 7. 11. 1963); Arno Weicke, Friedberg (11. 11. 63); Klaus Hoffmann, Friedberg (13. 11. 1963); Ewald Langstroff, Gießen (25. 11. 1963);

in den Ruhestand versetzt

Studienrat Jakob Beck, Darmstadt (September 1963); Berufsschuldirektor Peter Starrmann, Bad-Nauheim (September 1963); Studienrätin Elfriede Hermann, Darmstadt (August 1963); Studienrätin Charlotte Fay, Offenbach (September 1963); Oberbaurat i. t. S. Dr. Heinrich Winter, Darmstadt (September 1963); Studienrätin Johanna Rolly, Dieburg (November 1963);

entlassen

Stud.-Ass. (BaP) Wolfgang Fischlein, Gießen (September 1963);

ernannt zur Fachlehrerin unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe
Fachlehrerin i. A. Sophia Müller, Groß-Gerau (9. 9. 1963);

ernannt

zum Oberstudienrat (BaL) Studienrat Dr. Walter Noli, Gießen (8. 11. 1963);

berufen zum/zur Berufsschuldirektor in unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit
Oberstudienrätin Gisela Hennikens, Darmstadt (1. 10. 1963); die Studienräte Dr. Wilhelm Debus, Bensheim (31. 10. 1963); Franz Müller, Bensheim (30. 10. 1963); Studienrätin Susanne Müller, Offenbach M. (30. 10. 1963);

ernannt

zum Berufsschuldirektor (—)
Studienrat Wilhelm Heckerroth, Alsfeld (31. 11. 1963); zum Regierungsoberinspektor (—), Reg.-Inspektor Georg Kipp, Friedberg (29. 10. 1963);

zum Regierungsinspektor unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe
Verwaltungsangestellter, Werner Thimian, Alsfeld (4. 12. 1963);
zum Fachschuloberlehrer (—) Fachlehrer Karl Werthmüller, Lauterbach (25. 9. 1963);

ernannt zum/zur Studienassessor/in ins Beamtenverhältnis auf Probe

die Ass./innen im Lehramt Ernst Koch, Neu-Isenburg (8. 8. 1963); Dr. Heinz Müller, Neu-Isenburg (8. 8. 1963); Hans Hohlmann, Darmstadt (21. 8. 1963); Werner Schäfer, Darmstadt (14. 8. 1963); Eberhard Chop, Offenbach/M. (30. 8. 1963); Josef Enders, Dieburg/H. (28. 8. 1963); Werner Hartwig, Steinheim (11. 9. 1963); Almut Durth, Darmstadt (17. 9. 1963); Herbert Weicker, Bensheim (24. 9. 1963); Heinz Seibert, Darmstadt (28. 9. 1963); Helga Zuleger, Gießen (15. 10. 1963); Manfred Jockwig, Darmstadt (25. 10. 1963); Wilhelm Paus, Gießen (1. 11. 1963); Siegfried Hagebötting, Alsfeld (12. 11. 1963); Hermann Wießner, Gießen (1. 11. 1963);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit

Fachlehrer Hans Désor, Offenbach/M. (21. 8. 1963); Baurat i. t. S. Paul Eul, Friedberg/Hess. (16. 8. 1963); die Studienräte Rolf Kastner, Rüsselsheim (17. 9. 1963); Walter Riebel, Lauterbach (17. 10. 1963); Baurat i. t. S. Manfred Wagner, Darmstadt (25. 10. 1963); Studienrat (BaP) Franz Willmer, Darmstadt (20. 8. 1963);

ernannt zum/zur Studienrat/rätin unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit

die Stud.-Ass./in Karl Reiß, Bensheim a. d. B. (12. 8. 1963); Heinrich Hensel, Gießen (19. 8. 1963); Wolfgang Franke, Darmstadt (20. 9. 1963); Margarete Schott, Darmstadt (4. 9. 1963).

Darmstadt, 15. 1. 1964

Der Regierungspräsident
II/1a — 7 1 08 (1)

c. Regierungspräsident in Kassel

in den Ruhestand versetzt

Oberregierungsschulrat Ewald Kretschmer (1. 12. 1963).

Kassel, 14. 1. 1964

Der Regierungspräsident
P 2 Az. 7 o 16/03 B
StAnz. 5/1964 S. 167

G. im Bereich des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Verkehr

c) Landesamt für Bodenforschung

ernannt

zum Oberregierungsgéologen Regierungsgeologe Dr. Heinrich Zakosek (19. 12. 1963 — BaL);
zum Regierungsgeologen z. A. Diplomeologe Dr. Stefan Meisl (1. 10. 1963 — BaP);

in den Ruhestand getreten

Prof. Dr. Hans Hentschel mit dem Ende des Monats Oktober 1963;

d) Bergbauverwaltung

ernannt

zum Bergrevierinspektor z. A. Erhard Wiederer (1. 11. 1963 — BaP);

e) Eichverwaltung

ernannt

zum ap. Eichmeister Eichmeisteranwärter Günter König (18. 11. 1963 — BaP);
zum Eichmeisteranwärter Eichhelfer Friedrich Bloos (11. 10. 1963 — BaW);

f) Straßenbauverwaltung

ernannt

zu Regierungsbauräten die Regierungsbaussessoren Josef Sauer, Karl Fritz Hirsch, Werner Naumann (24. 12. 1963 — BaL); Hans Zutt (11. 11. 1963 — BaL);
zum Regierungsrat Regierungsassessor Werner Plechatsch (24. 12. 1963 — BaL);
zum Regierungsvermessungsassessor Vermessungsassessor Hans-Günther Hasselmann (24. 10. 1963 — BaP);
zum Regierungsbauassessor Assessor im bautechnischen Dienst Eginhart Schroth (16. 11. 1963 — BaP);

zum Regierungsamtmann Regierungsoberinspektor Ernst Trollhagen (13. 11. 1963 — BaL);

zu Regierungsoberbauinspektoren die Regierungsbauinspektoren Hans Bergmann (1. 11. 1963 — BaL); Adalbert Ferchenbauer (30. 11. 1963 — BaL); Gottfried Müller (30. 10. 1963 — BaL);

zum Regierungsoberinspektor Regierungsinspektor August Lehr (30. 10. 1963 — BaL);

zu apl. Regierungsbauinspektoren die Regierungsbauinspektoranwärter Karl Friedrich Becker (20. 9. 1963 — BaP); Paul Josef Brandt (29. 10. 1963 — BaP); Reinhard Jürgen Freytag (11. 10. 1963 — BaP); Walter Gottschling (29. 10. 1963 — BaP); Horst Heine (20. 9. 1963 — BaP); Georg Kurt Klippert (29. 10. 1963 — BaP); Karl Adolf Wagner (11. 10. 1963 — BaP);

zum apl. Regierungsinspektor Verwaltungsangestellter Herbert Dötter (18. 9. 1963 — BaP);

zu Regierungsbauinspektoranwärtern Werner Döhling (16. 12. 1963 — BaW); Peter Strey (30. 12. 1963 — BaW);

zu Regierungsinspektoranwärtern Heinz-Werner Grein (1. 10. 1963 — BaW); Erwin Grieger (1. 12. 1963 — BaW); Klaus Kaltwasser (1. 10. 1963 — BaW); Hans Panek (1. 10. 1963 — BaW);

zum Regierungssekretäranwärter Franz Haas (1. 10. 1963 — BaW);

in den Ruhestand getreten

Regierungsbaudirektor Walter Renz (Ende Dezember 1963);
Regierungsbauamtmann Franz Gutenberg (Ende Dezember 1963);

in den Ruhestand versetzt auf eigenen Antrag

Regierungsbauamtmann Wilhelm Horn (Ablauf Dezember 1963);

die Regierungsbauinspektoren Benno Löbmann und Erich Tesch (mit Ablauf Dezember 1963);

auf eigenen Antrag entlassen

apl. Regierungsbauinspektoren Horst Schweighöfer (Ablauf September 1963); Herbert Zilch (Ablauf Dezember 1963);
Regierungsbauinspektoranwärter Adam Naumann (Ablauf Oktober 1963).

Wiesbaden, 17. 1. 1964

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr
Z 2 b — 7 o — 16 — 11

StAnz. 5/1964 S. 171

H. im Bereich des Hessischen Ministers für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen

b) Regierungspräsident in Darmstadt

ernannt

zum Gewerbeinspektor unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit apl. Gewerbeinspektor Hermann Lenz, Staatl. Gewerbeaufsichtsamt Gießen (11. 12. 1963).

Darmstadt, 16. 1. 1964

Der Regierungspräsident
III/A — 7 1 02 (3)

c. Regierungspräsident in Kassel

ernannt

zum Gewerberat z. A. (BaP) Techn. Angestellter Dipl.-Ing. Friedrich Iffert, Techn. Überwachungsamt Kassel (2. 1. 1964)

Kassel, 14. 1. 1964

Der Regierungspräsident
P 2 Az.: 7 o 16/03 B

d. Regierungspräsident Wiesbaden

in den Ruhestand versetzt

Oberregierungsveterinär Dr. Rudolf Eigendorf (1. 1. 64) bei der Behörde „Der Regierungsveterinär — Dillkreis —“

ernannt

zum Oberregierungsveterinär Dr. Heinz Böttcher (1. 1. 1964) bei der Behörde „Der Regierungsveterinär — Dillkreis —“

Wiesbaden, 10. 1. 1964

Der Regierungspräsident
I 7 — Az.: PA 5 e
StAnz. 5/1964 S. 171

145 DARMSTADT

Regierungspräsidenten

Veröffentlichung von anerkannten Kraftfahrzeugwerkstätten.

Bezug: Anlage VIII zu § 29 StVZO in der Fassung vom 6. 12. 1960 (BGBl. I S. 897).

Im Anschluß an die Bekanntmachung im Staatsanzeiger Nr. 11 vom 19. März 1962, Seite 370, wird die Anerkennung weiterer Werkstätten, die zur Durchführung von Haupt-, Zwischen- und Bremsensonderuntersuchungen an Kraftfahrzeugen anerkannt wurden, bekanntgegeben.

Nr.	Firma	Ort	am	Ziff.	Fabrikat
96	Karl-Heinz Lang,	Beerfelden/Odw.	19.2.1962	10	Pkw, Krafträder, Kombinationswagen usw. Lkw bis 9 t Ges.-Gew. des Fabrikats Adam Opel AG
97	Fahrzeug-Elbert O. H. G.	Darmstadt-Arheilgen	5.3.1962	10	VW bis 9 t
98	Tröster KG.,	Butzbach	8.3.1962	10	ld. u. fw. Kfz ohne Druckluft und hydraulische Bremsanlage, Zgm. bis 55 PS, nicht mehr als 40 km/h Höchstgeschwindigkeit
99	Auto-Rose	Babenhausen	5.4.1962	10	VW bis 9 t
100	Friedrich Schmelz	Crainfeld	12.4.1962	10	ld. u. fw. Kfz bis 20 km/h ohne Druckluft u. Öldruckbremsanlage
102	Gustav Grösser	Ldkr. Lauterbach Berstadt	7.5.1962	10	Zugmaschinen mit einer Motorleistung bis 55 PS
103	Auto-Hof Butzbach Inh. Walter Heinbach	Butzbach	18.5.1962	10 u. 14	alle Lkw und Fahrzeuge der Personenbeförderung mit mehr als 8 Fahrgastpl (keine Pkw)
104	Georg Kreim	Büttelborn	23.5.1962	10	ld. u. fw. Fahrzeuge u. Anhänger bis 20 km/h aller Fabrikate
105	Adolf Schork	Laubach	23.5.1962	10	VW — Pkw, Kombinationskraftwagen usw.
106	Philipp Born	Fränkisch-Cumbach	23.5.1962	10	ld. u. fw. Fahrzeuge u. Anhänger bis 20 km/h ohne hydraulische Bremse
107	Jourdan & Co. KG.	Groß-Gerau	14.6.1962	10	Schlepper und ldw. Anhänger aller Fabrikate
108	Karl Uffelman & Sohn	Mittel-Gründau	26.6.1962	10	ld. u. fw. Fahrzeuge bis 20 km/h
109	Gg. Scheller KG.	Bad Nauheim	26.6.1962	10	VW
110	Gg. Schieferstein KG	Lich	11.7.1962	10	ld. u. fw. Fahrzeuge bis 20 km/h ohne Druckluft- und Öldruckbremse
111	Autohaus Georg v. Opel & Co., Zweigstelle	Offenbach-Bieber, Aschaffener Str. 105—107	11.7.1962	10	Adam v. Opel-Pkw, Krafträder usw. bis 8 Fahrgastpl.
112	Karl Pulch O. H. G.	Darmstadt	17.7.1962	11 u. 15	Lkw und Anhänger
113	Heinrich von der Au & Söhne o. H. G.	Darmstadt Rheinstr. 44—46	17.7.1962	11 u. 15	Alle eigenen Kfz. über 9 t Ges.-Gew., ohne Omnibusse
114	Noll, Monnard & Co. KG., Erbach/Odw.	Darmstadt Mainzer Str.	1.8.1962	10	Magirus u. Deutz-Lkw, Anh. u. Zugm.
115	Christian Kumpf, Inh. Jakob Melchior	Berkach Waldstr. 19	9.8.1962	10	ld. u. fw. Fahrzeuge bis 20 km/h
116	W. Lomp & Sohn Landm.-Rep.-Werkstatt	Maar, Hauptstr. 31	9.8.1962	10	ld. u. fw. Fahrzeuge bis 20 km/h
117	Ludwig Schmitt	Neckarsteinach	13.8.1962	10	alle Personenkraftwagen
118	A. Schuchmann	Darmstadt Artilleriestr. 12	31.8.1962 10.5.1963	11, 15 u.	alle firmeneigenen Kraftfahrzeuge
				Hauptunter- suchung	
119	Schiwek & Seipp	Offenbach	4.9.1962	11 u.	firmeneigene Lkw u. Anhänger mit mehr als 9 t Ges.-Gew.
120	Fritz Schurstein	Walldorf	23.9.1963	15	Pkw aller Klassen
		Frankfurter Str. 7—9	5.9.1962	10	
121	Daimler-Benz A.G. Zweigniederlassung	Darmstadt	10.10.1962	10, 11, 14, 15	alle Kfz. Daimler-Benz
122	Heinrich Zimmermann	Herbstein	19.10.1962	10	Pkw usw., Ford, NSU, Goliath
123	Eifert Gg. OHG, Inh. W. u. M. Hartwich	Lauterbach	22.10.1962 2.5.1963 29.5.1963 16.8.1963	10 10, 11, 14, 15	Pkw u. Lkw bis 9 t unter und über 9 t und Omnibusse alle Fabrikate
124	E. Merk A.G.	Darmstadt	22.10.1962	11	sämtliche firmeneigenen Kraftfahrzeuge
125	Reinhard Georg & Co.	Ockstadt	22.10.1962	10	alle ld. u. fw. Fahrzeuge bis 20 km/h
126	Schlepper-Schroer Inh. Hans Schroer	Brunnenstr. 16 Grünberg	24.10.1962	10	alle ld. u. fw. Fahrzeuge bis 20 km/h ohne Druckluftbremse
127	Karl Häuser	Watzenborn- Steinberg	24.10.1962	10	alle Krafträder und Pkw
128	J. Seippel & Co.	Groß-Ulmstadt Mühlstr. 4	25.10.1962	10	alle ld. u. fw. Fahrzeuge bis 20 km/h ohne Luftdruckbremse
129	Henner-Helwig	Laubach	30.10.1962	10	alle ld. u. fw. Fahrzeuge bis 20 km/h ohne Luftdruck- u. Öldruckbremse, sämtl. Zugmaschinen und Anhänger
		In der Gombach 18	20.5.1963		
130	Karl Kester Inh. Ing. Franz Tschauner	Nieder-Eschbach	7.11.1962	10	alle ld. u. fw. Fahrzeuge bis 20 km/h ohne Luftdruck- u. Öldruckbremse

Nr.	Firma	Ort	am	Ziff.	Fabrikat
131	Magistrat der Stadt Rüsselsheim	Stadtomnibusbetrieb Stadtwerke	12.11.1962	10	alle stadteigenen Fahrzeuge
132	Heinz Thomae GmbH	Gießen	14.11.1962	10 u. 14	alle Fabrikate Lkw
133	Emil Burkardt	Licherstr. 155 Lauterbach	14.11.1962	10	Ford bis 9 t, Lloyd u. sämtl. Motorräder
134	Henner-Helwig Laubach	Fuldaerstr. 10 Zweigstelle Friedberg	6.12.1962	10	ld. u. fw. Zugmaschinen bis 20 km/h mit mech. u. hydr. Bremsen sowie Unimog bis 32 PS
135	Erich Eggers	Darmstadt	7.12.1962	10 u. 14	Lkw und deren Anhänger
136	Henner-Helwig Laubach	Lautenschlägerstr. 28 Zweigstelle Friedberg	6.12.1962	10	alle ld. u. fw. Zugmaschinen bis 20 km/h mit mech. u. hydr. Bremsen sowie Uni- mog bis 32 PS
137	Rudolf Wöll	Nieder-Gemünden	7.12.1962	10	alle ld. u. fw. Zugmaschinen bis 20 km/h ohne Druckluft- u. hydr. Bremsen
138	Fa. Tröster KG., Butzbach	Zweigstelle Friedberg	10.12.1962	10	ld. u. fw. Fahrzeuge und deren Anhänger
139	H. Schweinsberger Söhne, Inh. Ing. Karl Schweinsberger	Hergershausen Kreis Dieburg	14.12.1962	10	ld. Fahrzeuge bis 10 km/h ohne hydr. Bremsen
140	Karl Reuter u. Söhne oHG	Kelsterbach	14.12.1962	10 u. 11	Begrenzt bis zum 31. 12. 1964 Ford, NSU, Adam Opel AG
141	Auto-Kurländer Inh. Paul Kurländer	Bensheim a. d. B.	14.12.1962	10 u. 11	Adam Opel AG bis 9 t
142	Fa. Johann Rotsch	Zwingenberg	18.12.1962	11 u. 15	Firmeneigene Kfz., Lkw und Anhänger,
			15.12.1962	10 u. 14	Omnibusse u. Anhänger
143	Klaus Seuffert	Gießen	2.1.1963	10	VW
144	Auto-Friedrich	Frankfurter Str. 43—47 Biblis,	23.1.1963	10	Adam Opel AG unter 9 t
145	Dr. Vogler KG	Darmstädter Str. 63 Friedberg	23.1.1963	10, 11, 14, 15	Daimler-Benz
146	Karl Groß	Büdingen	31.1.1963	10	Adam Opel AG bis 9 t
147	Schäfer, Willi	Grünberg	1.2.1963	10 u. 11	Adam Opel AG bis 9 t
148	Stumpf-August	Gießener Str. 16 Homberg, Krs. Alsfeld	4.2.1963	10 u. 11	Auto-Union, BMW, Goggo bis 9 t
149	Bittdorf, Reinhold	Bahnhofstr. 24 Offenbach	4.2.1963	10 u. 11	VW bis 9 t
150	Fa. Südgarage Inh. Hch. Duchene Ing.	Heidelberger Str. 47—49 Bensheim Heidelberger Str. 47—49	5.2.1963	10, 11, 14, 15	Daimler-Benz- Auto-Union, Tempo (ohne Fahrz. d. Pers.-Bef. und Zugmaschinen ab 55 PS
151	Heinrich Schütz	Groß-Umstadt Höchster Str. 57	7.2.1963	10 u. 11	VW bis 9 t
152	Auto-Stroh oHG	Neu-Isenburg Offenbacher Str. 138	8.2.1963	10 u. 11	VW bis 9 t
153	Bäuerl. Hpt.-Genossen- schaft, Außenstelle	Reinheim Darmstädter Str. 39	8.2.1963	10 u. 11	ld. u. fw. Zugmaschinen u. Anhänger bis 20 km/h ohne Druckluft- u. hydr. Brems- anlagen
154	Bäuerl. Hpt.-Genossen- schaft, Außenstelle	Michelstadt	8.2.1963	10 u. 11	ld. u. fw. Zugmaschinen u. Anhänger bis 20 km/h ohne Druckluft- u. hydr. Brems- anlagen
155	Fa. Ferdinand Lützler	Gießen	11.2.1963	10 u. 11	Ford unter 9 t
156	Adolf Bräuning	Flensungen	11.2.1963	10 u. 11	VW bis 9 t
157	Bäuerl. Hauptgenossen- schaft, Außenstelle	Alsfelder Str. 1 Babenhausen	8.2.1963	10 u. 11	ld. u. fw. Fahrzeuge bis 20 km/h ohne hydr. u. Druckluftbremse
158	Auto-Müller	Am Güterbahnhof Alsfeld	18.2.1963	10 u. 11	VW
159	Karl Reutzel III	Kefenrod	18.2.1963	10 u. 11	ld. u. fw. Fahrzeuge bis 20 km/h ohne hydr. u. Druckluftbremse
160	Philipp Massoth	Hauptstr. 70 Bürstadt	18.2.1963	10 u. 11	ld. u. fw. Fahrzeuge bis 20 km/h ohne hydr. u. Druckluftbremse
161	Stadtwerke (Bauamt)	Peterstr. 23 Gießen	18.2.1963	11	alle Kommunalfahrzeuge im eigenen Be- trieb (außer Omnibus u. Zugmaschinen mit mehr als 40 km/h
162	Willi Klöß	Alsfeld	20.2.1963	10 u. 11	Pkw Ford u. Motorräder
163	Peter Schmitt	Grünberger Str. 72 Lorsch, Kaiser- Wilhelm-Platz 3—11	30.1.1963	10 u. 11	VW, Lloyd, Fiat, DKW, Renault u. Motor- räder
164	Autohof Gießen H. Runzheimer	Gießen	25.2.1963	10, 11, 14, 15	Henschel-Lkw mit mehr als 9 t
165	Gebr. Krüger	Marburger Str. 191 Goddelau	25.2.1963	10 u. 11	ld. u. fw. Fahrzeuge bis 20 km/h ohne Druckluft- u. Öldruckbremse
166	Autohaus Dingeldein KG	Hauptstr. 1—3 Stockheim/Odw.	25.2.1963	10 u. 11	Adam Opel AG, Pkw

Nr.	Firma	Ort	am	Ziff.	Fabrikat
167	Autohaus Benz	Offenbach/M., Sprendlinger Landstr. 85—91	28.2.1963	10 u. 11	VW Pkw
168	Rudolf Lauferweiler	Offenbach/M. Bernardstr. 19	1.3.1963	11	VW
169	Landmaschinen-Verkaufs-G.m.b.H.	Södel, Am Bahnhof	1.3.1963	10 u. 11	ld. u. fw. Zugmaschinen u. Anhänger bis 20 km/h mit mech. Bremsen
170	Ferdinand Faber	Hungen, Bitzenstr. 3	19.3.1963	10 u. 11	ld. u. fw. Zugmaschinen u. Anhänger bis 20 km/h mit mech. und hydr. Bremsen
171	Ludwig Götz	Brensbach	21.3.1963	10 u. 11	ld. u. fw. Zugmaschinen u. Anhänger bis 20 km/h mit mech. Bremsen
172	Johann Scharfenberger	Rimbach/O. Schloßgasse 58	20.3.1963	10 u. 11	Lkw u. Anhänger mit 9 t u. mehr sowie Zugmaschinen über 55 PS u. über 40 km/h
173	Oskar Barth	Beerfelden Hirschhorner Str. 51	21.3.1963	10 u. 11	Pkw, Fiat (Motorräder aller Fabrikate)
174	Kautz & Sohn	Nieder-Florstadt	24.4.1963	10, 11, 14, 15	sämtl. Kfz.-Anhänger
175	Bäuerl. Hauptgenossenschaft	Darmstadt Scheppallee 95	28.3.1963	10 u. 11	ld. u. fw. Zugmaschinen u. Anhänger bis 20 km/h mit mech. Bremsen
176	Walter Straßer	Fürth/Odw.	5.4.1963	10 u. 11	Ford Pkw u. Lkw bis 1 1/4 t
177	Kemmerer & Best	Mühlheim Friedensstr. 52—56	18.4.1963	10 u. 11	Auto-Union u. Peugeot
178	Wilh. Becker	Homburg Alsfelder Str. 12	24.4.1963	10 u. 11	ld. u. fw. Zugmaschinen u. Anhänger bis 20 km/h mit mech. Bremsen
179	Alois Muth	Grünberg Gießener Str. 21	24.4.1963	10 u. 11	Ford u. NSU Pkw
180	Bäuerl. Hauptgenossenschaft, Zweigstelle	Lauterbach Schillerstr. 19	24.4.1963	10 u. 11	ld. u. fw. Zugmaschinen u. Anhänger bis 20 km/h mit mech. Bremsen
181	Karl Meckel KG	Gießen, Wiesenstr. 11	24.4.1963	10 u. 11	Pkw u. Lkw unter 9 t, Auto-Union
182	Eisen-Rieg	Darmstadt Kirschenallee 54	24.4.1963	10 u. 11	alle firmeneigenen Kfz.
183	Bäuerl. Hauptgenossenschaft, Zweigstelle	Alsfeld Grünberger Str. 52	25.4.1963	10 u. 11	ld. u. fw. Zugmaschinen u. Anhänger bis 20 km/h mit mech. Bremsen
184	Henner-Helwig Laubach	Filiale Lauterbach Allmenröderweg 1	25.4.1963	10 u. 11	ld. u. fw. Zugmaschinen u. Anhänger bis 20 km/h mit mech. Bremsen
185	Der Regierungspräsident in Darmstadt	Ziv. Bevölkerungsschutz Leihgestern	2.5.1963	11	Pkw u. Lkw unter 9 t
186	Richard Fritz	Langd	30.4.1963	10 u. 11	ld. u. fw. Zugmaschinen u. Anhänger bis 20 km/h mit mech. Bremsen
187	Ferdinand Schneider KG.	Rüsselsheim Adam-Opel-Str. 55—57	30.4.1963	10 u. 11	VW
188	Ewald Michel	Gießen	30.4.1963	10 u. 11	VW
189	Herbert Holland	Homburg Unterstr. 72	30.4.1963	10 u. 11	VW
190	Heinrich Muth	Stockhausen Kehrweg 3	30.4.1963	10 u. 11	ld. u. fw. Zugmaschinen u. Anhänger bis 20 km/h mit mech. Bremsen
191	Auto-Wagner	Friedberg Hauptstr. 110	2.5.1963	10 u. 11	Pkw u. Lkw bis 9 t, Ford
192	Bäuerl. Hauptgenossenschaft, Zweigstelle	Stockheim Glauburger Str. 45	3.5.1963	10 u. 11	ld. u. fw. Zugmaschinen u. Anhänger bis 20 km/h mit mech. Bremsen
193	Bäuerl. Hauptgenossenschaft, Zweigstelle	Friedberg, Wilhelm-Leuschner-Str. 68	3.5.1963	10 u. 11	ld. u. fw. Zugmaschinen u. Anhänger bis 20 km/h mit mech. Bremsen
194	Rieß, Kurt	Maulbach	6.5.1963	10 u. 11	ld. u. fw. Zugmaschinen u. Anhänger bis 20 km/h mit mech. Bremsen
195	Schnatz, Walter	Klein-Auheim Seligenstädter Str. 99	6.5.1963	10 u. 11	VW
196	Kratz, Karl	Bleidenrod Schulstr. 11	8.5.1963	10 u. 11	ld. u. fw. Zugmaschinen u. Anhänger bis 20 km/h mit mech. Bremsen
197	Autohaus Marx Inh. Otto Marx	Pohl-Göns Butzbacher Str. 48	6.5.1963	10 u. 11	Auto-Union u. Hanomag, sämtl. ld. u. fw. Zugmaschinen u. Anhänger
198	Erwin Buchta	Wölfersheim Waldstr. 4	3.5.1963	10 u. 11	ld. u. fw. Zugmaschinen u. Anhänger bis 20 km/h
199	Konrad Daube	Alsfeld Schellengasse 37	3.5.1963 27.5.1963	10 u. 14 u. 15	Lkw Magirus u. Büssing sowie ld. u. fw. Fahrzeuge u. Anhänger und Omnibusse Magirus und Büssing
200	Willi Schott Zeilbach Zweigstelle	Ober-Ohmen Staatsstr. 10	10.5.1963	10 u. 11	ld. u. fw. Zugmaschinen u. Anhänger bis 20 km/h mit mech. Bremsen
201	Ferdinand Doll	Büdingen, Saline 3—7	10.5.1963	10 u. 11	VW u. alle Motorräder
202	Wilh. Becker	Mainzlar, Hauptstr. 32	10.5.1963	10 u. 11	ld. u. fw. Zugmaschinen u. Anhänger bis 20 km/h mit mech. Bremsen
203	Walter Rühl	Langsdorf Weidegasse 11	10.5.1963	10 u. 11	ld. u. fw. Zugmaschinen u. Anhänger bis 20 km/h mit mech. Bremsen
204	Hans Bechtel jr.	Heppenheim Ludwigstr. 10	13.5.1963 23.9.1963	10	Fiat Pkw u. Ford

Nr.	Firma	Ort	am	Ziff.	Fabrikat
205	Eduard Kratz KG	Gießen, Marburger Str.	13.5.1963	10	BMW u. Heinkel
206	Wolfgang Spengler	Erfelden, Rheinstr. 8	20.5.1963	10 u. 11	Pkw Fiat u. Glas sowie sämtl. Motorräder
207	Kurt Faust	Ober-Ohmen, Staatsstr. 4	20.5.1963	10 u. 11	Pkw Adam Opel AG
208	August Kratz	Merlau, Bahnhofstr. 11	21.5.1963	10 u. 11	Pkw u. Lkw unter 9 t, Auto-Union
209	Emil Ochs	Grebenu Alsfelder Str. 36	21.5.1963	10 u. 11	Pkw u. Lkw unter 9 t, Fabr. „Ford“, sowie ld. u. fw. Zugmaschinen u. Anhänger bis 20 km/h
210	Walter Weller	Gießen	21.5.1963	10 u. 11	Pkw Renault
211	Rudolf Hergenröther	Dorheim, Wilhelm- Leuschner-Str. 19	20.5.1963	10 u. 11	ld. u. fw. Zugmaschinen bis 20 km/h mit mech. Bremsen
212	Paul Warkotz	Nieder-Wöllstadt Frankfurter Str. 19	20.5.1963	10 u. 11	ld. Anhänger bis 20 km/h
213	Heinrich Döring 5.	Gr. Buseck	29.5.1963	10 u. 11	ld. Zugmaschinen u. Anhänger bis 20 km/h mit mech. Bremsen
214	Karl Schomber	Ettingshausen	30.5.1963	10 u. 11	ld. Zugmaschinen u. Anhänger bis 20 km/h mit mech. Bremsen
215	Frdr. Lerch	Schlitz, Bahnhofstr. 22	7.6.1963	10 u. 11	Adam Opel AG u. Glas Pkw u. Lkw bis 9 t und Ford
216	Inh. W. Siemon Karl Kaltenschnee	Büdingen, Vorstadt 24	9.7.1963 7.6.1963	10 u. 11	ld. u. fw. Zugmaschinen u. Anhänger bis 20 km/h mit mech. Bremsen
217	Auto-Ulrich	Friedberg, Am Bahnhof	14.6.1963	10 u. 11	Fiat u. Neckar Pkw u. Lkw unter 9 t
218	Naumann & Sohn	Büdingen, Bahnhofstr. 11	24.6.1963	10 u. 11	Fiat u. BMW Isetta 600 u. 700
219	Landmaschinen Verkaufs GmbH Södel, Zweigstelle	Büches	24.6.1963	10 u. 11	ld. u. fw. Zugmaschinen u. Anhänger bis 20 km/h mit mech. Bremsen
220	F. W. Möller	Lauterbach	26.6.1963	10	Fiat, Zugmaschinen Fa. Cormic und Kraft- räder
221	Inh. Stöpler u. Schött Ambrosius Bigus	Eisenbacher Tor Ranstadt, Bahnhofstr. 21	27.6.1963	10 u. 11	Lkw DAF u. Anhänger MAN u. Henschel
221a	Alfons Straub	Langen	28.6.1963	10 u. 11	VW unter 9 t
222	Ernst Schättel	Darmstädter Str. 47—51 Grebenhain	28.6.1963	10 u. 11	VW bis 9 t
223	Frieß, Hch. Joh.	Bahnhofstr. 68/70 Groß-Umstadt	10.7.1963	10 u. 11	Adam Opel AG u. Krafträder
224	Christ. Schäfer u. Sohn	Pestalozzistr. 1 Bad König	11.7.1963	10 u. 11	BMW, DKW u. Krafträder
225	Helmut Faust	Bahnhofstr. 10—12 Groß-Eichen	11.7.1963	10 u. 11	ld. u. fw. Zugmaschinen u. Anhänger bis 20 km/h mit mech. Bremsen
226	Hans Klein	Grünberger Str. 30 Ober-Erlenbach	17.7.1963	10 u. 11	ld. u. fw. Zugmaschinen u. Anhänger mit mech. Bremsen bis 20 km/h
227	Heinz Szamatulski	Burgholzhäuserweg 19 Urberach	17.7.1963	10 u. 11	Pkw u. Lkw Adam Opel AG
228	Karl Schadt & Söhne	Münster b. Dieburg	17.7.1963	10 u. 11	Fiat u. Neckar Pkw u. Lkw bis 9 t
229	Willi Kuhl	Darmstädter Str. 51 Friedberg	17.7.1963	10 u. 11	Pkw, NSU u. Simca u. Lkw über 9 t
230	Helmut Huthmann	Fauerbacher Str. 12 Rohrbach	17.7.1963	10 u. 11	ld. u. fw. Zugmaschinen u. Anhänger bis 20 km/h mit mech. Bremsen
231	Friedrich Hoffmann	Im Kirchgarten Gr. Umstadt	17.7.1963	10 u. 11	ld. u. fw. Zugmaschinen u. Anhänger bis 20 km/h mit mech. Bremsen
232	Otto Velten	Richerstr. 6 Offenbach	17.7.1963	10 u. 11	Pkw Lloyd u. Borgward
233	Karl Schadt & Söhne	Bismarckstr. 30 Münster b. Dieburg	17.7.1963	10 u. 11	Pkw u. Lkw — 9 t Fiat u. Neckar
234	Albert Lorenz	Darmstädter Str. 51 Höchst-Odw.	19.7.1963	10 u. 11	Pkw u. Lkw VW
235	Hch. Wilh. Beysel	Hauptstr. 34—36 Groß-Zimmern	24.7.1963	10 u. 11	ld. u. fw. Zugmaschinen bis 20 km/h mit mech. Bremsen
235a	Wilh. Klein III	Trais/Lumda, Hauptstr.	30.7.1963	10 u. 11	nur für Krafträder
236	Wilh. Hanstein	Friedberg	1.8.1963	10 u. 11	Pkw u. Lkw unter 9 t, Renault, Rhein- stahl, Hanomag, Tempo
237	Adam Weber	An der Stadl Rimbach	9.10.1963 1.8.1963	10 u. 11	Pkw u. Lkw unter 9 t, Adam Opel AG
238	Willi Herold	Schloßgasse 26—28 Offenbach	1.8.1963	10 u. 11	Lkw unter 9 t und über 9 t
239	Ing. Ludwig Resch	Dudenhofen	7.8.1963	10 u. 11	ld. u. fw. Zugmaschinen u. Anhänger bis 20 km/h
240	Karl Ahlheim	Hauptstr. 68 Schwanheim	7.8.1963	10 u. 11	ld. u. fw. Zugmaschinen u. Anhänger bis 20 km/h
241	Polizeipräsidium S 3	über Bensheim Darmstadt, Nieder- Ramstädter Str. 177	12.8.1963	11	Kfz. des Polizei-Präsidenten

Nr.	Firma	Ort	am	Ziff.	Fabrikat
242	Adam Neumann	Einhausen Mathildenstr. 37	20.8.1963	10 u. 11	Pkw u. Lkw Adam Opel AG und Lloyd bis 9 t
243	Hermann Hainbach	Schotten, Niddastr. 22	20.8.1963	10 u. 11	Pkw u. Lkw Adam Opel AG u. BMW unter 9 t
244	Ferdinand Beth	Lampertheim Wormser Str. 86	29.8.1963	10, 11, 14, 15	alle Fabrikate
245	Adolf Nold	Groß-Gerau Gernsheimer Str. 45	30.8.1963	10 u. 11	Auto-Union
246	Heinz Herzfeld	Gießen Schützenstr. 62	30.8.1963	10 u. 11	Krafträder u. ld. u. fw. Zugmaschinen u. deren Anhänger bis 20 km/h und mech. Bremsen
247	Gebr. Pflug	Mörlenbach Weinheimer Str. 45	10.9.1963	10	ld. u. fw. Zugmaschinen und deren Anhänger bis 20 km/h mit mech. Bremsen
248	Albert Josef Kern	Jügesheim Weiskirchner Str. 73	11.9.1963	10	Pkw u. Lkw VW
249	Schmidt & Sohn	Nieder-Wöllstadt Frankfurter Str. 46	11.9.1963	10	Pkw u. Lkw der Fa. H. Glas
250	Eduard Gilmer	Birkenau/Odw. Hauptstr. 154	12.9.1963	10	Lkw u. Anhänger über 9 t u. Krafträder
251	Karl Römer	Lollar Marburger Str. 75	12.9.1963	10	Pkw u. Lkw unter 9 t der Fa. VW
252	Otto Nickel	Stockhausen Post Mücke	12.9.1963	11	beschränkt: ld. u. fw. Zugmaschinen und deren Anhänger bis 20 km/h mit mech. Bremsen
253	Joh. Konetzny	Deckenbach Belzenweg 1	12.9.1963	10	beschränkt: ld. u. fw. Zugmaschinen und deren Anhänger bis 20 km/h mit mech. Bremsen
254	Heinrich Kuhl	Lehrbach, Hauptstr. 34	12.9.1963	10	beschränkt: ld. u. fw. Zugmaschinen und deren Anhänger bis 20 km/h mit mech. Bremsen
255	Reinhold Lenz	Arnsheim Neustädter Str. 12	12.9.1963	10	beschränkt: ld. u. fw. Zugmaschinen und deren Anhänger bis 20 km/h mit mech. Bremsen
256	Johann Schweitzer	Stockheim bei Michelstadt	12.9.1963	10	beschränkt: ld. u. fw. Zugmaschinen und deren Anhänger bis 20 km/h mit mech. Bremsen
257	August Meyer	Michelstadt Frankfurter Str. 9	12.9.1963	10	Pkw u. Lkw der Fa. Adam Opel AG
258	Peter Melk	Griesheim, Wilhelm- Leuschner-Str. 74	13.9.1963	10	Pkw u. Lkw Fa. H. Glas und Auto-Union
259	Helmut Weiss & Söhne	Burg-Gemünden Elbenröderweg 2	19.9.1963	10	Pkw u. Lkw Fa. Adam Opel AG und Krafträder
260	Ernst Reimund	Gadernheim Niebelungenstr. 156	19.9.1963	10	Pkw Fa. Fiat
261	Autohaus Georg v. Opel u. Co., Offenbach	Zweigstelle Mühlheim Borsigstr. 2-4	20.9.1963	10	Pkw u. Lkw der Fa. Adam Opel AG
262	Auto-Lutz	Nieder-Klingen Schützenstr. 12	23.9.1963	10	Pkw Fiat, NSU, ld. u. fw. Zugmaschinen und deren Anhänger bis 20 km/h
263	Heinrich Koch	Ober-Bessingen Schulstr. 13	23.9.1963	10	ld. u. fw. Zugmaschinen bis 20 km/h mit mech. Bremsen
264	Georg Rese	Zell über Alsfeld Wiesenstr. 19	23.9.1963	10	ld. u. fw. Zugmaschinen und deren Anhänger bis 20 km/h mit mech. Bremsen
265	Philipp Thomas	Bauschheim Bischofsheimer Weg 7	23.9.1963	10	ld. u. fw. Zugmaschinen und deren Anhänger bis 20 km/h mit mech. Bremsen
266	Joh. Gg. Hooek & Sohn	Viernheim Weinheimer Str. 15	23.9.1963	10	Pkw: Daimler-Benz u. Auto-Union Lkw: Daimler-Benz bis 9 t
267	Georg Bickert	Gr. Zimmern Reinheimer Str. 84	23.9.1963	10	Pkw: Fiat
268	Hermann Bücking	Alsfeld Schaufußgasse 11	1.10.1963	10 u. 11	Pkw Glas u. Krafträder
269	Karl Josef Müller 5.	Eppertshausen Niederröderstr. 2	13.11.1963	10 u. 11	ld. Zugmaschinen bis 20 km/h u. Anhänger mit mech. Bremsen
270	Autohaus J. Müller	Homburg	2.10.1963	10 u. 11	Pkw u. Lkw u. Anhänger Daimler-Benz
271	Konrad Bernhard	Hähnlein Georg-Fröbe-Str. 38	4.10.1963	10 u. 11	ld. u. fw. Zugmaschinen u. Anhänger bis 20 km/h mit mech. Bremsen
273	Philipp Krämer	Reichelsheim Darmstädter Str. 42	3.10.1963	10 u. 11	VW
274	Bäuerl. Hauptgenossen- schaft	Gießen, An der Margaretenhütte 22	22.10.1963	10 u. 11	ld. u. fw. Zugmaschinen u. Anhänger bis 20 km/h mit mech. Bremsen
275	Herbert Hein	Trebur, Rüsselsheimer Str.	31.10.1963	10 u. 11	ld. u. fw. Zugmaschinen u. Anhänger bis 20 km/h mit mech. Bremsen
276	Karl Wind	Erbach, Neckarstr. 70	4.11.1963	10 u. 11	Pkw u. Krafträder Fiat, NSU-Prinz

Darmstadt, 6. 12. 1963

Der Regierungspräsident
III/4 — 66 1 22/01

Buchbesprechungen

Bundesentschädigungsgesetz. Bundesgesetz zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung mit der 1. bis 5. Durchführungsverordnung und den anderen Wiedergutmachungsvorschriften. Elfte, neubearbeitete Auflage mit den neu bekanntgegebenen geänderten Rententabellen. 1963, VIII, 326 S., kart. 8,50 DM. Verlag C. H. Beck, München und Berlin.

Nun ist die bewährte und von Kennern geschätzte Becksche Textausgabe „Bundesentschädigungsgesetz“ in der 11. Auflage mit dem Stand vom 1. Oktober 1963 erschienen. Anlaß für die Neubearbeitung war nicht nur der gute Absatz der vorhergegangenen Ausgabe, sondern auch die Verkündung der Vierten und Fünften Änderungsverordnung zum Bundesentschädigungsgesetz am 7. August 1963. Wesentlicher Inhalt dieser Änderungsverordnungen ist die Erhöhung der Mindestbeträge der Renten sowie der Renten allgemein. Auch andere Bestimmungen, wie z. B. Bestimmungen über das Ruhen, Erlöschen und Wiederaufleben der Renten, sind durch die erwähnte Vierte Verordnung günstiger gestaltet worden. Es ist hier nicht der Platz, um auf die Fortentwicklung des Entschädigungsrechts einzugehen. Deshalb mögen diese Hinweise genügen.

In der Öffentlichkeit wird manchmal nicht verstanden, daß die Abwicklung der Entschädigung für die Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung bis heute noch nicht abgeschlossen ist, zumal § 169 Abs. 1 Bundesentschädigungsgesetz vorgesehen hatte, daß die Ansprüche bis zum Ablauf des Rechnungsjahres 1962 zu befriedigen seien. Die Ursache für die lange Dauer der Ausführung des Gesetzes ist aber darin zu suchen, daß das Recht ständig fortgebildet wird und der Deutsche Bundestag sogar damit beschäftigt ist, das Bundesentschädigungsgesetz zu novellieren. Zahlreiche Bestimmungen des Gesetzes sollen abgeändert werden, in der Masse zugunsten der Verfolgten. Mit der Verkündung dieser Novelle ist jedoch kaum vor 1965 zu rechnen.

Die nun vorliegende 11. Auflage der Beckschen Textausgabe bringt das Werk auf den neuesten Stand und berücksichtigt alle inzwischen eingetretene Änderungen. Dies ist von erheblicher Bedeutung, weil die früher erschienenen großen Kommentare hinsichtlich der Bestimmungen des Gesetzes und der Verordnungen nicht mehr den neuesten Stand enthalten. Derjenige, der mehr oder weniger häufig mit Fragen des Bundesentschädigungsgesetzes zu tun hat, wird die neueste Ausgabe, wie auch die vorangegangenen, anschaffen.

Ministerialrat Oppenheimer

Privateigentum an Staatsfunktionen? Eine kritische Untersuchung am Beispiel der Technischen Überwachungsvereine von Dr. Hans Heinrich Rupp. Privatdozent an der Universität Tübingen. Recht und Staat, Heft 278. 1963, 33 S., 2,40 DM. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen.

Die Arbeit befaßt sich an Hand weniger Fragestellungen mit der verfassungsrechtlichen Problematik, die sich aus der heute keineswegs seltenen Praxis ergibt, daß staatliche Funktionen nicht durch Staatsorgane sondern durch Private vollzogen werden. Als klassisches Beispiel mit Hoheitsfunktionen beliehener Privater sind die Technischen Überwachungsvereine (TÜV) anzusehen. Durch die Entscheidung des BGH vom 30. 9. 1957 (NJW 1957 S. 1927 und 1958 S. 222) sind die Probleme in voller Schärfe sichtbar geworden. In dem zitierten Urteil ist dem Technischen Überwachungsverein Frankfurt am Main dem Grunde nach ein Entschädigungsanspruch aus dem Eingriff, der in der Entziehung der Befugnisse und ihrer Ausübung durch Behörden gesehen wird, zuerkannt worden (Hessisches Gesetz über die Neuordnung der Technischen Überwachung vom 19. 8. 1947 [GVBl. S. 78]).

Der Verfasser bezeichnet mit Recht das Vorstellungsbild des BGH, das stillschweigend von der Gleichwertigkeit der Bewältigung von Staatsfunktionen durch Staatsbehörden und durch Private ausgeht und darüber hinaus staatliche Funktionen, sind sie einmal in die Hände eines Privaten gelangt, in den grundrechtlichen Schutz des Privateigentums einbezieht und mit dem Staat konfrontiert, als höchst bedenklich. Eine konsequente Weiterverfolgung der Überlegungen des BGH ließe es verfassungsrechtlich auch niemals zu, den Technischen Überwachungsvereinen ihre einmal ausgeübte Kontrollbefugnis zu nehmen. Im ganzen führt die vom BGH intendierte Betrachtungsweise dazu, daß staatsfunktionelle Kompetenzen der Technischen Überwachungsvereine als bestandskräftiges Eigentum domizilliert und zu einer gegen den Staat gerichteten Position grundrechtlicher Freiheit umgeprägt werden.

Der Verfasser weist nach, daß es sich bei der Überwachungstätigkeit der TÜV um die Ausübung spezifischer Staatsfunktionen handelt und daß staatliche Funktionen niemals als Individualeigentum erwerbbar sind. Im übrigen werden in einer Analyse schwerwiegende Bedenken gegen die amtlichen Überwachungsfunktionen der TÜV erhoben. Bei den TÜV fehlt nicht nur die dienstrechtlich vollzogene Pflichttransformation und die damit verbundene Rechtsverantwortung der Prüfer, sondern es ist nicht einmal ein Staatsorgan vorhanden, das als solches der Grundrechtsbindung untersteht.

Der Bundesgerichtshof habe in seinem Urteil alle diese Konsequenzen außer acht gelassen, offenbar aus der Einseitigkeit seiner Blickrichtung und seiner Methode des Vorgehens. Das Ergebnis seiner wirtschaftlichen Betrachtungsweise lag in der Erwägung, der von den TÜV ins Werk gesetzte personelle und sachliche Apparat werde dann wertlos, wenn er durch Entzug der Überwachungskompetenz seiner wirtschaftlichen Ertragsfähigkeit beraubt werde. Die vom BGH unter der wirtschaftlichen Betrachtungsweise erfolgte Subsumtion der verschiedenen Rechtspositionen unter die angeblich wirtschaftliche Gemeinsamkeit „Eigentum“ ist falsch. Das Eigentum ist weder ein Ding

noch ein wirtschaftlicher Wert sondern eine Position des Rechts. Der BGH hat unbewiesen etwas als selbstverständlich unterstellt, was gerade beweisbedürftig ist. Es wird in den angeblich mit dem „Eigentum“ identischen potentiellen Wirtschaftswert eines Gegenstandes eine Rechtsbefugnis hineingelesen, um in ihrer Entziehung eine Entziehung sehen zu können. Hierin verbergen sich folgenschwere Fehlschlüsse, die wesentliche Elemente unserer Verfassungsordnung bedrohen.

Der Verfasser kommt zusammengefaßt zu folgendem Ergebnis:

1. Aus einer Übertragung staatlicher Funktionen auf Private entspringen gewichtige Bedenken hinsichtlich des Grundrechtsschutzes, der gerichtlichen Rechtskontrolle oder der Staatshaftung, die berücksichtigt werden müssen.

2. Die Zuweisung der amtlichen Überwachungskompetenzen an die Technischen Überwachungsvereine begründet ein Eigentumsrecht an diesen Funktionen weder der Vereine selbst noch ihrer Angestellten. Die Länderregierungen sind befugt, den Technischen Überwachungsvereinen die von ihnen bisher ausgeübten Befugnisse ohne Entfeignungsentschädigung zu nehmen und auf Staatsorgane zu übertragen.

3. Soweit der Staat Überwachungsfunktionen an sich zieht und dafür sein Organisationsgefüge bereitstellt, ergibt sich eine ähnliche Situation wie bei der „Amterauflösung“ der Funktions- oder Gesamtrechtsnachfolge. Das Abwicklungsverhältnis läßt sich nach den diesbezüglichen Abwicklungsgrundsätzen sachgerecht bewerkstelligen.

Dem Verfasser ist für die gründliche und schlüssige Darstellung des schwierigen Fragenkomplexes, der der Referent in allen wesentlichen Punkten wörtlich gefolgt ist, sehr zu danken. Das Vorbringen des Landes Hessen in dem vom Technischen Überwachungsverein Frankfurt (Main) gegen das Land angestregten Prozeß findet eine rechtlich gut fundierte vielleicht nicht zu späte Rechtfertigung.

Ministerialrat Dr. Gliwitzky

Deutscher Beamtenkalender 1964, herausgegeben vom Deutschen Beamtenbund. 528 S., 4,50 DM. Verlagsanstalt des Deutschen Beamtenbundes, Deutscher Beamten-Verlag GmbH, Bad Godesberg.

Der Deutsche Beamtenkalender erscheint auch vor Beginn des Jahres 1964 mit gewohnter Pünktlichkeit. Er erscheint zum zehnten Male¹⁾. Sein äußeres Gewand ist ein wenig verändert. Statt in einen unbiegsamen Leinwandband ist der Kalender in diesem Jahr in einen flexiblen Kunststoff eingebunden. Das macht den Band noch griffiger und trotz seiner 528 Seiten noch handlicher.

Neben allgemeinen wissenswerten Daten (Feiertage, Postgebühren, Entfernungen, Kraftfahrzeugkennzeichen usw.) und außer den vielen beamtenrechtlichen Informationen (Hinweise, Übersichten, Kurzdarstellungen) sind in vollem Wortlaut — meist mit kurzen Anmerkungen — abgedruckt: Grundgesetz, Beamtenrechtsrahmengesetz, Bundesaufbahnverordnung, Bundesbesoldungsgesetz, Unterhaltszuschußverordnung, Bestimmungen über die Kraftfahrzeughaltung und über Wohnungsfürsorge²⁾. Dieser Band enthält den vollen Wortlaut des BAT mit den Tabellen über die Grundvergütungen usw. Das ist gesehen, weil § 7 der auf Seite 56 ff. abgedruckten Satzung des Deutschen Beamtenbundes eine besondere Arbeitsgruppe für die dem Tarifrecht unterliegenden Angestellten gebildet hat. Der weitere Inhalt entspricht nach Art und Gliederung im wesentlichen den früheren Jahrgängen. Er ist auf den neuesten Stand gebracht und enthält auf Seite 148 ff. „eine Zusammenfassung der Beamtenrechtsprechung in Kommentatform“.

Wie im Vorjahr³⁾ enthält auch der Kalender 1964 wieder einen Gesetzentwurf auf dem Gebiet des Beamtenrechts, mit dessen Verabschiedung bei Zusammenstellung des Kalenders gerechnet werden konnte. Es ist diesmal der Entwurf eines Gesetzes über die Umzugskostenvergütung und Trennungentschädigung für die Bundesbeamten, Richter im Bundesdienst und Soldaten — BUKG — (S. 424 ff.). Der Text entspricht der Bundesratsdrucks. 164/63 und der Bundesratsdrucks. IV/1441. Der Bundestag hat den Entwurf nur geringfügig geändert (Bundesratsdrucks. IV/1761). Da der Bundesrat dem Gesetz zugestimmt hat (560/63, Beschluß vom 20. 12. 1963), ist mit der baldigen Verabschiedung zu rechnen. Die Schlußnovelle zum G 131 schwebt noch (Bundesratsdrucks. 496/63).

Der Beamtenkalender ist auch für 1964 wieder ein handliches und praktisches Informations- und Arbeitsmittel für alle am Beamtenrecht Interessierten.

Oberregierungsrat Dr. Reuß

¹⁾ Wegen der Besprechungen der früheren Jahrgänge siehe StAnz. 1959 S. 194; 1960 S. 149 und 1489; 1962 S. 266; 1963 S. 175.

²⁾ Zu den auf S. 442 erwähnten Bestimmungen kommen noch die Miet- und Lastenbeihilferichtlinien aus dem GMBl. 1963 S. 416.

³⁾ Der damals abgedruckte Entwurf eines Dritten Besoldungserhöhungsgesetzes ist als Gesetz vom 21. 2. 1963 im BGBl. I S. 132 verkündet worden. Die Harmonisierungsnovelle (S. 265 Fußnote) ist zum Zweiten Gesetz zur Änderung beamtenrechtlicher und besoldungsrechtlicher Vorschriften vom 18. 12. 1963 (BGBl. I S. 901) geworden.

Die hier besprochenen Bücher können durch den **Verlag Kultur und Wissen GmbH, Abt. Buchvertrieb,** Wiesbaden, Herrnmühlgasse 11A, zu Originalpreisen bezogen werden.

1964

Montag, den 3. Februar 1964

Nr. 5

Veröffentlichungen

261

Bekanntmachung Gewerberechtliche Genehmigung gemäß §§ 16 und 25 GewO

Die Firma Oskar Hauke u. Söhne, Willingen, Briloner Straße 41, hat auf dem Grundstück, Flur 17, Flurstück 16/1, der Gemarkung Willingen für den Mineralmahlbetrieb einen neuen Vorbrecher und Silobehälter aus Stahl eingebaut und plant die

Erweiterung der vorhandenen Silogebäude
Sie hat die gewerberechtliche Genehmigung gemäß §§ 16 und 25 GewO für die bereits durchgeführten und geplanten Erweiterungsbauten beantragt.

Gegen die Erteilung der Genehmigung können innerhalb 14 Tagen nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung bei meiner Behörde, Korbach, Louis-Peter-Str. 55, Zimmer 102, Einwendungen erhoben werden, und zwar entweder zu Protokoll oder schriftlich in doppelter Ausfertigung.

Die Bauunterlagen (Beschreibungen, Zeichnungen und Pläne) liegen bei meiner Behörde aus. Der Termin zur mündlichen Erörterung der rechtzeitig erhobenen Einsprüche findet

am Montag, dem 24. Februar 1964
um 9 Uhr,

bei meiner Behörde, Korbach, Louis-Peter-Straße 55, Zimmer 201, statt.

Ich weise darauf hin, daß über die Einsprüche auch dann verhandelt wird, wenn der Unternehmer oder die Widersprechenden nicht erscheinen.

354 Korbach, 17. 1. 1964

Der Landrat des Landkreises Waldeck
II/4 73g 06/01
Dr. Reccius

Gerichtsangelegenheiten

262

Zulassung als Rentenberater

Dem Herrn Otto Schenk, wohnhaft in Gießen, Friedensstraße 43, habe ich die Erlaubnis erteilt, als Rentenberater mit dem Sitz in Gießen tätig zu werden.

Diese Erlaubnis erstreckt sich nicht auf das mündliche Verhandeln vor Gericht.

63 Gießen, 15. 1. 1964

Der Landgerichtspräsident
— Sch 146 —

263 **Aufgebote**

5 F 6/63 — **Ausschlussurteil:** 1. der Grundschuldbrief über 10 000 Goldmark nebst 5,5% Zinsen; 2. der Grundschuldbrief über 5000 Reichsmark nebst 5% Zinsen, beide eingetragen für das Mathildienstift Butzbach, Rechtsnachfolgerin Kreissparkasse Friedberg (Hessen), im Grundbuch von Butzbach, 1. Band 40, Blatt 1896, Abt. III Nr. 11 und 12; 2. Band 38, Blatt 1843, Abt. III Nr. 1 und 2; 3. Band 41, Blatt 1909, Abt. III Nr. 2 und 3, sind kraftlos (Urteil vom 14. 1. 1964).

6308 Butzbach, 14. 1. 1964 **Amtsgericht**

264

F 8/63 — **Aufgebot:** Der Rentner Adolf Hess in Büches — vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Blaschke, Büdingen — hat gemäß § 927 BGB beantragt, den Konrad Naumann II. und dessen Ehefrau Margarethe Naumann, geb. Wagner, in Büches, bezüglich des Grundstücks, Grundbuch von Büches, Band 1, Blatt 368, Flur 2, Nr. 20, Ackerland, Im großen Garten, 2,21 Ar, als Eigentümer auszuschließen.

Die Vorgenannten, im Grundbuche als Eigentümer Eingetragenen, werden aufgefördert, spätestens in dem auf Mittwoch, den 1. Juli 1964 um 11 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 10, anberaumten Aufgebotstermin ihre Rechte anzumelden, widrigenfalls ihre Ausschließung erfolgen wird.

647 Büdingen, 9. 1. 1964 **Amtsgericht**

265

F 9/63 — **Aufgebot:** Der Landwirt Rudolf Mäser in Büches — vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Blaschke, Büdingen — hat gemäß § 927 BGB beantragt, den Tagelöhner Christian Naumann in Büches, bezüglich des Grundstücks, Grundbuch von Büches, Band 1, Blatt 367, Flur 3 Nr. 3, Ackerland, Am Friedhof, 10,13 Ar, als Eigentümer auszuschließen.

Der Vorgenannte, im Grundbuch als Eigentümer Eingetragene wird aufgefördert, spätestens in dem auf Mittwoch, den 1. Juli 1964 um 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 10, anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden, widrigenfalls seine Ausschließung erfolgen wird.

647 Büdingen, 9. 1. 1964 **Amtsgericht**

266

F 1/64 — **Aufgebot:** Der Landwirt Josef Weber in Körnbach — vertreten durch Rechtsanwalt Karl Heinemann in Hünfeld — hat das Aufgebot zur Ausschließung der Miteigentümer

lfd. Nr. 11, des im Grundbuch von Körnbach, Band 2, Artikel 32, eingetragenen Grundstücks, Gemarkung Körnbach, Flur 1, Flurstück 139, Wasserfläche (Graben), Dietzholz, 3,76 Ar, beantragt.

Die im Grundbuch eingetragenen Miteigentümer zu $\frac{1}{2}$ Anteilen, Eheleute Bauer Johannes Oitmann und Frau Luzia geborene Wiegand in Körnbach in Gütergemeinschaft, werden aufgefördert, spätestens in dem auf den 22. April 1964 um 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 11, anberaumten Aufgebotstermin ihr Recht anzumelden, widrigenfalls ihre Ausschließung erfolgen wird.

6418 Hünfeld, 16. 1. 1964

Amtsgericht

267

3 F 1/64 — **Aufgebot:** Der Gärtner Adolf Plettenberg aus Sachsenberg hat das Aufgebot zur Ausschließung des Eigentümers des im Grundbuch von Sachsenberg, Band 5, Artikel 123, eingetragenen Grundstücks (Gemarkung Sachsenberg), Flur 11,

Flurstück 25, Acker, der Rachenbergsgraben, Fröße 19,18 Ar) beantragt (§ 927 BGB).

Im Grundbuch ist der Landwirt Ludwig Weber aus Sachsenberg als Eigentümer eingetragen. Der bisherige Eigentümer wird aufgefördert, spätestens in dem auf den 14. Mai 1964 um 9 Uhr vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 5, anberaumten Aufgebotstermin sein Recht anzumelden, widrigenfalls seine Ausschließung erfolgen wird.

354 Korbach, 21. 1. 1964

Amtsgericht

268

F 3/63 — **Aufgebot:** Der Rentner Konrad Karl Oestreich, wohnhaft in Lauterbach (Hessen), Eichenweg 24, hat gemäß § 927 BGB das Aufgebot zur Ausschließung der Eigentümerin der im Grundbuch von Lauterbach, Band VI, Blatt 258, verzeichneten Grundstücks,

lfd. Nr. 2, Flur 6, Nr. 57, Gartenland, Das oberste Lückenteil, Größe 2,42 Ar, zur Zeit eingetragen auf Katharina Haag, geb. Oestreich, Witwe des Andreas Haag, beantragt.

Die eingetragene Eigentümerin ist am 4. 2. 1889 in Bockenheim verstorben.

Die Erben sowie deren Rechtsnachfolger werden aufgefördert spätestens in dem auf Dienstag, den 7. April 1964 um 9 Uhr vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotstermin ihre Rechte anzumelden, widrigenfalls Ausschließung erfolgen wird.

642 Lauterbach (Hessen), 22. 1. 1964

Amtsgericht

269

F 1/58: Der Brief über die im Grundbuch von Schotten, Band 42, Blatt 2163, in Abt. III, Nr. 1, für Emmi Neumann, Ww. geb. Schlörb in Schotten eingetragene Hypothek ist kraftlos (Urteil vom 23. 1. 1964).

6479 Schotten, 23. 1. 1964 **Amtsgericht**

270 **Güterrechtsregister**

GR 125 — 14. 1. 1964: Die Eheleute 1. Fabrikantin Irma Katrine Meyer, verw. Plüntsch, geb. Kuhrt, 2. Kaufmann Karl-Heinz Meyer, beide Arolsen, Neuer Garten 1, haben durch Vertrag vom 12. 12. 1963 Gütertrennung vereinbart.

3548 Arolsen, 13. 1. 1964 **Amtsgericht**

271

GR 126 — 14. 1. 1964: Die Eheleute 1. Dagmar Abert, geb. Haupt, 2. Kurt Abert, beide in Wrexen, haben durch Vertrag vom 23. 12. 1962 Gütertrennung vereinbart.

3548 Arolsen, 13. 1. 1964 **Amtsgericht**

272

Neueintragung

GR 774 — 9. Januar 1964: Facharbeit Alois Scharf und Ehefrau Margarete, geb. Krämer, beide in Bickenbach.

Durch Vertrag vom 16. Oktober 1963 ist Gütergemeinschaft vereinbart.

614 Bensheim, 9. 1. 1964 **Amtsgericht**

273

Neueintragung

GR 775 — 9. Januar 1964: Studienrat Heinrich Herrmann und Ehefrau Cäcilia, geb. Weyer, beide in Heppenheim.

Durch Vertrag vom 27. September 1963 ist Gütertrennung vereinbart.

614 Bensheim, 9. 1. 1964 **Amtsgericht**

274

GR 99 — Eintragung vom 22. Januar 1964: Landwirt (z. Z. Stänzer) Günter Holighaus und Ehefrau Elfriede geb. Müller in Endbach, Kreis Biedenkopf.

Durch Vertrag vom 19. November 1963 ist Gütergemeinschaft vereinbart. Das Gesamtgut wird von dem Mann verwaltet.

3568 Gladenbach, 22. 1. 1964 **Amtsgericht**

275

GR 100 — Eintragung vom 22. Januar 1964: Schreiner Christoph Kiehn und Ehefrau Elfriede geb. Müller in Wommelshausen-Hütte, Kreis Biedenkopf.

Durch Vertrag vom 25. November 1963 ist Gütergemeinschaft vereinbart. Die Ehegatten verwalten das Gesamtgut gemeinschaftlich.

3568 Gladenbach, 22. 1. 1964 **Amtsgericht**

276

GR 259 — Eheleute Gemeindearbeiter Walter Willy Gregorzik und Marie Elisabeth geb. Kommel in Burghaun, Kreis Hünfeld.

Durch Vertrag vom 11. Dezember 1963 ist Gütergemeinschaft vereinbart. Die Ehegatten verwalten das Gesamtgut gemeinschaftlich.

6418 Hünfeld, 20. 1. 1964 **Amtsgericht**

277

GR 260: Eheleute Landwirt Alfred Schott und Ursula Marlene geb. Eidam in Neukirchen, Kreis Hünfeld.

Durch Vertrag vom 17. Dezember 1963 ist Gütergemeinschaft vereinbart. Die Ehegatten verwalten das Gesamtgut gemeinschaftlich.

6418 Hünfeld, 20. 1. 1964 **Amtsgericht**

278

GR 261 — Eheleute Maurer Hermann August Franz Güb und Gerda Elisabeth geb. Kneifel in Ufhausen, Kreis Hünfeld.

Durch Vertrag vom 17. Dezember 1963 ist Gütergemeinschaft vereinbart. Die Ehegatten verwalten das Gesamtgut gemeinschaftlich.

6418 Hünfeld, 22. 1. 1964 **Amtsgericht**

279

GR 257: Eheleute Bauer Anton Ludwig Laibach und Maria Justina, geb. Krenzer, in Gotthards, Kreis Hünfeld.

Durch Vertrag vom 18. November 1963 ist Gütergemeinschaft vereinbart. Die Ehegatten verwalten das Gesamtgut gemeinschaftlich.

6418 Hünfeld, 16. 1. 1964 **Amtsgericht**

280

GR 258: Eheleute Schreiner Helmut Karl Gatterdam und Erika Maria, geb. Sauer, in Silges, Kreis Hünfeld.

Durch Vertrag vom 23. Januar 1963 ist Gütergemeinschaft vereinbart. Die Ehegatten verwalten das Gesamtgut gemeinschaftlich.

6418 Hünfeld, 17. 1. 1964 **Amtsgericht**

281

Neueintragung

GR 246 — 20. Dezember 1963: Die Eheleute Gerhard Otto Müller, Fabrikant, und Marianne Helene, geb. Wähler, Herbornseelbach (Dillkreis), Am Bahnhof, haben durch notariellen Vertrag vom 2. Dezember 1963 Gütertrennung unter Aufhebung der Zugewinnngemeinschaft vereinbart.

6348 Herborn, 19. 12. 1963 **Amtsgericht**

282

GR 1083 A — 11. 11. 1963: Behrens, Bernd Christian, Kaufmann, Kassel, und Sibylle Renate Erika geborene Brudermüller. Gütertrennung durch Vertrag vom 26. August 1963.

GR 1084 — 11. 11. 1963: Heede Johannes Karl Wilhelm, Kaufmann, Kassel, und Gisela Ellen geborene Baumert. Gütertrennung durch Vertrag vom 24. September 1963.

GR 1084 A — 13. 11. 1963: Rosemeier, Otfried Paul, Molkereimeister, Kassel, und Clara geborene Block. Gütertrennung durch Vertrag vom 30. August 1963.

GR 1085 — 25. 11. 1963: Schade, Manfred Heinrich, Ingenieur, Ihringshausen, und Brigitte geborene Hamel. Gütertrennung durch Vertrag vom 6. August 1963.

GR 1085 A — 25. 11. 1963: Gaußmann, Günter, Schreiner, Kassel, und Marga geborene Bursy. Gütertrennung durch Vertrag vom 22. Oktober 1963.

GR 1086 — 26. 11. 1963: Stiep, Friedrich Karl, Kaufmann, Kassel, und Barbara Waltraud geborene Katzenmaier. Gütertrennung durch Vertrag vom 23. September 1963.

GR 1086 A — 26. 11. 1963: Heimroth, Heinrich Hermann Herbert, Kraftfahrer, Kassel, und Karin Waltraud Friederike Elsa geborene Scheidler. Gütertrennung durch Vertrag vom 3. Oktober 1963.

GR 1087 — 27. 11. 1963: Rickert, Paul Anton Karl, Masseur und med. Bademeister, Kassel, und Wilma Marie Elfriede geborene Weckeßer. Gütertrennung durch Vertrag vom 26. September 1963.

GR 1087 A — 28. 11. 1963: Köhler, Harry, techn. Angestellter, Obervellmar, und Elisabeth geborene Schäfer. Gütertrennung durch Vertrag vom 21. Oktober 1963.

GR 1088 — 28. 11. 1963: Philipps, Herbert Eduard, Schauspieler, Kassel, und Margarete Elisabeth geborene Ehrhardt. Gütertrennung durch Vertrag vom 9. Oktober 1963.

GR 1088 A — 4. 12. 1963: Bluhme, Alexander, Kaufmann, Kassel, und Heide geborene Bräuer. Gütertrennung durch Vertrag vom 23. Oktober 1963.

GR 1089 — 4. 12. 1963: Schaefer, Otto Oskar Hans Werner, Gerichtsreferendar, Kassel, und Marion Maria geborene Nehlsen. Gütertrennung durch Vertrag vom 18. September 1963.

GR 1089 A — 5. 12. 1963: Christmann, Lothar Wilhelm, Kaufmann, Niederkaufungen, und Erika Elfriede geborene Schneider. Gütertrennung durch Vertrag vom 31. Oktober 1963.

GR 1090 — 12. 12. 1963: Wagner, Arno Wolfgang Claus, Handelsvertreter, Breitenbach, und Erika Lucie geborene Kolodziej. Gütertrennung durch Vertrag vom 21. Oktober 1963.

35 Kassel, 21. 1. 1964 **Amtsgericht**

283

Neueintragung

GR II 438 — 16. Januar 1964: Ludwig Müller, technischer Angestellter, und Ehefrau Anna Müller, geb. Fiedler, beide in Landenhausen, Kreis Lauterbach (Hessen), wohnhaft.

Durch notariellen Vertrag vom 2. Januar 1964 ist Gütergemeinschaft aufgehoben, Zugewinnngemeinschaft ausgeschlossen und Gütertrennung vereinbart.

642 Lauterbach (Hessen), 16. 1. 1964 **Amtsgericht**

284

Neueintragung

Rü GR 128: Durch Vertrag vom 23. 7. 1963 haben die Eheleute Fritsch, Theodor Otto, in Rüsselsheim (Main), Friedrich-Ebert-Straße 53, und Ellen geb. Schnepf Gütertrennung vereinbart.

609 Rüsselsheim, 23. 1. 1964 **Amtsgericht Groß-Gerau
Zweigstelle Rüsselsheim**

285

GR 308: Eheleute Zimmermann Alfred Hofmann und Frau Emma Hofmann, geb. Anderle, Großalmerode.

Der Mann hat das Recht der Frau, innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises seine Geschäfte für ihn zu besorgen, abgeschlossen.

343 Witzenhausen, 16. 12. 1963 **Amtsgericht**

286

GR 309: Eheleute Kaufmann Paul Emil Goebel und Frau Anneliese Marie Goebel, geb. Neubert, beide in Bad Sooden-Allendorf.

Die Eheleute haben durch Ehevertrag den gesetzlichen Güterstand ausgeschlossen und Gütertrennung vereinbart.

343 Witzenhausen, 30. 12. 1963 **Amtsgericht**

287

Nachlasssachen

Beschluss

4 VI 1266/63: Für den Nachlaß des am 11. 11. 1962 in Darmstadt, seinem letzten Wohnsitz verstorbenen, zuletzt daselbst wohnhaft gewesenen Apotheker Günther Roeder, wird Nachlaßverwaltung angeordnet.

Als Nachlaßverwalter wird Herr Wirtschaftsprüfer Heinrich Ganzmann in Darmstadt, Rosenhöweg 22, bestellt.

61 Darmstadt, 23. 1. 1964 **Amtsgericht, Abt. 4**

288

Vereinsregister

Neueintragung

VR 79 — 17. 1. 1964: Weyrauch & Braun — Unterstützungskasse e. V., Bad Nauheim.

635 Bad Nauheim, 17. 1. 1964 **Amtsgericht**

289

Neueintragung

VR 157 — 9. Januar 1964: Schillerbund — Deutscher Kulturverband, Sitz Bensheim.

614 Bensheim, 9. 1. 1964 **Amtsgericht**

Rechtsanwalt Heinrich Merk, Kassel, Friedrichstraße 14.

Konkursforderungen sind bis zum 16. 3. 1964 beim Amtsgericht — zweifach — anzumelden.

Termin zur Beschlussfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in den §§ 132, 134 und 137 KO bezeichneten Gegenstände: 20. Februar 1964 um 9 Uhr, und Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen: 9. 4. 1964 um 8 Uhr, jeweils im Gerichtsgebäude Kassel, Frankfurter Straße 11 (Saalbau), Zimmer 143.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Masse abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 12. Februar 1964 anzeigen.

35 Kassel, 14. 1. 1964 **Amtsgericht**

310

50 N 22/59: Das **Konkursverfahren** über das Vermögen der Fleischsalatfabrik Kassel, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Kassel, Erzberger Str. 36—38, ist durch Beschluß vom 17. Januar 1964 aufgehoben worden.

35 Kassel, 17. 1. 1964 **Amtsgericht**

311

50 N 22/61: Das übergeleitete **Nachlaßkonkursverfahren** über das Vermögen des Kaufmanns Heinrich (genannt Henner) August Wilhelm Kaufholdt, Kassel, Lutherplatz 3, zuletzt wohnhaft in Braunschweig, Sollingstraße 20, ist durch Beschluß vom 22. Januar 1964 aufgehoben worden.

35 Kassel, 22. 1. 1964 **Amtsgericht**

312

N 1/64 — **Konkursverfahren**: Über den Nachlaß des am 8. Oktober 1963 verstorbenen Otto Nieratzky, zuletzt wohnhaft gewesen in Michelstadt (Odenw.), ist am 22. Januar 1964 um 8 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet worden.

Konkursverwalter ist Frau Rechtsanwältin Krois, Michelstadt (Odenw.).

Konkursforderungen sind bis zum 16. 3. 1964 anzumelden. Termin zur Beschlussfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132, 134 und 137 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände am 20. Februar 1964 um 15 Uhr und Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen am 24. März 1964 um 15 Uhr, Zimmer 11.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht 28. Februar 1964.

612 Michelstadt, 22. 1. 1964 **Amtsgericht**

313

62 N 34/63: In dem **Konkursverfahren** der Eheleute Friedl und Kurt Petrack in Wiesbaden, Loreleyring 5 und Wiesbaden-Dotzheim, Am Bahnhof (Amtsgericht Wiesbaden, 62 N 34/63) soll die Schlußverteilung erfolgen. Zur Verfügung stehen ungefähr 10 000,— DM.

Zu berücksichtigen sind: In Rangklasse 1, 1038,30 DM, in Rangklasse 2, 3197,71 DM, in Rangklasse 3, 155,80 DM, in Rangklasse Nr. 4, 173,— DM, in Rangklasse 5, 3660,— Deutsche Mark, in Rangklasse 6, 13 778,06 Deutsche Mark.

62 Wiesbaden, 28. 1. 1964

Der Konkursverwalter
Rüdiger Zilken
Rechtsanwalt

314

62 N 4/64 — **Konkursverfahren**: Über das Vermögen der Internationalen Studiengesellschaft für wirtschaftliche, wissenschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit e. V. in Wiesbaden, Theodorenstr. 6—8, vertreten durch seinen Vorstand, wird heute, am 21. Januar 1964, 11 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Volkswirt Kurt Bormann in Wiesbaden, Beethovenstraße 14. Anmeldefrist (2 Stück) bis zum 27. Februar 1964. Erste Gläubigerversammlung und Prüfungstermin am 2. März 1964 um 9 Uhr, Zimmer 304. Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 27. Februar 1964.

62 Wiesbaden, 21. 1. 1964 **Amtsgericht**

315

3 VN 3/63 — **Vergleichsverfahren**: Über das Vermögen des Kaufmanns Heinz Herdina, Inhaber einer Großhandlung für Weine, Spirituosen, Konserven, Biere und alkoholfreie Getränke, Wetzlar, Braunfelder Straße 62—64, ist am 21. Januar 1964 um 12.30 Uhr, das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet worden.

Vergleichsverwalter ist Rechtsanwalt und Notar Dr. Schmidt, Wetzlar.

Vergleichstermin am 27. Februar 1964 um 9 Uhr, vor dem Amtsgericht Wetzlar, Saal Nr. 49.

Die Gläubiger werden aufgefordert, ihre Forderung alsbald in doppelter Ausfertigung anzumelden.

Der Antrag auf Eröffnung des Verfahrens nebst Anlagen und das Ergebnis der weiteren Ermittlungen sind auf der Geschäftsstelle zur Einsicht der Beteiligten niederzulegen.

633 Wetzlar, 21. 1. 1964 **Amtsgericht**

Zwangsversteigerungen

Sammelbekanntmachung. Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert, und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt, und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, alsbald spätestens zwei Wochen vor dem Termin eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

316

Beschluß

K 13/63: Die im Grundbuch von Bad Hersfeld, Band 97, Blatt 3594, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 143, Gemarkung Bad Hersfeld, Flur 3, Flurstück 117/1, Ackerland, Am Wehneberg, 10,40 Ar,

lfd. Nr. 143, Gemarkung Bad Hersfeld, Flur 3, Flurstück 117/2, Ackerland, Am Wehneberg, 10,38 Ar,

lfd. Nr. 143, Gemarkung Bad Hersfeld, Flur 3, Flurstück 117/3, Ackerland, Am Wehneberg, 10,41 Ar,

lfd. Nr. 143, Gemarkung Bad Hersfeld, Flur 3, Flurstück 117/4, Ackerland, Am berg, 10,38 Ar,

sollen am 9. März 1964 um 9.00 Uhr im Gerichtsgebäude Bad Hersfeld, Dudenstraße 10, Zimmer 12, durch Zwangsvollstreckung, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 18. 12. 1963 (Tag des Versteigerungsvermerks): Firma Georg Braun Kommanditgesellschaft in Hersfeld.

Der Wert der Grundstücke wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 4,— DM pro Quadratmeter.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

643 Bad Hersfeld, 22. 1. 1964 **Amtsgericht**

317

61 K 18/62: Das im Grundbuch von Malchen, Band 7, Blatt 333, eingetragene Grundstück,

Nr. 5, Gemarkung Malchen, Flur 1, Flurstück 237/1, Hof- und Gebäudefläche, Am Dollacker 9, Größe 10,96 Ar,

soll am Donnerstag, dem 19. März 1964 um 10 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Mathildenplatz 12, Saal 418, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 9. April 1962 (Tag des Versteigerungsvermerks): Elisabeth Hildegard Hercher, geb. Keller, in Darmstadt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

61 Darmstadt, 20. 1. 1964 **Amtsgericht**

318

61 K 39/63: Das im Grundbuch von Darmstadt, Bezirk III, Band 23, Blatt 1103, eingetragene Grundstück,

Nr. 1, Gemarkung Darmstadt, Flur 3, Flurstück 1064, Hof- und Gebäudefläche, Kahlerstraße 28, Größe 3,25 Ar,

soll am Donnerstag, dem 19. März 1964 um 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Mathildenplatz 12, Saal 418, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 7. 10. 1963 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kaufmann Stephan Kappel, Frankfurt (Main).

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

61 Darmstadt, 16. 1. 1964 **Amtsgericht**

319

8 K 18/62: Die ideelle Hälfte des im Grundbuch von Niederroßbach, Band 14, Blatt 537, eingetragenen Grundstücks,

Nr. 1, Gemarkung Niederroßbach, Flur Nr. 15, Flurstück 213/5, Hof- und Gebäudefläche, Dillenburger Straße, Größe 7,09 Ar, soll am 25. März 1964 um 10 Uhr, im Gerichtsgebäude Dillenburg, Wilhelmstr. 7, Zimmer 18, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 16. Aug. 1962 (Tag des Versteigerungsvermerks): Ehefrau Adelheid Wohlrab, geb. Eismann, in Oberroßbach.

Der Wert der Grundstückshälfte ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt worden auf 12 000 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

634 Dillenburg, 14. 1. 1964 **Amtsgericht**

320

Beschluß

6 K 10/63: Das im Grundbuch von Abterode, Band 24, Blatt 706, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 7, Gemarkung Vockerode, Flur 9, Flurstück 40, Ackerland, Die Landwehr, 26,82 Ar,

soll am Mittwoch, 8. April 1964 um 9 Uhr im Gerichtsgebäude Eschwege, Bahnhofstraße 30, Zimmer 109, durch Zwangsvollstreckung, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 15. Juli 1963 (Tag des Versteigerungsvermerks): Frau Elfriede Windemuth, geb. Greiner, Abterode Nr. 39.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG auf 1050,— DM festgesetzt worden.

Auf der Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

344 Eschwege, 8. 1. 1964 **Amtsgericht**

321

Beschluß

6 K 13/63: Die ideelle Hälfte der im Grundbuch von Germerode, Band 34, Blatt Nr. 1111, eingetragenen Grundstücke, Gemarkung Germerode:

lfd. Nr. 4, Flur 15, Flurstück 102, Hof- und Gebäudefläche, Mönchhofer Gasse 9, Größe 2,44 Ar;

lfd. Nr. 5, Flur 15, Flurstück 177/106, desgleichen, 0,12 Ar,

lfd. Nr. 6, Flur 15, Flurstück 236/103, Gartenland, In der Mönchhofer Gasse, 6,15 Ar,

sollen am Mittwoch, 15. April 1964 um 9.00 Uhr im Gerichtsgebäude Eschwege, Bahnhofstraße 30, Zimmer 109, durch Zwangsvollstreckung, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer der Grundstückshälfte am 31. Oktober 1963 (Tag des Versteigerungsvermerks): Gastwirt Heinrich Emil Cathercy, Homberg, Bezirk Kassel, Untergasse 2.

Der Wert der Grundstückshälften ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt: lfd.

Nr. 4 und 5 auf 6920,— DM, lfd. Nr. 6 auf 307,50 DM; zusammen 7227,50 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

344 Eschwege, 15. 1. 1964 **Amtsgericht**

322

Beschluß

6 K 9/63: Die im Grundbuch von Markershausen, Band 2, Blatt 56, eingetragenen Grundstücke, Gemarkung Markershausen:

lfd. Nr. 1, Flur 5, Flurstück 13, Hof- und Gebäudefläche, Im Dorf, Haus Nr. 7, Größe 1,11 Ar,

lfd. Nr. 2, Flur 5, Flurstück 14, Hofraum, daselbst, 8,25 Ar,

lfd. Nr. 3, Flur 7, Flurstück 24/4, Ackerland, Die Tonkaute, 47,76 Ar,

sollen am Mittwoch, 22. April 1964 um 9.00 Uhr im Gerichtsgebäude Eschwege, Bahnhofstraße 30, Zimmer 109, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 28. Juni 1963 (Tag des Versteigerungsvermerks): Arbeiter Richard Tanz, Markershausen Nr. 7.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG zu lfd. Nr. 1 und 2 auf 10 200,— Deutsche Mark, zu lfd. Nr. 3 auf 1750,— Deutsche Mark, zusammen 11 950,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

344 Eschwege, 16. 1. 1964 **Amtsgericht**

323

Beschluß

K 24/62: Das im Grundbuch von Gelnhausen, Band 70, Blatt 2628, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Gelnhausen, Flur G I, Flurstück 262/1, Hof- und Gebäudefläche, Kirchgasse 3, Größe 2,61 Ar,

soll am Freitag, dem 6. März 1964 um 10 Uhr, im Gerichtsgebäude in Gelnhausen, Philipp-Reis-Straße 9, Zimmer 13, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 12. Dezember 1962 (Tag des Versteigerungsvermerks): a) Karl-Heinz Schüller, b) Christine Therese Elise Nix, geb. Seibig, c) Anna Maria Therese Schüller, geb. Seibig, alle wohnhaft in Gelnhausen — in ungeteilter Erbengemeinschaft.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG auf 40 000 DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

646 Gelnhausen, 17. 1. 1964 **Amtsgericht**

324

Beschluß

43 K 19/63: Die im Grundbuch von Großen-Buseck, Band 44, Blatt 2575, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Großen-Buseck, Flur 2, Flurstück 124, Lieg.-B. 2001, Grünland, Auf dem Brühl, 34,62 Ar;

lfd. Nr. 2, Gemarkung Großen-Buseck, Flur 16, Flurstück 170, Ackerland, Auf dem Breitenhain, 32,57 Ar;

lfd. Nr. 3, Gemarkung Großen-Buseck, Flur 17, Flurstück 218, Grünland, Jenseits der Gießener Straße, 21,17 Ar;

sollen am 21. April 1964 um 14 Uhr, im Gerichtsgebäude, Gießen, Gutfleischstr. 1, Zimmer 118, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 14. November 1963 (Tag des Versteigerungsvermerks): Elfriede Langensiepen, geb. Moog, in Gießen.

Der Wert der Grundstücke wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt für Flur 2, Flurstück 124, mit 2500 DM; für Flur 16, Flurstück 170, mit 1400 DM; für Flur 17, Flurstück 218, mit 1200 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

63 Gießen, 20. 1. 1964 **Amtsgericht**

325

2 K 5/63: Das im Grundbuch von Münster, Band 41, Blatt 1045, eingetragene Grundstück,

Nr. 1, Gemarkung Münster, Flur 17, Flurstück 17 10, Hof- und Gebäudefläche, Höhenweg, Verkaufsladen,

soll am 27. April 1964 um 10.00 Uhr im Gerichtsgebäude, Gerichtsstraße 2, Zimmer Nr. 104, durch Zwangsvollstreckung, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 9. 4. 1963 (Tag des Versteigerungsvermerks): Ehefrau Erika Richter geb. Stahl, Kelkheim-Münster.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 15 990,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

624 Königstein (Taunus), 14. 1. 1964

Amtsgericht

326

5 K 9/62: Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die in Großseeheim belegenen, im Grundbuche von Großseeheim, Blatt Nr. 562, eingetragenen, nachstehend beschriebenen Grundstücke am Donnerstag, dem 19. März 1964 um 10.30 Uhr, vor dem Amtsgericht Kirchhain, Zimmer 20, versteigert werden:

lfd. Nr. 6, Flur 6, Flurstück 15, Hof- und Gebäudefläche, Obere Helgehausstr., Haus Nr. 63, Größe 3,10 Ar (Wert 25 000 DM); lfd. Nr. 7, Flur 4, Flurstück 51, Grünland, Die Triescher, 20,74 Ar (Wert 2100 DM); lfd. Nr. 8, Flur 7, Flurstück 46, Ackerland, Auf der Gemeinde, 19,46 Ar (Wert 1900 Deutsche Mark); lfd. Nr. 9, Flur 16, Flurstück 55, Ackerland, Auf der Dornhecke, 16,28 Ar (Wert 1600 DM); lfd. Nr. 10, Flur Nr. 16, Flurstück 42, Gartenland, Am Bachgraben, 3,91 Ar (Wert 2000 DM); lfd. Nr. 11, Flur 32, Flurstück 87 22, Grünland, Auf dem Würfel, 45,30 Ar (Wert 5400 DM).

Der Zwangsvollstreckungsvermerk ist am 1. 8. 1962 in das Grundbuch eingetragen worden.

Als Eigentümerin war damals Frau Edeltraud Kraft, geb. Tierok, in Großseeheim eingetragen.

Durch rechtskräftigen Beschluß des Amtsgerichts Kirchhain vom 29. 11. 1962 ist gemäß § 74a ZVG der Wert der Grundstücke wie oben vermerkt festgesetzt worden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

357 Kirchhain (Bezirk Kassel), 17. 1. 1964

Amtsgericht

327

51 K 40/62: Das im Grundbuch von Kassel, Band 74, Blatt 1450, eingetragene Grundstück,

Nr. 8, Gemarkung Kassel, Flur H, Flurstück 965/1, Lieg.-B. 1256, Hof- und Gebäudefläche, Philosophenweg 63, Größe 4,50 Ar,

soll am 19. März 1964 um 8 Uhr, im Gerichtsgebäude Kassel, Frankfurter Str. 11 (Saalbau), Zimmer 143, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 3. Dezember 1962 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): Erol, Kraftstoff-Vertriebs-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, in Kassel (jetzt: Ebert & Co., Kraftstoffvertrieb und Kraftfahrzeughandel, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, in Kassel).

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

35 Kassel, 20. 1. 1964

Amtsgericht

328

51 K 45/63: Das im Grundbuch von Wahlershausen (Amtsgericht Kassel), Band 27, Blatt 659, eingetragene Grundstück,

Nr. 6, Gemarkung Wahlershausen, Flur Nr. 15, Flurstück 2/11, Lieg.-B. 512, Geb.-Buch 838, Hof- und Gebäudefläche, Löwenburgstraße 3, Größe 8,44 Ar,

soll am 6. April 1964 um 9 Uhr, im Gerichtsgebäude Kassel, Frankfurter Str. 11 (Saalbau), Zimmer 143, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 21. August 1963 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): a) Gastwirt Wilhelm Barth, b) dessen Ehefrau Martha Barth, geb. Griesel, beide in Kassel — je zur Hälfte.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

35 Kassel, 17. 1. 1964

Amtsgericht

329

5 K 24/63: Die folgenden im Grundbuch von Langen, Band 68, Blatt 4755, eingetragenen Grundstücke,

Nr. 1, Gemarkung Langen, Flur 5, Flurstück 67, Lieg.-B. 3126, Ackerland, Am Dinkelthauerweg, 11,13 Ar;

Blatt 4757:

Nr. 1, Gemarkung Langen, Flur 5, Flurstück 320, Lieg.-B. 3128, Ackerland, Auf der Steinritz, 10,69 Ar;

Nr. 4, Gemarkung Langen, Flur 27, Flurstück 197, Lieg.-B. 3128, Ackerland, An der Lohr, 12,75 Ar;

Nr. 5, Gemarkung Langen, Flur 27, Flurstück 242, Lieg.-B. 3128, Ackerland, daselbst, 9,63 Ar;

Nr. 6, Gemarkung Langen, Flur 28, Flurstück 53, Lieg.-B. 3128, Grünland, Die Röhrigwiesen, 3,75 Ar;

sollen am Freitag, 17. April 1964 um 13.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Langen, Darmstädter Straße 27, Zimmer 20, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 3. Dezember 1963 (Tag des Versteigerungsvermerks): a) in Blatt 4755: Eisenbahnarbeiter August Helfmann in Langen; b) in Blatt 4757: Katharine Helfmann, geborene Sehring, in Langen.

Der Wert der Grundstücke wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt: a) bei

Flur 5, Flurstück 67, auf 6778 DM; b) bei Flur 5, Flurstück 320, auf 5465 DM; c) bei Flur 27, Flurstück 197, auf 3187,50 DM; d) bei Flur 27, Flurstück 242, auf 2407,50 DM; e) bei Flur 28, Flurstück 53, auf 2250 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

607 Langen (Hessen), 14. 1. 1964

Amtsgericht

330

K 5/62: Die im Grundbuch von Nieder-Mockstadt, Band III, Blatt 204, und im Grundbuch von Staden, Band I, Blatt 97, eingetragenen Grundstücke

A) Grundbuch Staden, Band I, Blatt 97, lfd. Nr. 4, Flur 6, Flurstück 131, Grünland, In den kleinen Erlen, 54,79 Ar,

B) Grundbuch Nieder-Mockstadt, Band Nr. III, Blatt 204,

lfd. Nr. 18, Flur 1, Flurstück 289, Ackerland (Obstbaumstück), Im Hohlfeld, die Hohlwingerte, 5,24 Ar,

lfd. Nr. 19, Flur 7, Flurstück 79, Ackerland, Die Auäcker in der Grobach, 23,61 Ar,

lfd. Nr. 20, Flur 7, Flurstück 80, Ackerland, daselbst, 25,17 Ar,

lfd. Nr. 21, Flur 7, Flurstück 26, Hof- und Gebäudefläche, Hauptstraße 15, Größe 4,94 Ar,

lfd. Nr. 22, Flur 1, Flurstück 378, Gartenland, Die Dorfwiesen, 2,14 Ar,

lfd. Nr. 23, Flur 1, Flurstück 524, Ackerland, Die Orlesgärten, 5,83 Ar,

lfd. Nr. 24, Flur 2, Flurstück 41, Ackerland (Obstbaumstück), Im Eichbrunnengrund, Auf den Ellern, 5,13 Ar,

lfd. Nr. 25, Flur 6, Flurstück 67, Ackerland, Auf dem Gänsacker am Stader Weg, 9,15 Ar,

lfd. Nr. 26, Flur 7, Flurstück 158, Ackerland, Am Hinterloch, stoßen auf den Wald, 33,60 Ar,

lfd. Nr. 27, Flur 6, Flurstück 93, Grünland, Im Unterfeld, stoßen auf den Wehrbach, 245,35 Ar,

lfd. Nr. 28, Flur 6, Flurstück 66, Ackerland, Auf dem Gänsacker am Stader Weg, 16,96 Ar,

sollen am 23. April 1964 um 9.00 Uhr im Gerichtsgebäude Altenstadt (Hessen), zur Aufhebung der Gemeinschaft, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 3. Januar 1963 (Tag des Versteigerungsvermerks): Störkel, Wilhelm, Landwirt in Nieder-Mockstadt zu 1/2, Ihra, Elfriede geb. Störkel in Nieder-Mockstadt, Reuss, Hildgard geb. Störkel in Sichenhausen — in Erbengemeinschaft — zu 1/2.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6474 Ortenberg, 8. 1. 1964

Amtsgericht

331

3 K 19/63: Das im Grundbuch von Abmannshausen, Band 8, Blatt 327, eingetragene Grundstück,

Nr. 1, Gemarkung Abmannshausen, Flur 4, Flurstück 463/220, Hof- und Gebäudefläche, Aulhauser Str. 11, Größe 3,38 Ar,

soll am 20. März 1964 um 9 Uhr im Gerichtsgebäude Rüdeshheim, durch Zwangsvollstreckung, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 4. Dezember 1963 (Tag des Versteigerungs-

vermerks): Alfred König in Abmannshausen (Rhg.).

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

622 Rüdeshheim (Rhein), 21. 1. 1964

Amtsgericht

332**Beschluß**

K 12/61: Das im Grundbuch von Zellhausen, Band 13, Blatt 968, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Flur 1, Flurstück 762/2, Hof- und Gebäudefläche, Schulstraße 18, Größe 6,53 Ar,

soll am 23. März 1964 um 10.30 Uhr, in Zellhausen, Rathaus (Saa), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer: 10. 10. 1961 (Tag des Versteigerungsvermerks): Maurer Peter Anton Reuter in Zellhausen.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 35 500,— Deutsche Mark.

Kauflihaber haben auf berechtigtes Verlangen eines Beteiligten Sicherheit in Höhe von 10 v.H. des Bargebotes zu leisten.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6453 Seligenstadt (Hessen), 13. 1. 1964

Amtsgericht

333

61 K 28/63: Das im Grundbuch von Nordenstadt, Band 14, Blatt 357, eingetragene Grundstück,

Nr. 4, Gemarkung Nordenstadt, Flur 14, Flurstück 32/1, Hof- und Gebäudefläche, Größe 6,45 Ar, Gartenland Junkernstraße Nr. 16, Größe 2,25 Ar,

soll am 23. März 1964 um 9 Uhr, im Gerichtsgebäude, Zimmer 250, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 28. August 1963 (Tag des Versteigerungsvermerks): Sophie Wilhelmine Wilhelm, geb. Weber, und Hermine Mayer, geb. Weber, in Nordenstadt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

62 Wiesbaden, 21. 1. 1964

Amtsgericht

334**Beschluß**

K 9/63: Das im Grundbuch von Gräveneck, Band 1, Blatt 5 A, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Gräveneck, Flur Nr. 60, Flurstück 1, Hof- und Gebäudefläche, Oberdorf Nr. 56, Größe 6,79 Ar,

soll am 24. März 1964 um 10 Uhr, im Gerichtsgebäude Weilburg, Mauerstraße Nr. 25, Zimmer 24, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 12. Juni 1963 (Tag des Versteigerungsvermerks): Gastwirt Heinz Faßbender im Gräveneck (Lahn).

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG auf 95 000 DM festgesetzt worden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

629 Weilburg (Lahn), 15. 1. 1964

Amtsgericht

Andere Behörden und Körperschaften

335

Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen von Offenbach (Main) nach Zellhausen

Dem Unternehmen Ludwig Wissel, Offenbach am Main, Mainstr. 137, wird auf Grund des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) vom 21. 3. 1961 (BGBl. I S. 241) die Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen nach § 42 PBefG

von Offenbach a. M. nach Zellhausen

mit Haltestellen in den Orten: Offenbach a. M. — Offenbach-Bieber — Froschhausen — Seligenstadt — Zellhausen, bis zum 31. Januar 1972 erteilt.

Das Unternehmen unterliegt der Aufsicht (§ 54 (PBefG) des Magistrates der Stadt Offenbach a. M.

61 Darmstadt, 14. 1. 1964

Der Regierungspräsident
III/4 — 66 f 02 07

von Offenbach (Main) nach Mainflingen—Zellhausen mit Haltestellen in den Orten: Offenbach a. M. — Bieber — Kreuzung Hausen/Obertshausen — Tannenmühle — Froschhausen — Seligenstadt — Klein-Welzheim — Mainflingen—Zellhausen bis zum 31. Januar 1972 erteilt.

Das Unternehmen unterliegt der Aufsicht (§ 54 PBefG) des Magistrates der Stadt Offenbach a. M.

61 Darmstadt, 14. 1. 1964

Der Regierungspräsident
III 4 — 66 f 02 07 (3 B)

336

Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen von Offenbach (Main) nach Mainflingen/Zellhausen

Dem Unternehmen Andreas Bonifer & Sohn OHG, Offenbach a. M.-Bieber, Seligenstädter Str. 129 wird auf Grund des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) vom 21. 3. 1961 (BGBl. I S. 241) die Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen nach § 42 PBefG

337

Übertragung einer Genehmigung zum Betrieb eines Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen von Lützellinden nach Wetzlar

Gemäß § 2 Abs. 2 Personenbeförderungsgesetz wird mit Wirkung vom 14. 11. 1963 die dem ehemaligen Verkehrsunternehmer Otto Dreischer, Wetzlar, erteilte Genehmigung zum Betrieb eines Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen

von Lützellinden über Allendorf, Dutenhofen, Münchholzhausen nach Wetzlar

mit allen Rechten und Pflichten auf den Unternehmer Werner Gimmeler, Wetzlar, Am Freibad, übertragen. Die Genehmigung gilt unverändert bis zum 31. 7. 1971.

Wiesbaden, 9. 1. 1964

Der Regierungspräsident
III 4 — 6 — f 02

338

Satzung

für den Schulverband „Mittelpunktschule Baunatal“ in Altenbauna

Auf Grund des § 12 des Schulverwaltungsgesetzes vom 28. Juni 1961 (GVBl. S. 87) in Verbindung mit § 5 der Hessischen Gemeindeordnung vom 25. 2. 1952 in der Fassung vom 1. 7. 1960 (GVBl. S. 103) hat die Verbandsversammlung in ihrer Sitzung am 20. 8. 1963 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Die Gemeinden Altenbauna, Altenritte, Hertingshausen und Kirchbauna sowie der Landkreis Kassel bilden einen Schulverband gemäß § 12 Abs. 1 des Schulverwaltungsgesetzes vom 28. 6. 1961 (GVBl. S. 87).

§ 2

(1) Der Schulverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Er verwaltet sich selbst unter eigener Verantwortung durch seine Organe.

(2) Der Schulverband trägt die Bezeichnung „Mittelpunktschule Baunatal“. Er hat seinen Sitz in Altenbauna und führt das dieser Satzung beigeprägte Dienstsigel.

§ 3

Der Schulverband ist Träger der Mittelpunktschule Baunatal zu Altenbauna sowie der in den Verbandsgemeinden verbleibenden Grundschulen gemäß § 10 des Schulverwaltungsgesetzes vom 28. 6. 1961.

§ 4

(1) Die Gemeinden Altenbauna, Altenritte, Hertingshausen und Kirchbauna bringen ihr gesamtes Schulvermögen in den Schulverband ein.

(2) Die laufenden Kosten für die Unterhaltung aller Schuleinrichtungen, sowohl der einzelnen Grundschulen wie der Mittelpunktschule, trägt der Schulverband.

(3) Über die durch die Verbandsmitglieder in den Schulverband einzubringenden Grundstücke und Einrichtungen werden besondere Vereinbarungen zwischen dem Schulverband und den Mitgliedern getroffen.

§ 5

Organe des Schulverbandes sind

1. die Verbandsversammlung
2. der Verbandsvorstand.

§ 6

(1) Die Verbandsversammlung besteht aus 11 Vertretern der Verbandsmitglieder. Hiervon entfallen auf:

- | | |
|--------------------------------|-------------|
| 1. die Gemeinde Altenbauna | 3 Vertreter |
| 2. die Gemeinde Altenritte | 2 Vertreter |
| 3. die Gemeinde Hertingshausen | 2 Vertreter |
| 4. die Gemeinde Kirchbauna | 2 Vertreter |
| 5. den Landkreis Kassel | 2 Vertreter |

(2) Mitglieder des Verbandsvorstandes, deren Stellvertreter sowie Bedienstete des Verbandes können nicht gleichzeitig als Vertreter eines Verbands-Mitgliedes der Verbandsversammlung angehören (sh. § 14 dieser Satzung).

§ 7

(1) Die Mitglieder der Verbandsversammlung werden von den Vertretungskörperschaften der Verbandsmitglieder für die Dauer ihrer Wahlzeit gewählt.

(2) Die Verbandsmitglieder können den von ihnen gewählten Mitgliedern der Verbandsversammlung Weisungen für die Beschlussfassung, insbesondere für Abstimmungen und Wahlen in der Verbandsversammlung erteilen.

§ 8

(1) Die Verbandsversammlung soll mindestens einmal im Jahr einberufen werden. Sie muß unverzüglich einberufen werden, wenn ein Viertel der Mitglieder der Verbandsversammlung oder der Verbandsvorstand die Einberufung unter Angabe des Zweckes und der Gründe verlangen.

(2) Die Einberufung zur ersten Sitzung der Verbandsversammlung nach der Wahl erfolgt durch den Bürgermeister der Gemeinde, in deren Gebiet der Schulverband seinen Sitz hat.

§ 9

(1) Die Verbandsversammlung wählt in der ersten Sitzung aus ihrer Mitte für die Dauer der Wahlzeit einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter.

(2) Der Vorsitzende beruft die Verbandsversammlung jeweils schriftlich unter Mitteilung der Tagesordnung ein. Zwischen dem Zugang der Ladung und dem Sitzungstag muß ein Zeitraum von einer Woche liegen. In dringenden Fällen kann die Frist auf einen Tag abgekürzt werden; hierauf ist in der Ladung ausdrücklich hinzuweisen.

(3) Jedes Verbandsmitglied hat das Recht, Anträge zur Beschlussfassung zu stellen. Über Angelegenheiten, die nicht auf der Tagesordnung verzeichnet sind, kann nur verhandelt und beschlossen werden, wenn zwei Drittel der Mitglieder der Verbandsversammlung (§ 6 Abs. 1) dem zustimmen.

§ 10

(1) Die Sitzungen der Verbandsversammlung sind nicht öffentlich. Sie werden vom Vorsitzenden der Verbandsversammlung, im Falle seiner Verhinderung von seinem Stellvertreter geleitet.

(2) Zu Beginn der Sitzung ist ein Verzeichnis der erschienenen Mitglieder der Verbandsversammlung oder ihrer Vertreter aufzustellen. Das Verzeichnis ist vor der ersten Abstimmung zur Einsicht offenzulegen. Es ist vom Vorsitzenden der Verbandsversammlung zu unterzeichnen.

§ 11

Die Verbandsversammlung beschließt über alle wichtigen Angelegenheiten des Verbandes. Sie kann die Beschlussfassung über folgende Angelegenheiten nicht übertragen:

1. die Wahl des Verbandsvorstehers und dessen Stellvertreters;
2. die Beschlussfassung über die Satzung und ihre Änderungen;
3. den Erlaß der Haushaltsatzung und die Feststellung des Haushaltsplanes;
4. die Festsetzung des Stellenplanes;
5. die Festsetzung der Verbandsumlage;
6. die Entlastung des Verbandsvorstandes;
7. die Errichtung, Erweiterung, Einschränkung oder Aufhebung sowie die Verlegung aller Verbandsschulen (§ 13 des Schulverwaltungsgesetzes);
8. den Erwerb, die Veräußerung und die Belastung von Grundvermögen des Schulverbandes, das Schulzwecken unmittelbar dient (§ 23 Abs. 3 des Schulverwaltungsgesetzes);
9. die Aufnahme von Darlehen und die Bestellung von Sicherheiten für andere sowie solche Rechtsgeschäfte, die den in Nr. 7 genannten wirtschaftlich gleichkommen;
10. die Aufnahme neuer Verbandsmitglieder;
11. das Ausscheiden von Verbandsmitgliedern und Regelung von Rückgabe oder Wertersatz eingebrachten Vermögens;
12. die Auflösung des Schulverbandes und die Vermögensauseinandersetzung.

§ 12

(1) Die Beschlüsse der Verbandsversammlung bedürfen der Mehrheit der in der Sitzung anwesenden Mitglieder der Verbandsversammlung (einfache Stimmenmehrheit), soweit nicht Gesetz oder Satzung eine größere Mehrheit vorschreiben.

(2) Beschlüsse über die Änderung der Satzung und über die Auflösung des Schulverbandes bedürfen der Zustimmung einer Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der in § 6 Abs. 1 genannten Zahl der Mitglieder der Versammlung.

§ 13

(1) Über den Verlauf der Sitzung der Versammlung ist eine Niederschrift aufzunehmen. In dieser Niederschrift sind Gegenstand, Ort und Tag der Sitzung, Art und Ergebnis der Abstimmung sowie die Beschlüsse der Versammlung festzuhalten.

(2) Das Verzeichnis der Teilnehmer an der Sitzung (§ 10 Abs. 2) und die Unterlagen über ihre ordnungsgemäße Einberufung (§ 9 Abs. 2) sind der Niederschrift beizufügen. Sie brauchen nicht beigefügt zu werden, wenn sie unter Angabe ihres Inhaltes in der Niederschrift aufgeführt sind.

(3) Die Niederschrift ist von dem Vorsitzenden der Versammlung und mindestens einem weiteren von der Versammlung zu bestimmenden Mitglied der Versammlung zu unterzeichnen.

§ 14

(1) Der Vorstand besteht aus dem Vorstandsvorsteher und 4 Beisitzern. Ein Beisitzer ist als Stellvertreter des Vorstandsvorstehers zu wählen.

(2) Mitglieder des Vorstandes sind der Landrat und die Bürgermeister der Verbandsgemeinden. Stellvertreter jedes Mitgliedes des Vorstandes ist sein Erster Beigeordneter oder ein von ihm bestimmter Beigeordneter.

(3) Der Vorstandsvorsteher und sein Stellvertreter sind aus der Mitte des Vorstandes von der Versammlung in getrennten Wahlgängen zu wählen. Als gewählt gilt, wer die meisten Stimmen auf sich vereinigt.

(4) Die Mitglieder des Vorstandes scheiden mit Beendigung ihres Amtes als Bürgermeister oder Beigeordnete aus dem Vorstand aus.

§ 15

(1) Der Vorstand führt die Geschäfte der laufenden Verwaltung des Schulverbandes nach den Beschlüssen und Weisungen der Versammlung, soweit sie nicht dieser selbst vorbehalten sind. Er kann sich hierbei der Verwaltungskräfte und Verwaltungseinrichtungen von Verbandsgemeinden bedienen.

(2) Der Vorstand vertritt den Schulverband gerichtlich und außergerichtlich. Erklärungen, durch die der Schulverband verpflichtet werden soll, bedürfen der Schriftform. Sie sind nur rechtsverbindlich, wenn sie von dem Vorsitzenden oder dem stellvertretenden Vorsitzenden sowie einem weiteren Mitglied des Vorstandes handschriftlich unterzeichnet und mit dem Dienstsiegel des Schulverbandes versehen sind. Dies gilt nicht für die Geschäfte der laufenden Verwaltung, die für den Schulverband von nicht erheblicher Bedeutung sind, sowie für Erklärungen, die ein für die Geschäft oder für den Kreis von Geschäften ausdrücklich Beauftragter abgibt, wenn die Vollmacht in der Form des Satzes 2 erteilt ist.

§ 16

(1) Die Sitzungen des Vorstandes werden vom Vorsitzenden, im Falle seiner Verhinderung von seinem Stellvertreter geleitet.

(2) Über den Verlauf der Sitzung ist eine Niederschrift anzufertigen. § 13 gilt entsprechend.

§ 17

Die Mitglieder des Vorstandes und die Vertreter der Versammlung haben Anspruch auf Ersatz ihrer Auslagen. An Stelle des Ersatzes der Auslagen kann den Mitgliedern des Vorstandes eine Aufwandsentschädigung gewährt werden, deren Höhe von der Versammlung mit der Beschlusfassung über die Haushaltsatzung festzulegen ist.

§ 18

(1) Die voraussichtlichen Einnahmen und Ausgaben für das kommende Rechnungsjahr sind in einem Haushaltsplan festzulegen.

(2) Das Rechnungsjahr beginnt am 1. Januar und endet am 31. Dezember eines jeden Kalenderjahres.

(3) Für die Aufstellung des Haushaltsplanes, die Verwaltung des Vermögens und der Schulden sowie des Haushalts-, Kassen-, Rechnungs- und Prüfungswesens gelten die Vorschriften der Hessischen Gemeindeordnung und die dazu ergangenen Rechts- und Verwaltungsvorschriften entsprechend.

§ 19

(1) Der Landkreis zahlt einen jährlichen Pauschalbetrag von 20 000,— Deutsche Mark. Die Zahlung wird erstmals fällig nach Inbetriebnahme des Schulneubaus in Altenbauna. Im übrigen ist, soweit die Einnahmen des Verbandes zum Ausgleich des Haushalts nicht ausreichen, der Verband berechtigt, eine Umlage von den anderen Verbandsgemeinden zu erheben.

(2) Die Verbandsumlage ist in der Haushaltsatzung des Schulverbandes für jedes Rechnungsjahr neu festzusetzen. Sie wird von der Versammlung zur Hälfte nach der Zahl der Schüler, die am 15. Mai des abgelaufenen Rechnungsjahres die Verbandsschule besuchten, zur anderen Hälfte nach dem Verhältnis der Steuerkraftmeßzahl des jeweils geltenden Finanzausgleichsgesetzes erhoben.

(3) Die Verbandsumlage und der Pauschalbetrag des Landkreises Kassel sind an die Verbandskasse bis zum 1. 4. des laufenden Rechnungsjahres zu entrichten.

§ 20

(1) Ein Verbandsmitglied kann aus wichtigem Grunde aus dem Schulverband ausscheiden. Die Absicht ist dem Schulverband schriftlich zu erklären. Das Ausscheiden ist erst zum Schluß des auf die Anzeige folgenden Schuljahres möglich.

(2) Der Schulverband hat einem ausscheidenden Verbandsmitglied Wertersatz für eingebrachtes Vermögen zu leisten.

§ 21

Im Falle der Auflösung wird das eingebrachte Verbandsvermögen den Mitgliedern erstattet oder Wertersatz geleistet. Das übrige Verbandsvermögen wird auf die Verbandsmitglieder nach dem Verhältnis der von ihnen in der Zeit der Zugehörigkeit zum Schulverband geleisteten Verbandsumlage (§ 19) bzw. Pauschalen verteilt.

§ 22

(1) Die Verbandssatzung und ihre Änderungen sowie alle sonstigen Satzungen sind im Staatsanzeiger für das Land Hessen bekanntzumachen.

(2) Den Verbandsorganen bleibt es unbenommen, sonstige Beschlüsse und Angelegenheiten des Verbandes in der ihnen angebracht erscheinenden Weise der Öffentlichkeit bekanntzugeben.

§ 23

(1) Der Verband steht unter der Aufsicht des Regierungspräsidenten in Kassel.

(2) Für die Rechtsverhältnisse des Schulverbandes gelten im übrigen die Vorschriften des Zweckverbandsgesetzes und ergänzend die Bestimmungen der Hessischen Gemeindeordnung.

(3) Zusammensetzung und Aufgaben der Schuledeputation des Schulverbandes werden in einer besonderen Satzung geregelt.

§ 24

Diese Satzung tritt mit dem auf ihre Veröffentlichung folgenden Tag in Kraft. Gleichzeitig tritt die bisherige Satzung vom 20. 3. 1962 außer Kraft.

3501 Altenbauna, 22. 8. 1963

Der Vorstandsvorstand
gez. Unterschrift

Beschluss

Auf Grund des § 12 des Schulverwaltungsgesetzes vom 28. 6. 1961 (GVBl. S. 87) in Verbindung mit den §§ 7, 11, 21 des Zweckverbandsgesetzes vom 7. 6. 1939 (RGBl. I S. 979) wird die Erweiterung des Schulverbandes „Mittelpunktschule Baunatal“ durch den Beitritt des Landkreises Kassel beschlossen und die Neufassung der Verbandsatzung vom 22. 8. 1963 festgestellt.

35 Kassel, 23. 12. 1963

Der Regierungspräsident
II/2 a Az.: 40 k Altenbauna
i. A. gez. Unterschrift

339 Öffentliche Ausschreibung

ESCHWEGE: Die Arbeiten zum Ausbau der Landesstraße Nr. 3334 zwischen Rodebach und Kreisgrenze Richtung Harmuthsachsen (Kilometer 11,610 bis 12,248 und km 12,090 bis 12,445) sollen vergeben werden.

Auszuführen sind:

rd. 1000 cbm Erdarbeiten,
rd. 850 cbm Frostschuttschicht,
rd. 1800 t Schotterunterbau,
rd. 5400 qm Asphaltbetondeckung auf Mischmakadamunterbau,
Dränagen und verschiedene Nebenarbeiten.

Bauzeit: 100 Arbeitstage.

Die Bieter müssen nachweisbar für Bauleistungen gleicher oder ähnlicher Art qualifiziert sein und über die geeigneten Fachkräfte und die erforderlichen Maschinen und Geräte verfügen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 5. Februar 1964 anzufordern mit Angabe, ob die Unterlagen durch die Post übersandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 8 DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen.

Einzahlung bei der Staatskasse Eschwege, Postscheckkonto Frankfurt (Main), Nr. 67 46 oder Konto Nr. 147 bei der Kreissparkasse Eschwege mit Angabe: „Ausschreibungsunterlagen Ausbau der Landesstraße Nr. 3334 zwischen Rodebach und Kreisgrenze“.

Selbstholer erhalten die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht am 7. Februar 1964 beim Hess. Straßenbauamt Eschwege.

Eröffnung: Dienstag, den 18. Februar 1964 um 10 Uhr. Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 21 Werkstage.

344 Eschwege, 23. 1. 1964

Hessisches Straßenbauamt
140 — 63a — 08 — 05

340

Kassel: Die Arbeiten zur Erstellung der Überführung der L. II. O. Nr. 52 (Keulios—Künzell) (Bauwerk Nr. 466) in km 145,805 der Bundesautobahn Bad Hersfeld—Heilbronn — Teilabschnitt Umfahrung Fulda — sollen in öffentlicher Ausschreibung vergeben werden.

Der Verwaltungsentwurf sieht vor:

a) Überbau in Spannbeton
b) Stahlüberbau (Vollwandträger) mit orthotroper Platte
Sonderentwürfe sind zugelassen, bei denen aber Massenbindung garantiert werden muß.

Im wesentlichen handelt es sich um folgende Arbeiten:

Zu a) 1300 cbm Bodenaushub
600 cbm Stahlbeton
240 cbm Spannbeton
65 t Betonstahl
22 t Spannstahl
440 qm Fahrbahnisolierung
310 qm Gußasphalt

Zu b) 110 t Stahlkonstruktion
sowie die einschlägigen Nebenarbeiten, einschl. Lieferung der erforderlichen Baustoffe und Materialien.

Für eine Auftragserteilung kommen nur solche Bewerber in Frage, die nachweisen, daß sie gleichwertige oder größere Arbeiten bereits mit Erfolg ausgeführt haben.

Die Ausschreibungsunterlagen können ab sofort in der Zeit von 10—16 Uhr beim Straßenbauamt Hessen-Nord, Kassel, Kölnische Straße 69, Zimmer 11, abgeholt bzw. bis zu diesem Termin bei mir angefordert werden. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für 2 Ausfertigungen in Höhe von 25 DM — die in keinem Fall zurückerstattet werden — ist bei Abholung vorzulegen, bzw. der Anforderung beizufügen. Einzahlungen sind vorzunehmen bei der Staatskasse Kassel, Postscheckkonto Nr. 6745 Frankfurt/Main zugunsten des Straßenbauamtes Hessen-Nord — Bw. Nr. 466 —.

Eröffnungstermin: 5. März 1964 um 10 Uhr.

35 Kassel, 22. 1. 1964

Straßenbauamt Hessen-Nord
L/611 — 63 b — 04 — 01

341

Bei der Gemeinde Breithardt, Landkreis Untertaunus, ist die Stelle des

hauptamtlichen Bürgermeister

erstmals, zum baldmöglichsten Zeitpunkt, zu besetzen. Die Wahl erfolgt auf sechs Jahre. Die Besoldung richtet sich nach dem Wahlbeamten-Besoldungsgesetz vom 20. 10. 1953 mit den hierzu ergangenen Änderungsgesetzen.

Die Gemeinde Breithardt hat 1100 Einwohner und ist eine aufstrebende Gemeinde mit größeren Bauvorhaben. Industrie ist vorhanden. Für weitere Ansiedlung sind Voraussetzungen gegeben.

Geeignete Personen mit ausreichender Erfahrung in der Kommunalverwaltung können sich bis zum 29. Februar 1964 mit den üblichen Unterlagen schriftlich bewerben.

Die Bewerbung ist in verschlossenem Umschlag an den **Vorsitzenden des Wahlvorbereitungsausschusses Willi Guckes, 6209 Breithardt, Langgasse 79**, einzureichen.

Der Umschlag ist mit dem Kennzeichen „Bürgermeisterbewerbung“ zu versehen. Persönliche Vorstellung nur auf besondere Aufforderung.

Der Wahlvorbereitungsausschuss

342

Bad Hersfeld: Folgende Arbeiten sollen in öffentlicher Ausschreibung vergeben werden:

- a) Ausbau der Ortsdurchfahrt Diemerode, Krs. Rotenburg a. F. im Zuge der Landesstr. Nr. 3249, km 3,300—4,200.

Auszuführen sind:

- ca. 2000 cbm Erdarbeiten,
- ca. 800 cbm Frostschutzmaterial,
- ca. 2000 qm bituminöser Unterbau,
- ca. 5400 qm bituminöse Decke,
- sowie Hochbordanlagen, Betonarbeiten und sonstige Nebenarbeiten.

Bauzeit: 50 Arbeitstage.

- b) Ausbau der Ortsdurchfahrt Heyerode, Krs. Rotenburg a. F. im Zuge der Landesstr. Nr. 3249, km 2,200 bis 2,320.

343

DILLENBURG: Für einen vereinfachten Ausbau der Kreisstr. 394, Salzböden—Schmelz (Kreis Wetzlar), km 1,565 bis km 3,850, sollen u. a. vergeben werden:

- 400 cbm Bodenabtrag,
- 2700 m Entwässerungsgraben nacharbeiten,
- 4900 m Randstreifen aufhöhen,
- 150 t Hartsteinbrechsand,
- 250 t Hartsteinsplitt,
- 600 t Hartsteinschotter,
- 200 t Hartsteinbrechsand,
- 800 t Tränkschotter einbauen,
- 10 000 qm Asphaltgrobbleton (100 kg/qm),
- 10 000 qm Oberflächenbehandlung aufbringen.

Bauzeit: 65 Arbeitstage.

Für staatliche und kommunale Verwaltungen und Betriebe

Büromöbel, Büromaschinen, Birkenstock-Bürobedarf ^K _G WIESBADEN, Meritsstraße 36
 Ruf. 2 32 36 und 2 08 70

FRIEDRICH BISCHOFF - DRUCKEREI

Frankfurt/M., Sophienstraße 75
 Telefon 77 31 51

Wir drucken für staatliche und kommunale Verwaltungen und Behörden:

Illustration - Werkdruck - Formulare - Blocks etc.

Dokumentation · Röntgenzubehör · Kinocausrüstung



Photo-Eckstein

Lieferant für staatl. Verwaltungen und Behörden

Frankfurt/Main

Oederweg 28

Ruf 55 19 07

Pianos, Flügel, Kleinklaviere

Seit 3 Generationen Qualität und Erfahrung - Gegründet 1895



Pianohaus WIRTH

Frankfurt/Main - Schillerstraße 30

TRIUMPH - BÜROMASCHINEN

Büroeinrichtungen - Bürobedarf

Ernst Baums oHG., Gießen

Ruf 26 00 u. 26 34

Bahnhofstraße 26



König & Neuzath

Büromöbelfabrik

Seit 1925 Lieferant für Qualitätsbüromöbel

Lieferung durch den Fachhandel

Klein-Karben bei Bad Vilbel · Telefon Sa.-Nr. 341

Lochkartenverfahren · Steuerrecht · Personalwesen
 Frankfurt/Main, Bockenheimer Landstraße 72-74

DAG-SCHULE

Die Bieter müssen nachweisbar für Bauleistungen gleicher oder ähnlicher Art qualifiziert sein und über die geeigneten Fachkräfte und die erforderlichen Maschinen und Geräte verfügen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 10. 2. 1964 anzufordern und werden durch die Post übersandt. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von zusammen 10 DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen.

Dieser Betrag ist an die Staatskasse in Dillenburg, Wilhelmstr. 5, Postscheckkonto Frankfurt (Main), Nr. 68 20, mit der Angabe: „Ausbau K 394“ zu überweisen oder dort einzuzahlen.

Selbstabholer erhalten die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage einer Vollmacht und der Einzahlungsquittung ab sofort in der Zeit von 8 bis 17 Uhr beim Hess. Straßenbauamt Dillenburg, Moritzstraße 16 (Zimmer 8).

Eröffnung: Dillenburg, den 14. 2. 1964 um 10 Uhr. Die Zuschlagsfrist beträgt 42 Kalendertage.

634 Dillenburg, 24. 1. 1964

Hessisches Straßenbauamt
109 — 63a — 10 — 05

3-1-1

Autobahnamt Frankfurt (Main), Münchener Straße 4/6: Das Autobahnamt beabsichtigt den Ausbau einer 3. Fahrspur an der rechten Fahrbahn von km 499,750 bis km 500,800 der Bundesautobahn Berlin—Basel.

Die Deckenbauarbeiten sollen im öffentlichen Wettbewerb vergeben werden.

Im wesentlichen sind folgende Leistungen auszuführen:

- 1700 qm Pflaster-Standspur 2,75 m breit (Mittelpflaster) mit ca. 20 cm dicken Unterbau aus Schroppen aufbrechen und abtransportieren.
 - 750 m Hochbordsteine mit Betonrückenstütze aufzunehmen.
 - 25 Stück vorhandene Straßeneinläufe ausbauen und lagern.
 - 900 cbm Erdabtrag unter den Pflasterflächen.
 - 2500 qm Planum herstellen.
 - 900 qm vorhandene Leitstreifen, Betonfahrbahndecke und Betonstandspur aufbrechen.
 - 100 qm Leitstreifen neu herstellen.
 - 800 cbm Frostschutzmaterial liefern und 10 cm dick einbauen.
 - 7600 qm Unterbeton 15 cm dick (Kiesbeton B 80) herstellen.
 - 6800 qm Bitumenkiestragschicht 18 cm dick in 3 Lagen herstellen.
 - 6800 qm Betonfahrbahndecke 22 cm dick einschl. Fugenausbildung herstellen.
 - 800 m Hochbordsteine versetzen einschl. teilweiser Lieferung.
 - 40 Stück Straßeneinläufe versetzen und anschließen.
 - 500 qm Mittelpflaster herstellen.
- Notwendige Nebenarbeiten.

Submissionstermin ist der 28. Februar 1964, um 10 Uhr.

Bewerber werden gebeten, bis zum 5. Februar 1964 schriftlich mitzutellen, daß sie an dem öffentlichen Wettbewerb teilnehmen wollen.

Für die Ausschreibungsunterlagen sind gleichzeitig 10,— DM an die Staatskasse Frankfurt (Main), Postscheckkonto Nr. 6821 Frankfurt (Main) einzuzahlen. Auf der Zahlkarte ist als Betr.: „3. Fahrspur“ einzutragen. Den Einzahlungsbeleg bitte ich der Mitteilung beizufügen. Er wird mit den Ausschreibungsunterlagen wieder zurückgegeben werden.

6 Frankfurt (Main), 22. 1. 1964

Autobahnamt Frankfurt (Main)
351/302 — 63a — 04 — 09

**So urteilen
unsere Sparer:**



Philharmoniker W. aus Berlin schrieb uns:

„... nur die Großzügigkeit des Beamtenheimstättenwerkes hat es uns ermöglicht, ein Eigenheim zu schaffen. Für diejenigen, welche sich bislang noch nicht entscheiden konnten, einen Bausparvertrag abzuschließen, bleibt nur ein Rat: Tun Sie es, das BHW ist einmalig.“

Wir möchten dem Schreiben unseres Bausparers nur noch hinzufügen: Überzeugen auch Sie sich von den besonderen Leistungen Ihrer Bausparkasse. Die Beratung ist kostenlos und unverbindlich. Auf Wunsch übersenden wir gern ausführliche Prospekte.



Beamtenheimstättenwerk
Gemeinnützige Bausparkasse f. d. öffentlichen Dienst
325 Hameln · Kastanienwall · Telefon: (05151) 7401

Beilagenhinweis

Der heutigen Ausgabe des Staats-Anzeiger Nr. 5 vom 3. 2. 1964 ist eine Werbekarte der „Neuen Hessischen Beamtensterbekasse in Darmstadt“ beigelegt. Wir bitten um Beachtung.

Berater und Lieferer bei Staats- und Kommunalbauten

Spanner **Hauswasserzähler**
Woltmannwasserzähler
Spanner & Loeven
Frankfurter Zählerfabrik
GMBH
MAINZ-KASTEL, Steinernstraße 19
Telefon (06143) 3039

Trinkwasser-Behälter
Abdichtungen und Schutzanstriche mit
Garantieleistung gem. VOB.
Korrosionsschutz · Sandstrahlarbeiten
FELIX GERLACH · Isoliertechnik · Wiesbaden - Walkmühle
Postfach 200 · Telefon (06121) 44239

Wilhelm Forkel OHG
Frankf./Main-Süd, Diesterwegplatz 52, Fernspr. 635 34/687264
Großhandel in sämtlichen technischen Gummi-Asbest-Kunststoff-Erzeugnissen, Treib- und Keilriemen, Feuerwehrschräuchen und Armaturen
Lieferung und Verlegung sämtlicher Gummi- und PVC-Fußbodenbeläge sowie Zubehörteile

Hand- und Motorrasenmäher
Schleif- und Reparaturwerk · Großflächenmäher
Vertragwerk · Ersatzteile · Verkauf · Groß- und Einzelhandel
Abner · Brill · Wolf · Toro · Jakobsen · Locke · Blasator · Sabo · Gutbrod
HARTMANN, NEU-ISENBURG
Telefon 0 6102-8454 Spessartstraße 11 Postfach 362

EDL
VERKEHRSSCHILDER
VERKEHRSTRANSARENTE
FAHRBAHNMARKIERUNG
FRANKFURTER SCHILDERFABRIK LUDWIG EDEL
FRANKFURT AM MAIN, WEISMÜLLERSTRASSE 44

Für Bremsen- und Sonderuntersuchungen anerkannte Kraftfahrzeugwerkstätten

KAUTZ & SOHN FAHRZEUGBAU

6361 Nieder-Florstadt
Telefon Reichelsheim/Wetterau 206

NSU WILLI KUHL

NSU-Simca Händler



636 Friedberg/Hessen · Fauerbacher Straße 112
SHELL-STATION



Ing. Fritz Schurstein

Volkswagen Händler · Auto-Dienst · Tankstelle

6083 WALLDORF · FRANKFURTER STRASSE 7-9

ADOLF NOLD

AUTO UNION  DKW

Vertragshändler

608 GROSS-GERAU · TELEFON 3207

Ihr Fachgeschäft für
Land- und Baumaschinen

Schlepper-Schroer

631 GRUNBERG, TELEFON 410

Anzeigen-
Annahmeschluß

7 Tage vor Erscheinen
jeder Ausgabe des
Staats-Anzeiger

Der Staatsanzeiger für das Land Hessen erscheint wöchentlich montags. Fortlaufender Bezug nur durch die Postämter. Bezugspreis vierteljährlich DM 6,80. Herausgeber: Der Hessische Minister des Innern. Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils Ministerialrat Gemmer, für den übrigen Teil Paul Hartelt.

Verlag: Verlag Kultur und Wissen GmbH, Wiesbaden, Postscheckkonto: Frankfurt/Main, Nr. 143 60. Druck: Druck- und Verlagshaus Chmielorz, Wiesbaden.

Anzeigenannahme und Vertrieb: Staats-Anzeiger, Wiesbaden, Herrnmühlgasse 11 A, Ruf: Sa.-Nr. 5 96 67. Fernschreiber: 04-186 648.
Preis von Einzelstücken: bis 32 Seiten Umfang DM 1,30 und DM —,25 Versandkosten, bis 40 Seiten DM 2,— und DM —,30 bis 48 Seiten DM 2,30 und DM —,40, über 48 Seiten DM 2,50 und DM —,40. Lieferung gegen Vorauszahlung (keine Briefmarken) auf das Postscheckkonto des Verleges.

Anzeigenschluß: 7 Tage vor Erscheinen. Anzeigenpreis lt. Tarif Nr. 4 v. 1. 1. 1962. Umfang der Ausgabe 40 Seiten.

Zahlung für Einzelstücke nur an den Verlag Kultur und Wissen
GmbH., 62 Wiesbaden, auf Postscheckkonto Frankfurt/M., Nr.

14360

345

Wiesbaden: Die Arbeiten zum Um- und Ausbau der L 3004 zwischen Sandplacken und Oberursel (km 10.400–11.000) soll vergeben werden.

Auszuführen sind: Beseitigung von Wurzelstöcken, 30 000 cbm Erdarbeiten, 1600 cbm Frostschutzkies, 3500 qm Schotterunterbau, 3500 qm bit. Fahrbahndecke, 900 lfd. m Tiefbordsteine.
Bauzeit: 100 Arbeitstage.

Die Bieter müssen nachweisbar für Bauleistungen gleicher oder ähnlicher Art qualifiziert sein und über die geeigneten Fachkräfte und die erforderlichen Maschinen und Geräte verfügen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 7. 2. 1964 anzufordern mit Angabe, ob die Unterlagen abgeholt oder durch die Post übersandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für 2 Ausfertigungen in Höhe von 8 DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen. Einzahlung bei der Staatskasse Wiesbaden, Postscheckkonto Ffm. Nr. 6830 zugunsten des Hess. Straßenbauamtes Wiesbaden unter Angabe des Kennwortes: „Ausbau der L 3004, Oberursel–Sandplacken, III. Bauabschnitt.“ Selbstabholer erhalten die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht ab 24. 1. 1964 in der Zeit von 8 bis 17 Uhr beim Hess. Straßenbauamt Wiesbaden, Klopstockstraße 6, Zimmer Nr. 45.

Eröffnung: Im Hess. Straßenbauamt Wiesbaden, Klopstockstr. 6, Zimmer 13, am 21. 2. 1964 um 10.30 Uhr. Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 40 Werkstage.

62 Wiesbaden, 17. 1. 1964

Hessisches Straßenbauamt
180 — 63a — 08 — 05

346

Schotten: Die Arbeiten zum Ausbau der Kreisstraße 211 zwischen der Landesstr. 3010 (Allenrod) und der L 3195 (Hitzkirchen) sollen vergeben werden.

Auszuführen sind u. a.:

Bodenabtrag rd. 400 cbm

Unterbau- und Profilerstellung:

a) Frostschutzschicht aus Splitt 0/35 rd. 150 t

b) Schotter 35/55, 35/75 bzw. Knollschlag rd. 4550 t

c) Sand 0/5 rd. 1650 t

Asphaltbinder rd. 12 000 qm

Asphaltfeinbeton rd. 12 000 qm.

Bauzeit: 80 Arbeitstage.

Die Bieter müssen nachweisbar für Bauleistungen gleicher oder ähnlicher Art qualifiziert sein und über die geeigneten Fachkräfte und die erforderlichen Maschinen und Geräte verfügen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 11. 2. 1964 anzufordern. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 7 DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen.

Einzahlungen bei der Staatskasse Gießen, Postscheckkonto 39312 Frankfurt/Main, mit Angabe: „Ausschreibungsunterlagen Kreisstraße Nr. 211, Allenrod–Hitzkirchen“.

Eröffnung: 18. 2. 1964, um 11 Uhr.

6479 Schotten, 20. 1. 1964

Hessisches Straßenbauamt
(Ge 5)

Beamendarlehen

Für Beamte auf Lebenszeit!

- Günstiger Zinssatz
- Langfristig, daher niedrige Monatsrate
- Barauszahlung für jeden Verwendungszweck
- Keine Vermittlungsgebühren und Nebenkosten
- Restschuldablösung möglich

Verlangen Sie kostenlos und unverbindlich Information ST 1
KINZER & CO., 6 Frankfurt/Main, Im Sachsenlager 3

BRAUBURGER & POETZ

Limburg/Lahn · Hospitalstraße 8 · Telefon 2624/25

Küchenmaschinen, Kühlschränke, Waschmaschinen,
Staubsauger und Bohrer, Beleuchtungskörper,
Radio-, Tonband- und Fernsehgeräte